



Akzente 2010

Jahresbericht des
Caritasverbandes für das
Erzbistum Paderborn e.V.

Caritasverband
für das Erzbistum
Paderborn e.V.



Inhalt

4 Vorwort

Alte, Kranke, Sterbende

6 Ambulante Pflegedienste
8 Altenhilfe
11 Gesundheits- und Pflegeberufe
13 Krankenhäuser
16 Arbeitsgemeinschaft Hospizbewegung

Frauen und Mütter

18 Kur- und Erholungshilfen
20 Schwangerschaftsberatung

Kinder und Jugendliche

22 Tageseinrichtungen für Kinder
25 Erziehungs- und Familienhilfe

Menschen mit Behinderungen

27 Behindertenhilfe

Besondere Lebenslagen

30 Existenzsicherung, Schuldner- und Insolvenzberatung,
Sozialrechtsberatung
33 Arbeit/Arbeitslosigkeit, sozialer Arbeitsmarkt, JobPerspektive,
EU-Förderung
36 Suchtkrankenhilfe, soziale Brennpunkte, Wohnungslosen-
und Straffälligenhilfe
38 Rechtliche Betreuungen
40 Armut, existenzunterstützende Dienste,
Allgemeine Sozialberatung

Ausländer, Aussiedler, Flüchtlinge

43 Integration und Migration

Profil und Identität

46 Öffentlichkeitsarbeit
48 Fundraising
50 Personal- und Organisationsentwicklung
54 Fachdienst Caritas-Koordination in den Dekanaten
des Erzbistums Paderborn
55 Fachstelle Verbandliche Koordination
58 Diözesaner Ethikrat

Internationale Verantwortung

59 Not- und Strukturhilfe

Arbeitsplatz Caritas

62 Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle

Fachverbände

63 Caritas-Konferenzen
65 IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit
66 Kreuzbund
68 Malteser-Hilfsdienst
70 Sozialdienst katholischer Frauen,
Sozialdienst Katholischer Männer
72 Vinzenz-Konferenzen

75 Organisationsplan

Titel



Tee trinken verbindet: Zur Woche des ausländischen Mitbürgers präsentierte der Caritasverband Witten Tee-Rituale aus aller Welt. (Foto: Rellecke)



Start frei für das deutsch-polnische Caritas-Pilotprojekt zum fairen und legalen Einsatz polnischer Haushaltshilfen im Erzbistum Paderborn (Foto: Sauer)



Hubertus Nagel, Bewohner des St.-Elisabeth-Wohnhauses für Menschen mit Behinderungen, nach seinem „Königsschuss“ auf den Birnenvogel. Das traditionelle Schützenfest der St.-Erhard-Schützenbruderschaft im Caritasverband Brilon führte auch 2010 zahlreiche Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen. (Foto: Decker)



Mit pfiffigen Motiven ging 2010 die Katholische Schwangerschaftsberatung im Erzbistum Paderborn in die Öffentlichkeit. Titel der Kampagne: „Von Anfang an – gemeinsam leben lernen“. (Foto: Becker)

Häufig gebrauchte Abkürzungen

ALG I / II	Arbeitslosengeld I bzw. II.
ARGE	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit
DiCV	Diözesan-Caritasverband Paderborn
DCV	Deutscher Caritasverband
EGV	Erzbischöfliches Generalvikariat Paderborn
LAG FW NW	Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen
LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
MAIS	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
MFKJKS	Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
NRW-DiCV	die Diözesan-Caritasverbände in NRW (Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn)
OCV	Orts- bzw. Kreis-Caritasverband
SGB	Sozialgesetzbuch

Impressum

Akzente 2010
 Jahresbericht des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn e. V.
 Redaktion
 Jürgen Sauer,
 Fachstelle Öffentlichkeitsarbeit
 Gestaltung
 Mues + Schrewe GmbH, Warstein

Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e. V.
 Am Stadelhof 15
 33098 Paderborn
 Telefon 05251 209-0
 Telefax 05251 209-202
 info@caritas-paderborn.de
 www.caritas-paderborn.de

Redaktioneller Hinweis

Der vorliegende Jahresbericht beschränkt sich aus Gründen des Leseflusses in den meisten Fällen auf die männliche Form des Substantivs. Obwohl über 80 Prozent der Caritas-Beschäftigten und über 90 Prozent der Caritas-Ehrenamtlichen weiblich sind,

ist es uns wichtig, die Fülle der Informationen bei aller Fachlichkeit so lesefreundlich wie möglich aufzubereiten.

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Vorgänge in der arabischen Welt machen vielen Menschen hierzulande bewusst, welchen unschätzbaren Wert eine parlamentarische Demokratie besitzt. Wir dürfen dankbar sein, dass wir nun schon seit über 60 Jahren in einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat leben. Zu den Sternstunden unserer Demokratie zählt für mich der 9. Februar 2010, der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber aufforderte, für Transparenz bei der Berechnung des Existenzminimums für Hartz-IV-Empfänger zu sorgen. Was ein Staat für seine Armen übrig hat, gehört in einer parlamentarischen Demokratie ins Zentrum der Politik, darf also weder „von oben“ noch am „grünen Tisch“ einer Verwaltung entschieden werden. Unabhängig von der strittigen Höhe der Mindestsätze hat das Bundesverfassungsgericht aufgezeigt, welche Spielregeln im Umgang mit derart existenziellen Fragen gelten: Parteiengizänk und Wahltaktik sollten fehl am Platz sein, wenn es im politischen Diskurs zu entscheiden gilt, wie eine menschenwürdige

Existenz und ein Mindestmaß von Teilhabe an dieser Gesellschaft auszusehen haben.

Die Caritas mischt sich in diesen politischen Diskurs ein. So haben wir im April 2010 erstmals ein politisches Frühjahrsfest in Dortmund gefeiert. Dabei konnten wir gemeinsam mit den anderen NRW-Diözesan-Caritasverbänden Politikern und Interessierten einen Einblick in die gegenwärtigen „Knackpunkte“ der Sozialpolitik geben. Höhepunkt war eine Theater-Darbietung von jungen Flüchtlingen: Schillers „Räuber“ – gespielt von Menschen, die jeden Tag mit ihrer Abschiebung rechnen müssen.

Das Caritas-Leitwort „Not sehen und handeln“ besteht bekanntlich aus zwei Teilen: Herausforderungen wahrnehmen und Lösungen angehen. Eine solche Lösung stellt z. B. unser Modellprojekt zum fairen und qualitätsgeleiteten Einsatz von polnischen Haushaltshilfen dar. Es hat bundesweit ein beachtliches Echo ausgelöst. Ob im ZDF oder in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung – die Medien haben verstanden, worum es



Das Pilotprojekt des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn und der Caritas Polen zur legalen Beschäftigung polnischer Haushaltshilfen in deutschen Haushalten löst auch auf politischer Ebene ein positives Echo aus. „Dieses Projekt zeigt, dass es möglich ist, bei allem wirtschaftlichen Gefälle zwischen den Ländern die Menschen nicht auszubeuten“, sagte Irena Lipowicz, Bürgerrechtsbeauftragte und Sonderbotschafterin Polens, bei einem Besuch im Diözesan-Caritasverband. (Foto: Steppeler)



Politisches Frühjahrsfest der Caritas in NRW in Dortmund: Neben Talkrunden und Aktionen kam auch das Feiern nicht zu kurz: Für die musikalische Gestaltung sorgte die Gruppe „gut drauf“ aus den Wohnheimen für Menschen mit Behinderung des Caritasverbandes Brilon. (Foto: Pohl)

im Kern geht: Hier ist erstmals der Versuch gemacht worden, ein drängendes Problem in gute Bahnen zu lenken, d. h., sowohl der Grauzone illegaler Beschäftigung zu begegnen als auch dem wachsenden Bedarf nach einer häuslichen „24-Stunden-Betreuung“ zu entsprechen. Darüber hinaus nimmt das Projekt auch die Herkunftsfamilie der polnischen Frauen in den Blick. Dank der Kooperation mit Caritas Polen ist auch dies möglich. Seit 2009 wurden die Kontakte zwischen den beteiligten Caritasverbänden aufgebaut, die rechtlichen Voraussetzungen geklärt, interessierte Frauen in Polen geschult und passende Einsatzstellen in den Bereichen Olpe, Soest und Paderborn gesucht. 2010 ging das Projekt in die Praxisphase: Die ersten Frauen trafen im Erzbistum Paderborn ein. Inzwischen lässt sich eine erfolgreiche Zwischenbilanz ziehen. Das Projekt zieht weite Kreise auf der Bundesebene. Weitere Caritasverbände werden sich beteiligen.

Caritas agiert in Netzwerken: Dieser Vorteil kommt immer dann zum Tragen, wenn die eigenen Kräfte nicht ausreichen, um Heraus-

forderungen zu „stemmen“. Eine solche Herausforderung ist nach wie vor die Situation von jungen Müttern, vor allem von Alleinerziehenden. Das „Ja zum Leben“ wird bei ihnen nicht selten bezahlt mit einem Alltag am Rande des Existenzminimums. Keine gesellschaftliche Gruppe ist stärker armutsgefährdet. Mit der Kampagne „Von Anfang an – gemeinsam leben lernen“ wirbt die katholische Schwangerschaftsberatung im Erzbistum um ein breites Aktionsbündnis. Es geht darum, Schwangeren und jungen Familien vor allem in den Kirchengemeinden möglichst viele helfende Hände entgegenzustrecken. 2010 haben wir weiter an diesem „Kontaktnetz“ geknüpft, u. a. mit der Website www.kontaktnetz-fuer-schwangere.de.



Motiv aus der Kampagne „Von Anfang an – gemeinsam leben lernen“

Die Caritas ist bekanntlich kein homogenes Gebilde: Allein der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn vertritt rund 750 selbstständige Träger. Sie besitzen die Rechtsform von eingetragenen Vereinen, Stiftungen, gemeinnützigen GmbHs oder – wie im Fall von Kirchengemeinden – Körperschaften des öffentlichen Rechts. Zusammen beschäftigen sie rund 48 000 Mitarbeiter(innen) in über 1 900 Diensten und Einrichtungen. Bei aller Verschiedenheit der Träger: Gemeinsam ist

bisher das kirchliche Arbeits- und Tarifrecht. Diese als Dritter Weg bekannte Sonderform in Deutschland ist gerade im Jahr 2010 verstärkt in die Diskussion geraten. Zum einen macht der wirtschaftliche Druck manchem Caritas-Träger zu schaffen: Der „Kirchentarif“ ist in einigen Bereichen nicht konkurrenzfähig. Die bisherigen Wege der Tariffindung erscheinen nicht mehr zeitgemäß und zu schwerfällig. Die Folge: Auf Bundesebene hat die Zahl der Ausgründungen von Diensten in neue Rechtsformen in den letzten Jahren zugenommen, in Einzelfällen werden damit auch kirchliche Tarife umgangen. Dürfen sich diese Träger dann noch „kirchlich“ nennen? Im Jahr 2010 musste sich die Apostolische Signatur, das höchste Gericht der römischen Kurie, mit dieser Frage beschäftigen. Die Antwort des Gerichtes zielt auf eine notwendige Klärung: Wer sich als kirchlicher Träger für den Dritten Weg entscheidet, muss die von den Bischöfen gesetzte Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse auch formal anerkennen. Wer dies nicht tut, kann lediglich den Status eines „sonstigen“ kirchlichen Trägers für sich beanspruchen. Noch sind diese „sonstigen“ Träger gerade im Erzbistum Paderborn die Ausnahme. Im Diözesan-Caritasverband können solche Träger lediglich den Status von Kooperationspartnern haben, eine Mitgliedschaft ist ausgeschlossen. Die Position unseres Verbandes ist hier eindeutig: Der Dritte Weg ist ohne Alternative. Und: Es lohnt sich, für diesen Weg zu kämpfen!

Für neue, zeitgemäße Strukturen sorgt seit dem Jahr 2010 eine Satzungsreform auf der Ebene der Orts- und Kreis-Caritasverbände. Die Verbände haben mit dieser Reform die Möglichkeit, einen hauptamtlichen Vorstand zu berufen und ein Aufsichtsgremium in Form des Caritasrates einzurichten. Grund für die Reform war u. a. die Notwendigkeit, ehrenamtliche Vorstände von der gestiegenen unternehmerischen Verantwortung zu entlasten. Außerdem galt es, die auch von den deutschen Bischöfen geforderten Aufsichtsstrukturen zu schaffen.

Neue Strukturen bestimmen auch die Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes: Die bisherige Zentralabteilung Wirtschaft-

liche Beratung wurde aufgelöst, das Arbeitsfeld wurde in die Abteilungen Gesundheits- und Altenhilfe bzw. Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe integriert. Der bisherige Leiter, Meinolf Flottmeier, leitet als stellvertretender Diözesan-Caritasdirektor die neue Fachstelle Verbandliches Controlling.

Strukturen sind hilfreich, aber nicht alles. Letztlich zählt jeder einzelne Mensch. Danken möchte ich daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der großen „Caritas-Familie“ im Erzbistum, ob haupt- oder ehrenamtlich, für ihr Engagement im vergangenen Jahr. Um ihre Arbeit zu würdigen, reicht der Platz dieses Jahresberichtes nicht aus. Allen gilt zugleich meine Anerkennung für ihren Dienst am Nächsten. Er ist wichtiger denn je.



Ihr Josef Lüttig,
Diözesan-Caritasdirektor

Ambulante Pflegedienste

Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 2010 war für die ambulanten Dienste vor allem geprägt durch den Begriff der „Pflegetransparenzvereinbarung“.

Zum ersten Mal wurden nahezu alle Dienste durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) geprüft und vor allem benotet. Ergebnisqualität sollte dargestellt werden, damit der Verbraucher Entscheidungskriterien für die Wahl des Pflegedienstes bekommt. Den Caritas-Sozialstationen wurde durchgängig eine gute bis sehr gute Versorgung der anvertrauten Menschen bescheinigt. Dies findet sich nach Aussagen des MDK nicht immer in der Benotung wieder, und daran wird deutlich, dass die Kritik, die an der Pflegetransparenzvereinbarung geübt wird, zutreffend ist.

Geprüft wird nicht die Ergebnisqualität, sondern vorrangig die Qualität der Dokumentationen und Strukturen. Da nicht das tatsächliche Ergebnis im Vordergrund steht, ist der Nutzen für den Verbraucher durchaus fraglich. Die Kritik an der Pflegetransparenzvereinbarung beschäftigte auch die Sozialgerichte, welche teilweise die inhaltlich vorgebrachte Kritik übernahmen.

Die ambulanten Pflegedienste haben sich zum Ziel gesetzt, kranken, alten Men-

schen und ihren Angehörigen, die Hilfe bedürfen, die geeignete Unterstützung anzubieten. Das Hilfsangebot berücksichtigt dabei die individuelle Schwere der Krankheit und Pflegebedürftigkeit sowie die persönliche Situation der Betroffenen. Sie bieten Hilfe durch umfassende Beratung, ambulante Pflege, spezialisierte palliative Versorgung sowie durch hauswirtschaftliche Dienste. 2010 wurden vor allem die Entlastungsangebote für Angehörige ausgebaut, welche Menschen mit Demenz pflegen. Diese so genannten Einsätze und Entlastungsangebote nach § 45b Sozialgesetzbuch (SGB) XI erfahren eine sehr hohe Nachfrage und führen dazu, dass Menschen mit Demenz länger in der eigenen häuslichen Umgebung versorgt werden können. Gleichzeitig wird das Krankheitsbild Demenz aus der Tabuzone gehoben und somit die Arbeit an einer „demenzfreundlichen Gesellschaft“ begonnen.

Zum Jahresende 2010 wurden 82 Caritas-Sozialstationen/ambulante Pflegedienste, ein ambulanter Kinderkrankenpflegedienst, vier ambulante psychiatrische Dienste, 19 ambulante palliative Pflegedienste und 20 Familienpflegedienste beraten und vertreten.

Schwerpunkte der Arbeit

Die Vertragsverhandlungen im SGB-V-Bereich gestalten sich weiterhin schwierig. Anfang 2010 wurde im Rahmen des Schiedsstellenverfahrens eine Vereinbarung getroffen, da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatten. Die gleiche Situation ist auch in der neuen Verhandlungsphase eingetreten, so dass wieder eine Entscheidung über die Schiedsstelle herbeizuführen ist.

Für die Familienpflege ergibt sich eine Sondersituation. Die Schiedsstelle ist nur zuständig für den Paragraphen 37 SGB V, somit kann keine Vergütungsregelung über das Schiedsstellenverfahren für die Familienpflege getroffen werden. Die Anbieter der Freien Wohlfahrtspflege haben den Versuch gestartet, einen separaten landesweiten Vertrag für die Familienpflegedienste abzu-

schließen, allerdings ist die Bereitschaft der Kostenträger dazu nicht besonders ausgeprägt.

Nach intensiven Gesprächen mit den beteiligten Verbänden und den Partnern in Polen konnte eine Kooperationsvereinbarung mit dem DiCV Paderborn und der Caritas Polen mit ihren jeweiligen Gliederungen geschlossen werden. Die Partner haben schriftlich niedergelegt, dass sie sich den Herausforderungen stellen werden, die schutzwürdigen Interessen der in Deutschland arbeitenden Frauen und ihrer Heimatfamilien sowie der Haushalte bzw. Familien, die diese Frauen beschäftigen, gemeinsam durch eine Kooperation und deren Umsetzung zu sichern.

Im Rahmen des Projektes „Caritas 24 – Qualitätsgesicherter Einsatz polnischer Haushaltshilfen in deutschen Haushalten mit pflegebedürftigen Personen“ vereinbaren die Teilnehmer spezifische Informations- und Unterstützungsleistungen, um zu erreichen, dass ein qualitätsgesicherter Einsatz polnischer Haushalts- und Betreuungskräfte legal und unter würdigen Rahmenbedingungen erfolgen kann. Die Vorstellung des Projektes im Rahmen einer Fachtagung in Paderborn stieß auf bundesweites Interesse und führte dazu, dass andere Diözesan-Caritasverbände in die Kooperation einsteigen. Das Projekt „Caritas 24“ wurde auch dem Deutschen Caritasverband mit positiver Resonanz vorgestellt.

Perspektiven und Herausforderungen

Der Pflege- und Betreuungsbedarf steigt bundesweit kontinuierlich an, die strikte Trennung von ambulanter und stationärer Pflege, die maßgeblich den leistungsrechtlichen bisherigen Vorgaben des SGB XI geschuldet war, wird sich stärker auflösen. Es werden neue Versorgungsformen, in denen stationäre, teilstationäre und ambulante Pflegedienste eng zusammenarbeiten, entstehen müssen. Der Mangel an Fachkräften ist heute schon vereinzelt spürbar und wird sich zukünftig dramatisch verschärfen. Neue Hilfsstrukturen mit einem Mix aus unterstützenden Akteuren werden entstehen müssen, um adäquat auf die demografische Veränderung reagieren zu können. Zukünftige Themen werden sein:

- Versorgung im Quartier
- bürgerschaftliches Engagement
- Personalgewinnung und Personalbindung
- Stärkung der Selbsthilfe-Potenziale
- Technikeinsatz zum Verbleib in der eigenen häuslichen Umgebung
- Unterstützungskonzepte auch für alleinlebende Menschen mit Demenz

Strukturveränderungen

Die Rahmenbedingungen im Bereich der Gesundheits- und Altenhilfe gestalten sich zunehmend komplexer. Um die Träger und Einrichtungen weiterhin adäquat und zukunftsorientiert zu beraten, erfolgten in der Abteilung Gesundheits- und Altenhilfe einige strukturelle Änderungen.



Margret Wulf aus Paderborn-Elsen (rechts) ist froh über die Unterstützung durch Alicja Roszczyńska. Die junge Polin gehört zu den ersten Frauen, die im Rahmen des deutsch-polnischen Caritas-Projektes als Haushaltshilfe im Erzbistum Paderborn im Einsatz sind. Caritas-Direktor Marek Borzyskowski aus Graudenz überzeugte sich im Januar 2010 von der „Praxistauglichkeit“ des Projektes. Der örtliche Caritas-Verband Paderborn hatte für den Kontakt nach Graudenz gesorgt. (Foto: Sauer)

Aus diesem Grund wurden im Februar 2010 die wirtschaftliche Beratung in der Altenhilfe (Referatsleitung: Clemens Johannigmann) und die Offene soziale Altenarbeit (Ursula Steiner) in die Abteilung Gesundheits- und Altenhilfe eingegliedert.

Ab Januar 2011 werden die bisherigen Referate „Ambulante Dienste“, „Hospiz“ und „Stationäre Altenhilfe“ als gemeinsames Referat „Altenhilfe, Hospiz und Sozialstationen“ geführt. Mit dieser Zusammenführung der Arbeitsfelder „Ambulante Dienste“ und „Stationäre Altenhilfe“ wird den Entwicklungen im Feld Rechnung getragen, welche zunehmend sektorenübergreifende Konzepte und Perspektiven erfordern.

Die Leitung des neuen Referates wurde Christoph Menz übertragen. Als Referatsleiter ist Herr Menz auch Geschäftsführer der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der katholischen Alten- und Gesundheitshilfe im Erzbistum Paderborn.

Aufgrund der Entwicklungen und der Anforderung des SGB XI „ambulant vor stationär“ und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Kooperation der Einrichtungen und Dienste in einer Region wurde im ersten Quartal 2010 die Arbeitsgemeinschaft Heime und Einrichtungen der Katholischen Altenhilfe aufgelöst und eine neue Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Alten- und Gesundheitshilfe gegründet. Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sind Träger von ambulanten, teil- und vollstationären Diensten und Einrichtungen.



Christoph Menz

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-220
c.menz@caritas-paderborn.de

Altenhilfe

Allgemeine Entwicklung

Die Beratung der Träger und Leitungen der voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege wird insbesondere bestimmt durch die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Pflegeversicherung, des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW und des Landespflegegesetzes. Einrichtungen der Altenhilfe sind weiterhin starken ökonomischen Zwängen ausgesetzt. Mit den bestehenden Ressourcen müssen zunehmend gesetzliche Anforderungen erfüllt werden. Der Wettbewerb unter den einzelnen Anbietern steigt kontinuierlich. Neue, zum Teil

kostengünstigere Angebote in der 24-Stunden-Versorgung von pflegebedürftigen Menschen erschweren die Wettbewerbssituation. Der Marktpreis nimmt im Pflegebereich einen immer höheren Stellenwert ein. Pflegebedürftige bzw. deren Angehörige vergleichen die Entgelte der einzelnen Anbieter. Aufgrund der dargestellten Situation verhalten Träger sich zurückhaltend bei den Entgelterhöhungen. Kostensteigerungen müssen durch Umstrukturierung und Optimierung der Ablauforganisation kompensiert werden. Jedoch sind hier auch Grenzen aufgezeigt.

Aufgaben

Die Aufgabenstellung des Referates umfasst die Aufgaben der sozialen und pflegerischen Arbeit im vollstationären Bereich der Altenhilfe, der Kurzzeitpflege und der Tagespflege. Neben der Beratung der Träger und Leitungen der Pflegeeinrichtungen ist die politische Vertretung durch die Mitarbeit in unterschiedlichen Gremien auf Diözesan-, Landes- und Bundesebene gewährleistet. Zu nennen sind u. a. der Arbeitsausschuss Altenhilfe der LAG FW NW und der Deutsche Caritasverband. Die innerkirchliche Abstimmung der Altenhilfeinteressen erfolgt in der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Alten- und Gesundheitshilfe im Erzbistum Paderborn, deren Geschäftsführung im Referat liegt, sowie mit dem Erzbischöflichen Generalvikariat.

Schwerpunkte der Arbeit

Vorgaben WTG

Am 18. Dezember 2009 ist das Wohn- und Teilhabegesetz des Landes NRW in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz hat das Land Nordrhein-Westfalen die Chance genutzt, die mit der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts für die Länder verbunden ist. Im Interesse älterer, pflegebedürftiger Menschen gestaltet das Land die Rechte der Einrichtungen der Betreuung für NRW neu und ersetzt das Bundesheimgesetz durch ein eigenes Landesrecht. Ziel des

Wohn- und Teilhabegesetzes ist, dass Menschen in Betreuungseinrichtungen möglichst selbstbestimmt wohnen und am Leben in der Gesellschaft teilhaben können.

Unter anderem wurde die Mitwirkung der Bewohner in Beiräten neu geregelt. Externe können in diesen Gremien mitwirken und die Bewohner in der Interessenwahrnehmung stützen. Die Einrichtungen sind verpflichtet, einmal im Jahr ihre Gewinn- und Verlust-Rechnung gegenüber den Bewohnern und nahestehenden Personen darzustellen.

Im Jahr 2010 hatte man sich intensiv mit Umsetzungsfragen auseinandergesetzt. Vertreter des Ministeriums sprechen selbst von einem „lernenden Gesetz“. Eine Vielzahl von Erlassen zur Umsetzung und Konkretisierung der gesetzlichen Vorgaben wurde vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW herausgegeben. Es fanden immer wieder Auseinandersetzungen mit den Prüfbehörden statt, da Differenzen bei der Auslegung der gesetzlichen Vorgaben vorlagen. Zur Klärung der Sachverhalte mussten häufiger die Vertreter des Ministeriums kontaktiert werden. Ende des Jahres wurde der verbindliche Prüfkatalog durch das Ministerium veröffentlicht. Mit Hilfe dieses Instrumentes müssen die Aufsichtsbehörden die Leistungen der Pflegeeinrichtung unangemeldet überprüfen. Die Ergebnisse der Kontrollen sollen künftig in allgemein verständlicher Form veröffentlicht werden.

Veröffentlichung von Qualitätsberichten der Pflegeeinrichtungen

Kostenträger und Leistungserbringer hatten aufgrund dieser gesetzlichen Vorgaben vereinbart, dass ab Juli 2009 die Leistungen der Pflegeeinrichtung sowie deren Qualität für Pflegebedürftige und deren Angehörige verständlich, übersichtlich und vergleichbar im Internet sowie in anderer geeigneter Form veröffentlicht werden sollten. Im dritten Quartal 2009 wurden die ersten Ergebnisse der unangemeldeten Qualitätsprüfungen veröffentlicht. Größtenteils erzielten die Pflegeeinrichtungen im Erzbistum Paderborn bisher gute Noten. Die Qualitätsoffensiven der vergangenen Jahre haben sich bewährt.

Das Qualitätsprüfungsinstrument des Medizinischen Dienstes der Pflegekassen weist deutliche Mängel auf. In den Prüfkriterien wird die Dokumentationsqualität höher als die Pflegequalität gewichtet, obwohl die Ergebnis- und Lebensqualität des Bewohners entsprechend der gesetzlichen Intention im Vordergrund stehen soll. Das Instrument muss grundlegend überarbeitet werden. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass bisher keine pflegewissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse über valide Indikatoren der Ergebnis- und Lebensqualität existieren. Zwischenzeitlich liegen die Ergebnisse des „Modellprojektes zur Messung der Ergebnisqualität in stationären Pflegeeinrichtungen“ vor.

Grundsätzlich sollen ab 2011 alle Einrichtungen, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erbringen, einmal jährlich unangemeldet durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) geprüft und die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Leistungsverbesserung für Menschen mit Demenz in vollstationären Pflegeeinrichtungen

Seit 2009/2010 erhalten Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (Menschen mit Demenz) in vollstationären Pflegeeinrichtungen zusätzliche Leistungen aus der Pflegeversicherung. Mit den finanziellen Ressourcen werden Helfer eingestellt, die zusätzliche Betreuungsleistungen in den Einrichtungen übernehmen. Das Referat begleitete die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben. Konzeptionen wurden erarbeitet,



Dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Alten- und Gesundheitshilfe im Erzbistum Paderborn gehören an: Weihbischof Manfred Grothe (Vorstandsvorsitzender DiCV Paderborn), Peter Wawrik (Vorsitzender der diözesanen Arbeitsgemeinschaft; CV Soest), Martin Peitzmeier (stellv. Vorsitzender der diözesanen Arbeitsgemeinschaft; Verein katholischer Altenhilfeeinrichtungen e.V., Hamm), Hartmut Claes (CV Witten), Brigitte Skorupka (Caritas-Altenhilfe Dortmund GmbH), Heike Strüber (Seniorenzentrum St. Laurentius, Löhne), Karl Wilhelm Koppers (Altenwohnheim St. Aegidius, Rheda-Wiedenbrück), Hans-Werner Hüwel (CV Paderborn), Markus Feldmann (Gemeinnützige Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe mbH), Antonius Drees (Caritas-Altenheim St Antonius, Soest), Ulrich Sölken (CV Arnsberg), Wolfgang Fischbach (berufenes Mitglied, Fortbildungsakademie für Gesundheitshilfe, Olpe), Christoph Menz (DiCV Paderborn, Geschäftsführung der diözesanen Arbeitsgemeinschaft) Brigitte von Germeten-Ortmann (DiCV Paderborn), Auf dem Foto fehlen: Josef Lüttig (Diözesan-Caritasdirektor), Annette Beckers (Altenzentrum St. Lambertus, Castrop-Rauxel), Andrea Bock (CV Hagen), Elisabeth Mischke (Altenheim St. Josef, Hamm-Herringen) (Foto: Johannigmann)

Verträge mit den Kostenträgern geschlossen und Betreuungskräfte auf ihren verantwortungsvollen Einsatz theoretisch und praktisch vorbereitet. Zwischenzeitlich konnten sich die Betreuungskräfte erfolgreich etablieren. Die zusätzliche Betreuungsleistung wird von den Bewohnern gut angenommen.

Ausbau der Tagespflegeplätze

Bei der Inanspruchnahme von ambulanten Pflegeleistungen in Kombination mit Tagespflegeleistungen ist der Sachleistungsbetrag mit der Novellierung des Pflegeversicherungsgesetzes auf 150 % aufgestockt worden. Aufgrund dieser Verbesserungen im Sachleistungsbereich wurde verstärkt das Tagespflegeangebot in Anspruch genommen. In Regionen im Erzbistum, in denen diese Versorgungsform noch nicht etabliert war, wurden neue Einrichtungen/Plätze errichtet. Träger erfuhren Unterstützung bei der Entwicklung der Konzeptionen, baulichen Ausgestaltung sowie beim Abschluss der Versorgungsverträge und Vergütungsvereinbarungen.

Angedachter Bürokratieabbau in der Pflege gescheitert

Deutlich wurde im Rahmen der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, dass das Ziel des Bürokratieabbaus mit der Reform nur unzureichend erreicht worden ist. Der Verwaltungsaufwand steigt weiterhin kontinuierlich.

Konzeptionen müssen verschriftlicht, Verfahrensanweisungen erarbeitet und die erbrachten Leistungen fortdauernd dokumentiert werden. Während der oben dargestellten Prüfung durch den Medizinischen Dienst und die Heimaufsichten werden diese Dokumente kontrolliert und die Leistung der Einrichtung an den Ergebnissen dieser Kontrollen gemessen. Durch die ständige Zunahme an Bürokratie stehen den Mitarbeitern immer weniger Ressourcen für die unmittelbare Betreuung der ihnen anvertrauten Bewohner zur Verfügung.

Diözesane Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Alten- und Gesundheitshilfe

Aufgrund der gesetzlichen Entwicklungen „ambulant vor stationär“ und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Kooperation der Einrichtungen und Dienste in einer Region wurde im ersten Quartal 2010 die Arbeitsgemeinschaft Heime und Einrichtungen der Katholischen Altenhilfe aufgelöst und eine neue Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Alten- und Gesundheitshilfe gegründet. Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sind



Mit Aktenstößen veranschaulichte das Referat Altenhilfe auch beim politischen Frühjahrsfest in Dortmund die überbordende Bürokratie in diesem Hilfebereich. (Foto: Pohl)



Mit der Kampagne „Experten fürs Leben“ lenkte die verbandliche Caritas in Deutschland im Jahr 2010 den Blick auf die Stärken von alten Menschen. Der DiCV Paderborn beteiligte sich an dieser Kampagne mit einer „Marmeladen-Kochaktion“: Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen von katholischen Altenheimen kochten unter dem Motto „Experten für Genuss“ traditionelle oder ausgefallene Marmeladen – 400 Gläser kamen zusammen. Der Erlös der Aktion kam den Aufgaben der Müttergenesung zugute. (Fotos: Sauer)

Träger von ambulanten, teil- und vollstationären Diensten und Einrichtungen. In der Gründungsversammlung wurde die Struktur- und Arbeitsordnung beschlossen, die unter anderem als Unterbau zur diözesanen Arbeitsgemeinschaft regionale Arbeitskreise vorsieht. Ferner wurde in der Versammlung der neue Vorstand gewählt. Dieser Vorstand wurde später durch gewählte Regionalsprecher erweitert.

Pflege 2020

Von September 2009 bis zum 31. Januar 2011 beteiligte sich der Diözesan-Caritasverband am Verbundforschungsprojekt „Pflege 2020“ des Fraunhofer-Instituts. Ein Schwerpunkt dieses Projektes war die Identifikation von Kundentypen, damit kundenspezifische Angebote generiert werden und eine innovative Versorgungslandschaft entstehen kann. Es wurde versucht, die Herausforderungen für den Bereich der Altenhilfe zu beschreiben und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Weiter wurde mit unterschiedlichen Projektteilnehmern der Einsatz von technischen Hilfen in einer zukünftigen Altenhilfandschaft diskutiert. Anforderungen aus der Praxis wurden in die Diskussion eingebracht, damit Anbieter aus den Bereichen

Bau, Informationstechnik, Rehabilitation, Licht etc. Lösungsvorschläge entwickeln können, die einer auch der demografischen Entwicklung geschuldeten Veränderung Rechnung tragen.

Ziel war es, durch intelligente Lösungen und technische Unterstützungen die knapper werdende Ressource Personal zu kompensieren und eine möglichst lange Eigenständigkeit der Nutzer zu erhalten. Als wesentliches Ergebnis wurde festgehalten, dass die Kunden der Altenhilfe im Mittelpunkt eines Netzwerkes stehen, von dem sie je nach Interessenlagen und Versorgungsbedürfnissen entsprechend versorgt werden. Es gilt, eine Versorgungslandschaft entstehen zu lassen, die Angebote wie ambulante, stationäre/teilstationäre Pflege, ehrenamtliche Dienste, Mittagstisch, Einkaufsmöglichkeiten, unterschiedliche Hilfs-, Beratungs- und Begleitungsangebote, altersgerechte Wohnangebote und weitere Dienstleistungen miteinander vernetzt.

Perspektiven und Herausforderungen

Bedingt durch die veränderten Rahmenbedingungen müssen sich die Pflegeeinrichtungen im Pflegemarkt neu positionieren und ihre Leistungen am Bedarf ausrichten. Dif-

ferenzierte Angebote sind zu entwickeln und mit den vorhandenen Diensten und Einrichtungen zu vernetzen, damit bestehende Spannungen zwischen humanitären Ansprüchen und den rechtlichen sowie ökonomischen Zwangsvorgaben nicht zu Lasten der hilfs- und pflegebedürftigen Menschen gehen. Die Herausforderung besteht u. a. darin, Prozesse in den Einrichtungen und Diensten neu zu strukturieren, um somit Verbesserungspotenziale zu erschließen. Auf eine strukturierte innerkirchliche Zusammenarbeit bei den Einrichtungen und Diensten sollte hingearbeitet werden. Ferner werden die Personalgewinnung und -bindung einen hohen Stellenwert in der Zukunft einnehmen.

Die Rahmenbedingungen im Bereich der Gesundheits- und Altenhilfe gestalten sich zunehmend komplexer. Um die Träger und Einrichtungen weiterhin adäquat und zukunftsorientiert zu beraten, erfolgten in der Abteilung Gesundheits- und Altenhilfe einige strukturelle Änderungen. Im Februar 2010 wurden die wirtschaftliche Beratung in der Altenhilfe (Referatsleitung: Clemens Johannigmann) und die Offene soziale Altenarbeit (Ursula Steiner) in die Abteilung Gesundheits- und Altenhilfe eingegliedert. Ab Januar 2011 werden die bisherigen Referate „Ambulante Dienste“, „Hospiz“ und „Statio-

Gesundheits- und Pflegeberufe

näre Altenhilfe“ als gemeinsames Referat „Altenhilfe, Hospiz und Sozialstationen“ geführt. Mit dieser Zusammenführung der Arbeitsfelder „Ambulante Dienste“ und „Stationäre Altenhilfe“ wird den Entwicklungen im Feld Rechnung getragen, welche zunehmend sektorenübergreifende Konzepte und Perspektiven erfordern. Die Leitung des neuen Referates wurde Christoph Menz übertragen. Als Referatsleiter ist er auch Geschäftsführer der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Alten- und Gesundheitshilfe im Erzbistum Paderborn.

In einem neu gegründeten Bereich „Innovation und Politikentwicklung in der Altenhilfe“ werden Förderprogramme für konzeptionelle und strukturelle Entwicklungen der Altenhilfe analysiert und bewertet, damit diese gezielt zur Verfügung gestellt werden können. Da insbesondere Bauvorhaben Einfluss auf die Effizienz der Arbeitsorganisation und Finanzmittelbindung haben, ist hier die notwendige Expertise angesiedelt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt darin, für den Altenhilfebereich relevante gesetzliche Entwicklungen gezielt zu beobachten, auf Auswirkungen für das Feld zu prüfen. Diese Aufgabe wurde Stephanie Heinekamp übertragen.



Stephanie Heinekamp Kathrin Waldhoff Christoph Menz

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-328
s.heinekamp@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-289
k.waldhoff@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-220
c.menz@caritas-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

Die aktuelle Diskussion in den Pflegebereichen ist geprägt von den Begriffen „Fachkräftemangel“ und „generalistische Ausbildung“. Die finanzielle Situation vieler Einrichtungen verlangt zudem strategische und organisatorische Einschnitte, die sich auch auf den Personalbereich im Pflegedienst massiv niedergeschlagen haben. Die dadurch enge Personalausstattung in den Kliniken führt bei zunehmender Fallschwere zu einer hohen Arbeitsverdichtung. In vielen Einrichtungen macht sich bereits jetzt der demografische Wandel bemerkbar: Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter steigt, in manchen Einrichtungen liegt er über 42 Jahre. Ein weiteres Indiz ist die Häufung von vakanten Pflegeplanstellen insbesondere im OP und im Funktionsdienst. Die Frage, wie der Dienstgeber die Arbeitsfähigkeit bis zum Rentenalter gewährleistet, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Aber auch die Frage nach einem funktionierenden Wissensmanagement muss künftig beantwortet werden. Welche Strategien müssen greifen, damit das heutige Erfahrungswissen der Einrichtung nicht verloren geht?

Die Pflegeausbildung mit den drei Kernpflegeberufen befindet sich gegenwärtig in einem intensiven Strukturwandelprozess, der eine generelle Bildungsreform notwendig macht. Prägend in der weiter fortschreitenden Professionalisierung sind

die Begriffe Akademisierung, vertikale und horizontale Durchlässigkeit, der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) bzw. der entsprechende Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) sowie die Forderung nach einer generalistischen Ausbildung. Diese Zusammenführung der Pflegeberufe in eine generalistische Ausbildung ist aus heutiger Sicht die dringendste Aufgabe für eine gemeinsame Entwicklungsperspektive. In diesem Zusammenhang sind die Verortung der zukünftigen Pflegeschulen und die Finanzierung der gemeinsamen Pflegeausbildung die Hauptdiskussionspunkte auf der Bundes- und Landesebene. Aufgrund des GMK-Beschlusses und der Aussagen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wird eine Positionierung auf der Bund-Länder-Ebene im Frühjahr 2011 erwartet.

Der Wettbewerb um junge, qualifizierte Menschen hat bereits eingesetzt und wird sich zukünftig weiter verstärken. Unterschiedliche Pflegeausbildungskampagnen zur Rekrutierung junger Menschen in den Pflegeberuf konnten erfolgreich ins Leben gerufen werden. Exemplarisch seien hier folgende Aktionen aus dem Diözesan-Caritasverband benannt:

- AG Altenhilfe katholischer Träger im Kreis Olpe: „2Care4“ mit der Homepage www.2care4.info
- das FSJ plus des IN-VIA-Diözesanverbandes

Schwerpunkte der Arbeit

Die vorhandene Bereitschaft der Träger, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, ist im Jahr 2010 weiter gewachsen, so dass sich die Caritas in NRW mit den Einrichtungen, Diensten und Fachseminaren zu den größten Ausbildern im Bereich der Altenpflegeausbildung zählen kann.

Nach wie vor steht dieser positiven Entwicklung die Reglementierung der Schulplätze gegenüber. Durch das festgelegte Budgetierungsverfahren in der Altenpflegeausbildung ist die zu vergebende Platzzahl für die jeweiligen Trägergruppen reglementiert, so dass nicht alle Anfragen befriedigt werden

können. Gegenüber der Landespolitik wird die Forderung einer entsprechenden Anpassung von Ausbildungskontingenten und -bedarfen immer wieder vorgebracht. Über die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege wird gleichzeitig versucht, diese Forderung durchzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Fachkräften besteht die Notwendigkeit, dass das Ausbildungsplatzkontingent erweitert werden muss. Auch auf Bundesebene sind Aktionsprogramme für Pflegeberufe weiter auszubauen, um dem bereits beginnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.



Neue Wege, um junge Leute für die Altenpflege zu begeistern, gehen die katholischen Träger im Kreis Olpe mit der Kampagne „2care4“.

Im Erzbistum Paderborn werden derzeit in neun Fachseminaren für Altenpflege, 22 Gesundheits- und Krankenpflegeschulen, zwei Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeschulen, sechs Pflegehilfesschulen und einer Hebammenlehranstalt Ausbildungen im Pflegebereich angeboten. Insgesamt werden derzeit rund 2 800 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Die Ausbildungsplatzzahlen pro Jahr variieren aufgrund der verschiedenen Finanzierungsmittel, aber auch bedingt durch eine natürliche Fluktuation.

Das favorisierte Modell der Ausbildung basiert auf einem gestuften Aufbau von Ausbildungswegen in der Pflege. Dies bietet durchlässige Wege in der Pflegebildung und der beruflichen Weiterbildung von der Helferebene bis zur Hochschulqualifikation. Eine neue, differenzierte Qualifikationsstruktur und damit ein verändertes Berufsbild

werden entstehen. Mit einer Anbindung an Hochschulen bzw. Fachhochschulen erhoffen sich viele Bildungseinrichtungen eine Attraktivitätssteigerung zugunsten höherer Bewerberzahlen. Ob dies das Erfolgsmodell der Zukunft sein wird, bleibt abzuwarten. Bezüglich der Personalstruktur wird es künftig darum gehen, geeignetes Personal für die unterschiedlichsten Aufgaben in der Pflege zu gewinnen (d. h., ein entsprechender Personal-Mix sollte vorgehalten werden).

Zu den Aufgaben des Referates gehört die Konzeption von Fort- und Weiterbildungen für Pflegende im Krankenhausbereich sowie im Bereich des ambulanten und stationären Sektors. Seit einigen Jahren bieten vier Bildungsträger in Geseke, Hagen, Hamm und Olpe in Zusammenarbeit mit dem Diözesan-Caritasverband die Integrierte Leitungsqualifikation für Pflegefachkräfte (ILQP) erfolgreich an. Diese neu konzipierte Leitungsqualifikation basiert auf einem modularisierten Weiterbildungskonzept und richtet sich an Pflegefachkräfte aus dem Krankenhaus, aus stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen sowie der ambulanten Pflege, die eine Aufstiegsqualifizierung anstreben.

Im Jahr 2010 begann im Rahmen eines Projektes mit der FH Bielefeld eine inhaltliche Überprüfung der Fortbildungsmodule (ILQP), inwieweit eine Studiums-Anrechnung einzelner Fortbildungsmodulen erfolgen kann. Die Ergebnisse werden 2011 erwartet.

Perspektiven und Herausforderungen

Die größte Herausforderung, der sich die Einrichtungen und Dienste künftig stellen müssen, ist der Fachkräftemangel. Die Personalsituation erscheint schizophoren. Während in dem einen Bereich Stellen abgebaut werden, fehlen in dem anderen Bereich massiv Pflegefachkräfte. Besonders die stationäre Altenhilfe und die ambulante Pflege sind von diesem Mangel bedroht. Angesichts sinkender Schulabgängerzahlen wird es immer schwieriger, ausreichend junge Menschen für das Berufsfeld Pflege zu gewinnen. Vor allem die jungen, gut ausgebildeten und engagierten Pflegefachkräfte sind hochbegehrt. Eine verstärkte Akquise um Auszubildende, Personalmarketing und die Attraktivitätssteigerung dieses Berufsfeldes sind die Herausforderungen der nächsten Jahre.



Eva
Theune

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-318
e.theune@caritas-paderborn.de

Krankenhäuser

Aufgaben

Die Mitarbeiter des Referates Krankenhäuser sind für die Beratung der katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn in planerischen, strukturellen und rechtlichen Fragen zuständig. Zu den Aufgaben gehört außerdem die politische Vertretung in Krankenhausfragen. Dabei stellt sich die politische Arbeit schwerpunktmäßig als Mitarbeit in den verschiedensten Gremien des Gesundheitswesens auf Diözesan-, Landes- und Bundesebene dar.

Schwerpunkte der Arbeit

Zusammenarbeit der Mitgliedskrankenhäuser stärken

Der Vorstand der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn traf sich im Frühjahr 2010 im sauerländischen Schmallenberg zu einer zweitägigen Klausurtagung. Das elfköpfige Gremium diskutierte unter der Fragestellung „Kollektive Strategien statt Konkurrenz!“, wie der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit der katholischen Kranken-

häuser im Bistum sinnvoll gestärkt werden können. In Anbetracht des sich immer weiter verschärfenden Kosten-, Leistungs- und Qualitätswettbewerbs im Gesundheitswesen ist ein engeres Zusammenrücken der richtigen und wichtige Schritt. So schaffen Allianzen erhebliche Synergieeffekte, eine Sortierung und Stärkung des medizinischen Leistungsangebotes, verbesserte Chancen für kleinere Krankenhäuser („Tender-Prinzip“) und eine Schärfung des Profils und des Marketings nach innen und außen.



Katholische Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn: Angesichts des sich verschärfenden Kosten-, Leistungs- und Qualitätswettbewerbs im Gesundheitswesen ist ein engeres Zusammenrücken der Einrichtungen der richtige Schritt – so die Erkenntnis aus der Vorstandsklausur der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Jahr 2010. (Foto: privat)

In den Blick genommen wurde insbesondere, in den aktuellen Problemen der Krankenhäuser (z. B. Fachkräftemangel) intensiver zusammenzuarbeiten. Ein jährliches gemeinsames Strategieforum soll künftig diesen Ansatz unterstützen.

„Katholischer“ Kampf den Keimen – die Novelle der katholischen Hygieneordnung

Im November trat nach intensiven Beratungen die neue Hygieneordnung für katholische Krankenhäuser in NRW in Kraft. Eine Überarbeitung dieser personellen und organisatorischen Rahmenvorgaben war erforderlich geworden, da auch die staatliche Verordnung eine Novellierung erfahren hatte. Bekanntlich stellt der Umgang mit Infektionen, insbesondere mit nosokomialen Infektionen und Infektionen durch multiresistente Erreger,

Sorge zu tragen, dass gerade diese Menschen in den katholischen Krankenhäusern bei ihren spezifischen Problemen Unterstützung und Rückhalt erfahren. Im Zuge der Kampagne wurden zudem erste Vorbereitungen für einen Fachtag „Menschen mit Behinderung im Krankenhaus“ im Jahr 2011 getroffen.

Krankenhausplanung

Die Neufassung der Rahmenvorgaben für die Krankenhausplanung NRW ließ auch 2010 weiter auf sich warten. Nach den Landtagswahlen und der Neustrukturierung des Ministeriums wird die Abstimmung mit dem Landesplanungsausschuss über die künftigen quantitativen Eckwerte im Laufe des Jahres 2011 erfolgen. Trotz dieser noch fehlenden neuen quantitativen Vorgaben gab es keinen Stillstand in der Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft. So wurden folgende Planungsverfahren für die uns angeschlossenen Krankenhäuser weitergeführt bzw. abgeschlossen:

Versorgungsgebiet 11

Kreise Höxter und Paderborn

Das St.-Josef-Hospital Bad Driburg schloss die Beleg-Abteilung Gynäkologie/Geburts-hilfe. Die stationäre Versorgung erfolgt nunmehr in den umliegenden Abteilungen in Höxter und Paderborn. Gleichzeitig wurde am St.-Josef-Hospital die psychiatrische Abteilung um 14 Betten aufgestockt. Für das St.-Vincenz-Hospital Brakel wurde der Antrag auf Einrichtung einer Geriatrie und für das St.-Ansgar-Krankenhaus Höxter auf Einrichtung der Strahlentherapie mit guten Erfolgsaussichten auf den Weg gebracht.

Versorgungsgebiet 13

Dortmund, Herne

Für das Marienhospital Herne wurde ein Anhörungsverfahren mit positivem Votum des Ministeriums für die Ausweisung der Angiologie und diagnostischen Nuklearmedizin eingeleitet.

Versorgungsgebiet 14

Hagen, Märkischer Kreis, Ennepe-Ruhr-Kreis
An der Krankenpflegeschule am St.-Elisabeth-Hospital Iserlohn konnten 25 zusätzliche Plätze für die Ausbildung zu Gesundheits- und Pflegeassistenten eingerichtet werden.

Entwicklung der Baupauschale 2008–2010

Fördersummen für NRW insgesamt (Mio. EUR)	2008	2009	2010
Weiterfinanzierung alter Einzelmaßnahmen	100	83,1	27,5
Baupauschale	90	106,9	162,5
davon für kath. KH im Erzbistum Paderborn	ca. 10	ca. 11,5	ca. 16,4
Summe Förderung in NRW	190	190	190
Fallwert (EUR pro BWR)	48,909	47,366	45,334
Förderkennziffer	20,558	21,7958	36,4375

immer größere Herausforderungen an die Mitarbeiter einer Klinik. Um diese auf dem Weg der Optimierung ihres Krankenhaus-hygienemanagements zu begleiten, galt es, einen Fachtag vorzubereiten, der zu Beginn des neuen Jahres stattfand.

Behinderte Menschen im Krankenhaus

Im Vorgriff auf die Jahreskampagne 2011 „Kein Mensch ist perfekt“ konnten im Herbst mit Hilfe einer landesweiten Fragebogenaktion Zahlen, Daten und Fakten zur Situation behinderter Menschen im Krankenhaus zusammengetragen werden. Auch wenn diese Patientengruppe weniger als zwei Prozent aller Behandlungsfälle in den Häusern ausmacht, ist es der eigene Anspruch, dafür

Katholische Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn					
	2010	2009	2008	2007	2006
Zahl der Krankenhäuser	47	48	48	48	48
Vollstationäre Betten insgesamt	12.433	12.509	12.557	12.682	12.666
Anzahl der Patienten		459.798	455.097	448.988	429.259
Anzahl der Pflegetage		3.393.791	3.449.663	3.490.359	3.445.488
Verweildauer (Tage)		7,4	7,6	7,8	8,0
Bettennutzung		74,3 %	75,3 %	75,4 %	74,5 %

Redaktioneller Hinweis: Bei freien Feldern liegen die Zahlen noch nicht vor.

Versorgungsgebiet 15 Hochsauerlandkreis

Nachdem seit mehreren Jahren wegen gegenseitiger Widersprüche die Weiterentwicklung der Disziplinenstruktur für das St.-Walburga-Krankenhaus Meschede blockiert war, konnte nunmehr auf dem Kompromissweg eine Lösung gefunden werden. Im Anhörungsverfahren schlug das Ministerium für Meschede den Ausweis der Gastroenterologie, Viszeralchirurgie und von Palliativbetten vor.

Krankenhausfinanzierung

Im Hinblick auf die Baupauschale, die bekanntlich haushaltsbedingt bis einschließlich 2011 zunächst stufenweise verteilt wird, kann für die katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn zusammenfassend festgehalten werden:

2010 erhielten 34 der 47 katholischen Krankenhäuser eine Pauschale für Baumaßnahmen ausgezahlt. Insgesamt flossen so ca. 16,4 Mio. Euro an diese Häuser. Das mit unserer Unterstützung auf der Ebene der Krankenhausgesellschaft NRW durchgeführte so genannte Monitoring zeigte, dass die katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn die Einführung der Baupauschale begrüßen. Planungssicherheit, Gestaltungsfreiheit und Orientierung an Leistungszahlen werden als wesentliche positive Elemente gegenüber der bisherigen Einzelförderung gesehen. Allerdings sei die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel nach wie vor viel zu niedrig, so dass der bestehende Investitionsstau auch durch die Baupauschale nicht abgebaut werden könne.

Perspektiven und Herausforderungen

Mit Einführung des DRG-Systems in den vorangegangenen Jahren ergab sich eine Erhöhung der Markttransparenz und Stärkung des Wettbewerbs auf dem Krankenhausmarkt. Mit dem nun fehlenden Preiswettbewerb im pauschalierten Entgeltsystem rücken Art, Menge und Qualität der erbrachten Krankenhausleistungen in den Vordergrund. Deshalb wird sich der Diözesan-Caritasverband vermehrt in die Qualitätsdiskussion im Gesundheitswesen einbringen. Unsere Ziele sind, das Profil kirchlicher Krankenhäuser (Qualität und Werte) zu schärfen, entsprechenden Einfluss auf die Gesundheitspolitik zu nehmen, auf externe Anforderungen (Krankenkassen, Politik etc.) adäquat zu reagieren und unseren Krankenhäusern jede Unterstützung zur Verbesserung der Behandlungsqualität sowie bei der Umsetzung eines christlichen Menschenbildes zukommen zu lassen.

Ein weiterer wesentlicher Arbeitsschwerpunkt wird die Mitwirkung an der Landeskrankenhausplanung sein. Für das Frühjahr 2011 hat das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) einen neuen Anlauf zur Fortschreibung des Krankenhausplanes in Aussicht gestellt. Der Caritasverband macht sich im Sinne seiner Krankenhäuser dafür stark, dass die Planung unter Berücksichtigung der folgenden Kriterien fortgeschrieben werden muss:

1. Versorgung sichern – Entwicklung der Krankenhäuser stärken

2. Freiräume verantwortlich gestalten können
 3. Kapazitäten ausweisen – Bandbreiten einführen
 4. Qualität und Transparenz
 5. Versorgungsnetze berücksichtigen
 6. Subsidiarität der gestuften Versorgung
 7. Vom Krankenhaus zum Gesundheitszentrum – Überwindung der Sektorengrenzen
- Fach- und Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen im Krankenhauswesen werden das Angebot für unsere Mitgliedshäuser abrunden. Dazu zählte 2011 die Vortragsveranstaltung „Strategien zur Optimierung des Krankenhaushygienemanagements“. Auch zum sich abzeichnenden Fachkräftemangel und zur Profilierung als attraktiver Arbeitgeber werden wir neue Impulse anbieten. Eine bundesweite Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Krankenhausverband (KKVD) angeboten wird, befasst sich bewusst mit unserem Auftrag, uns mehrfach betroffenen Patienten zuzuwenden: „Kein Mensch ist perfekt. Menschen mit Behinderung im katholischen Krankenhaus“.



Esther van Bebber Christian Holzbrecher Verena Ising-Volmer

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-274
e.vanbebber@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-271
c.holzbrecher@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-283
v.ising.volmer@caritas-paderborn.de

Arbeitsgemeinschaft Hospizbewegung im Erzbistum Paderborn

Allgemeine Entwicklung

Genau zwölf Jahre nach der Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Hospizbewegung fanden in diesem Jahr turnusgemäß wieder die Vorstandswahlen statt. Die Mitgliederversammlung wählte Gerd Eisenberg, Leiter der Hospizgruppe Balve, als Vertreter der ehrenamtlichen Hospizgruppen, Maria Stute, Pflegedienstleitung des Hospizes Raphael in Arnsberg, als Vertreterin der stationären Hospize sowie Dr. Susanne Lindner, Oberärztin am Johanneshospital Dortmund, als Vertreterin der Palliativstationen an den katholischen Krankenhäusern. Weiter wurden gewählt: Ottilie Schulte, Koordinatorin der ambulanten Hospizgruppe Meschede, als Vertreterin der von den Krankenkassen geförderten Hospizgruppen und Michaela Schultze, Teamleitung des Palliativpflegedienstes Olpe, als Vertreterin der ambulanten Palliativpflegedienste. Vertreterin des Erzbischöflichen Generalvikariates bleibt Julia Fischeing-Wirth. Vorsitzende der Arbeitsge-

meinschaft ist weiterhin Schwester Rotraud Helle, Brilon.

Die seit der Gründung mitarbeitenden Vorstandsmitglieder Dr. Hermann-Josef Pielken, Christa Marx und Gundula Stoppa wurden verabschiedet. Ebenso wurde Frau Angelika Eich verabschiedet, die seit Gründung die AG begleitet und lange Jahre als Geschäftsführerin geprägt hat. Frau Eich hat immense Aufbauarbeit geleistet und wird eine Lücke in der Hospizlandschaft hinterlassen. Die Geschäftsführung wurde von Herrn Christoph Menz übernommen. In den dazwischenliegenden drei Wahlperioden hat sich die Hospiz- und Palliativlandschaft ständig weiterentwickelt. Durch den Ausbau der Strukturen für die Hospizgruppen, den Aufbau von ambulanten Palliativpflegediensten und die Beteiligung an den Palliativnetzwerken mit den Palliativmedizinerinnen konnte der Anspruch auf eine spezialisierte palliative Versorgung in den Kreisen umgesetzt werden. Diese Entwicklung wird weitergehen.

Von den 30 rein ehrenamtlichen Hospizgruppen sind noch acht ehrenamtliche Hospizgruppen im Einsatz mit weiter zurückgehender Tendenz. „Zurückgehend“ heißt in diesem Fall aber nicht Rückschritt, sondern Fortschritt in Richtung Einbindung in die Palliativnetzwerke durch Anstellung einer Koordinatorin bzw. durch Anbindung an eine nach § 39a SGB V geförderte Hospizgruppe. Von den geförderten Hospizgruppen werden zurzeit 17 Hospizgruppen durch die AG Hospiz vertreten. Bei den sieben stationären Hospizen mit 56 Plätzen und den zwei Palliativstationen ist die Zahl im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

Das flächendeckende Netz von ambulanten Palliativpflegediensten ist in zwölf Kreisen schon gut geknüpft – hat aber an einigen Stellen noch große Lücken. 17 ambulante Palliativpflegedienste verfügen bereits über einen Vertrag nach § 132a SGB V für die ambulante palliative Pflege.

Schwerpunkte der Arbeit

Anfang des Jahres 2010 wurden die Rahmenvereinbarungen nach § 39a SGB V für die ambulanten und stationären Hospize neu verabschiedet. Für die ambulanten Hospizgruppen wurde eine einheitliche Fördergrundlage geschaffen, wobei hier in NRW die Fördergelder fast doppelt so hoch ausfallen wie in den Vorjahren. Der Berechnungsmodus für die Förderung wurde festgeschrieben und teilweise neu definiert. Das Balz-Statistikprogramm zur Erhebung der Daten aufgrund dieser neuen Vorgaben wurde den Diensten zur Verfügung gestellt.

Für die stationären Hospize sind vertragliche Präzisierungen vorgenommen worden, besonders im Zusammenhang mit der Aufnahme von Kindern, und die Geltung der Heimgesetze der einzelnen Bundesländer, also des Wohn- und Teilhabegesetzes in NRW, wurde festgeschrieben.



Am Hospizstand im Caritas-Treff zu Libori wurden Besucher zum „Kofferpacken für die letzte Reise“ eingeladen. Das Thema hat viele Gäste zum Nachdenken gebracht. (Foto: privat)



Der neue Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Hospizbewegung im Erzbistum Paderborn (v. l.): Gerd Eisenberg, Leiter der Hospizgruppe in Balve; Vorsitzende Schwester Rotraud Helle; Maria Stute, Pflegedienstleitung des Hospizes Raphael in Arnsberg; Dr. Susanne Lindner, Oberärztin am Johannesspital Dortmund; Otilie Schulte, Koordinatorin der ambulanten Hospizgruppe Meschede. Nicht im Bild sind Julia Fischeing-Wirth als Vertreterin des Erzbischöflichen Generalvikariates Paderborn und Michaela Schultze, Teamleitung des Palliativpflegedienstes Olpe. (Foto: Sauer)

Über die möglichen Prüfungen durch die Heimaufsicht und die Anwendbarkeit des stationären Prüfkataloges wurde in einer Konferenz ausführlich gesprochen; die Gespräche in den Gremien auf Landesebene dauern an. Auch bleibt weiter zu prüfen, ob der MDK wirklich eine Transparenzprüfung auf der Grundlage des stationären Prüfkataloges durchführen kann. Die Pflegesatzverhandlungen für die stationären Hospize wurden erfolgreich abgeschlossen – zurzeit laufen schon die ersten Gespräche für die nächste Verhandlungsrunde.

Am Auf- bzw. Ausbau der palliativen Netzwerke wurde durch unterschiedlichste Zusammensetzung der Konferenzen der beteiligten Gruppierungen gearbeitet. Allen Hospiz- und Palliativdiensten wurde eine CD mit der Materialsammlung zur Qualitätssicherung mit wichtigen gesetzlichen, vertraglichen Grundlagen und möglichen Ausgestaltungen der alltäglichen Arbeit zur Verfügung gestellt.

Perspektiven und Herausforderungen

Der neue Vorstand und alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft werden weiterhin ihr Augenmerk auf die flächendeckenden stabilen Hospiz- und Palliativnetzwerke legen, in denen sich die sterbenden Menschen mit ihren Angehörigen gut aufgefangen und umsorgt wissen. Dies sind Netze, in denen ethische Entscheidungen gemeinsam mit allen Professionen und Beteiligten besprochen werden und die Würde des Menschen bis zuletzt erhalten bleibt. Dazu gehören natürlich auch eindeutige christlich-ethische Positionen zum Thema Sterbebegleitung, der Umgang mit der Patientenverfügung und der Vorsorgevollmacht. Es geht um die Vernetzung miteinander und das Lernen voneinander!

Aber auch die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in diesen Netzwerken benötigen Unterstützung und Begleitung für ihren schweren Dienst. Es gilt, entlastende Angebote zu schaffen, um Kraft zu tanken, denn: „Wer viel Feuer für den Job hat, muss für Brennstoff sorgen“ (so ein Titel in der Zeitschrift „neue caritas“).

Die Rahmenbedingungen im Bereich der Gesundheits- und Altenhilfe gestalten

sich zunehmend komplexer und erfordern eine engere Zusammenarbeit der Akteure. Um die Träger und Einrichtungen weiterhin adäquat und zukunftsorientiert zu beraten, folgte die Abteilung Gesundheits- und Altenhilfe diesen neuen Anforderungen. Ab Januar 2011 werden die bisherigen Referate „Ambulante Dienste“, „Hospiz“ und „Stationäre Altenhilfe“ als gemeinsames Referat „Altenhilfe, Hospiz und Sozialstationen“ geführt. Mit dieser Zusammenführung der Arbeitsfelder ambulante Dienste, Hospiz und stationäre Altenhilfe wird den Entwicklungen im Feld Rechnung getragen, denn zunehmend sind sektorenübergreifende Konzepte und Perspektiven erforderlich. Die Leitung des neuen Referates wurde Christoph Menz übertragen.



Christoph Menz

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-220
c.menz@caritas-paderborn.de

Kur- und Erholungshilfen

Allgemeine Entwicklung

Die Vermittlungszahlen bei Mutter-Kind-Kuren sind auch in diesem Jahr zurückgegangen, so dass auch die Belegung in den beiden Mutter-Kind-Kliniken des Erzbistums in Bad Wildungen und Winterberg rückläufig ist. Dadurch sind massive wirtschaftliche Probleme aufgetreten. Die Zahlen waren seit 2004 gestiegen, und nicht zuletzt durch die letzte Gesundheitsreform, bei der die stationären Vorsorge- und RehaMaßnahmen für Mütter/Väter und Kinder zur Pflichtleistung der Krankenkassen erklärt wurden, bestand die Hoffnung, dass sich dieser Bereich auf Dauer stabilisieren würde. Der aktuelle Abwärtstrend hängt ursächlich mit dem Verhalten einzelner Krankenkassen zusammen.

Im Bereich der Sammlung für das Müttergenesungswerk konnte das gute Ergebnis des Jahres 2009 noch gesteigert werden.

Insgesamt wurde 2010 das beste Ergebnis in der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung im Erzbistum Paderborn erzielt.

Im Bereich der Erholungshilfen fehlen weiterhin dringend benötigte Landesmittel, um Erholungsmaßnahmen für Kinder, behinderte Menschen, Familien und Senioren bezuschussen zu können. Nur der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer wird im Bereich der Ferienmaßnahmen für Kinder noch mit einem Sonderurlaubsgesetz finanziell unterstützt. Mit 75 000 Euro fördert der Diözesan-Caritasverband bedürftige Teilnehmer der Erholungsangebote. Die Maßnahmen werden von den örtlichen Caritasverbänden durchgeführt. Für die Familienerholung bedienen sich die Caritasverbände des Familienerholungswerkes als Servicestelle.

Aufgaben

Zu den Aufgaben des Referates Kur- und Erholungshilfen gehören die Vertretung und Beratung der angeschlossenen Träger und Einrichtungen im Kur- und Erholungsbereich. Über die Beratung hinaus wird auch direkte Verantwortung durch Mitarbeit in den Vorständen wahrgenommen. Im Bereich der Müttergenesung liegt beim Referat die Geschäftsführung der diözesanen Arbeitsgemeinschaft und seit 2009 die Geschäftsführung des Landesausschusses des Müttergenesungswerkes. Darüber hinaus bedient das Referat die bundesweit geschaltete Hotline und die Onlineberatung. Das Referat ist Herausgeber eines Kataloges mit Seniorenreisezielen und bietet Erholungsmaßnahmen für Pflegebedürftige und deren Angehörigen an.

Schwerpunkte der Arbeit

MGW-Sammlung: Rekordergebnis

Erstmals seit 2005 konnte das Sammlungsergebnis für das Müttergenesungswerk im Jahr 2009 wieder gesteigert werden. Im Jahr 2010 hielt dieser positive Trend an: In den Dekanaten des Erzbistums wurden 53 829,35 Euro zusammengetragen. Hinzu kam das Ergebnis eines Benefizkonzertes mit dem Paderborner Frauenchor und der ostwestfälischen Bläserphilharmonie in Höhe von 3 050,50 Euro, so dass jetzt insgesamt 56 879,85 Euro das höchste Sammlungsergebnis in der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft bedeuten. Unterstützend wirkte sich die in diesem Jahr erstmalig eingesetzte Spendentüte aus. Die Sammlungsgelder werden dringend gebraucht, da der Bedarf enorm gestiegen ist. Immer mehr Frauen brauchen finanzielle Unterstützung, um die Nebenkosten einer Kur wie Eigenanteil, Gepäckkosten etc. aufbringen zu können. Nur so kann oft erst die medizinisch dringend erforderliche Mutter-Kind-Kur durchgeführt werden. Die eigentlichen Kosten der medizinischen Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme werden von den Krankenkassen übernommen.

Spendentüte



**MGW-Landesausschuss:
politische Lobbyarbeit**

Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig wurde im Juni 2009 von der Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Dortmund zum neuen Vorsitzenden des Landesausschusses des Müttergenesungswerkes gewählt. Der Landesausschuss koordiniert die Aufgaben des Müttergenesungswerkes in Nordrhein-Westfalen. Zum Müttergenesungswerk in NRW gehören zurzeit 198 Beratungsstellen und sechs Mutter-Kind-Kliniken. Die Aufgaben des Fachausschusses sind die Weiterentwicklung gemeinsamer Konzeptionen, die Organisation der jährlichen Haus- und Straßensammlungen sowie die überverbandliche Öffentlichkeitsarbeit. Weitere Aufgaben sind die Koordinierung der Verhandlungen mit den Kostenträgern, die Belange der Müttergenesung bei Politik, Behörden und Sozialleistungsträgern, die Kontaktpflege und Zusammenarbeit mit Ärzten und Medizinischen Diensten der Krankenkassen sowie die Organisation von Fachtagungen. Als Schwerpunkt wählte der Landesausschuss die politische Lobbyarbeit. Erste Ansprechpartner sind dabei die Politiker der Region im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages. So wurden im Erzbistum Pader-

Lobbyarbeit für die Müttergenesung: Gespräch mit Inge Höger MdB (2. v. r.) im Caritasverband Herford. Mit dabei Caritas-Geschäftsführerin Brigitte Hebrock, Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig und Klaus Tintelott, Geschäftsführer des Landesausschusses des Müttergenesungswerkes. (Foto: privat)

born Gespräche mit den Abgeordneten Inge Höger (Die Linke, Herford), Michael Kauch (FDP) und Markus Kurth (Die Grünen, beide Dortmund) geführt. Die Geschäftsführung des Landesausschusses liegt beim Referat Kur- und Erholungshilfen.

Wirtschaftliche Beratung der Caritas Kur- und Erholungsheime im Erzbistum Paderborn e. V.

Bereits zu Beginn des Jahres war abzusehen, dass das wirtschaftliche Überleben der Mutter-Kind-Kliniken schwer sicherzustellen sein wird. Durch monatliche Arbeitssitzungen mit den Klinikleitungen, der Buchhaltung und auch unter Beteiligung der Mitarbeitervertretung und mit Unterstützung des Referates „Wirtschaftliche Beratung“ konnte in Zusammenarbeit mit den Klinikleitungen das Schlimmste verhindert werden, aber beide Einrichtungen sind noch nicht über den Berg und müssen weiterhin eng begleitet werden.

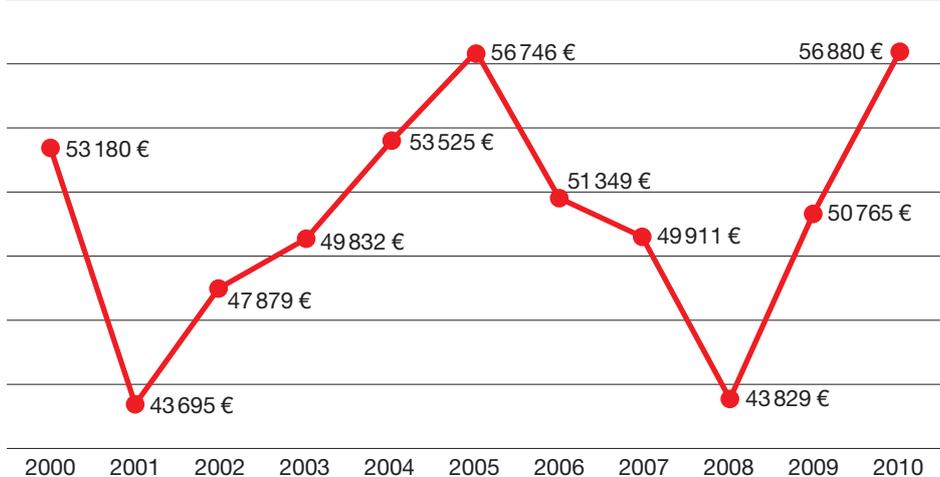
Mitarbeit auf Bundesebene der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung (KAG)

Der Referatsleiter arbeitet auf Bundesebene in der Arbeitsgruppe zur Zukunft der Beratungsstellen mit und im Projekt zur Kur-nachsorge. Er ist Mitglied in der Delegiertenversammlung und vertritt die Geschäftsführer der Diözesen im Vorstand der KAG. Aus der Diözese Paderborn sind außerdem in der Delegiertenversammlung vertreten: Sabine Lohmann als Vertreterin der CKD und Direktor Josef Lüttig als Vertreter der Diözesan-Caritasdirektoren.

Perspektiven und Herausforderungen

Zum Jahresende 2010 hat der örtliche Caritasverband Höxter die Kurberatung eingestellt. Damit die Mütter in dieser Region aber weiterhin auf eine Beratung in allen Fragen der Müttergenesung bauen können, hat sich der Caritas-Verband Paderborn e. V. bereit erklärt, den Kreis Höxter mit abzudecken. Als Beratungsstandorte sind Höxter und Brakel vorgesehen.

Sammlungsergebnisse 2000–2010



Klaus Tintelott

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-239
k.tintelott@caritas-paderborn.de

Schwangerschaftsberatung

Allgemeine Entwicklung

Die psychosoziale Beratung einschließlich der Vermittlung von Hilfen bleibt Kernstück der katholischen Schwangerschaftsberatung. Mit diesem Angebot begegnet die katholische Kirche den vielfältigen Problemen, Konflikten und Krisen, die durch eine Schwangerschaft ausgelöst werden können. Rund 5 700 Frauen, Männer und Paare haben im Jahr 2010 die katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen im Erzbistum Paderborn aufgesucht. In 12 000 Beratungsgesprächen und 2 600 Informationskontakten wurden z. B. Beziehungsstrukturen geklärt oder verbessert, Netzwerke aufgebaut oder über Fragen zur Existenzsicherung informiert. Die Probleme, die zur Kontaktaufnahme führen oder im Laufe der Beratung zur Sprache kommen, sind vielschichtig und komplex:

Beratungsgespräche, Inhalte*	Anzahl
Krisen- und Konfliktberatung	6.187
Information über öffentliche und private Hilfsfonds	3.444
Information und Beratung zu rechtlichen Fragen	2.886
Beratung zu Fragen bei Schwangerschaft und Geburt	2.657

* = Mehrfachnennungen

Materielle Armut

Viele Frauen und Familien leben am Existenzminimum. Elterngeld und Kinderzuschlag schaffen hier keine Abhilfe. Leistungen nach SGB II und XII mit speziell für Kinder in heranwachsendem Alter niedrig bemessenen Regelsätze und der Wegfall der einmaligen Beihilfen sowie Niedriglöhne bei oft befristeten Arbeitsverträgen machen die Inanspruchnahme von Warenkörben, Tafeln oder Secondhand-Angeboten und auch die Ausübung eines zweiten Jobs immer selbstverständlicher.

Multiple Problemlagen

Geringe soziale Kompetenzen in der praktischen Lebensgestaltung und in der Fähigkeit zum Beziehungsaufbau sowie die Zunahme von Patchwork- und Ein-Eltern-Familien verschärfen die Lebensumstände von schwangeren Frauen, Schwangerschaft

und Geburt stellen oftmals zentrale Risiken für häusliche Gewalt dar. Kommen noch sozioökonomische Probleme wie Arbeitslosigkeit, unzureichende Wohnverhältnisse, zu wenig Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren und geringe Schulausbildung bzw. Berufsausbildung dazu, kann das dauerhaft negative Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation vieler Familien und vor allem der Kinder haben.

Medizinisch-technische Entwicklung

Die Entwicklungen und Fortschritte in der Humangenetik, insbesondere in der Präimplantationsdiagnostik und Reproduktionsmedizin, haben in der Gesellschaft eine Werte-Diskussion ausgelöst. Der gesellschaftliche Druck, ein gesundes Kind zu bekommen, macht es Frauen und Paaren heute schwer, „Nein“ zu der Pränataldiagnostik zu sagen.

Frauen mit Migrationshintergrund

Fehlende Informationen, sprachliche und kulturelle Barrieren erschweren vor allem Frauen mit Migrationshintergrund den Zugang zu Beratung und gesundheitlicher Vorsorge. Ausländerinnen, vor allem nicht europäischer Herkunft, sind besonderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt, wie z. B. unterdurchschnittlicher Inanspruchnahme von Voruntersuchungen oder psychosomatischem Stress, z. B. bei illegalem Aufenthalt.

Junge Schwangere

Junge Schwangere und ihre oft gleichaltrigen Partner stammen häufig aus einem sozial benachteiligten Milieu. Die jungen Menschen sehen in einer frühen Elternschaft ihre Zukunft gesichert und sind sich der Realität nicht bewusst, dass mit einer Schwangerschaft ein Armutsrisiko verbunden sein kann, vor allem wenn keine abgeschlossene Schul- bzw. Berufsausbildung vorhanden ist. Persönliche Benachteiligung in der eigenen Lebensgeschichte, mangelnde Lebenskompetenzen, krisenhafte Paarbeziehungen können dann auch zu Gefährdung in der Versorgung und Entwicklung der Kinder führen.

Schwerpunkte der Arbeit

Kampagne „Von Anfang an – gemeinsam leben lernen“

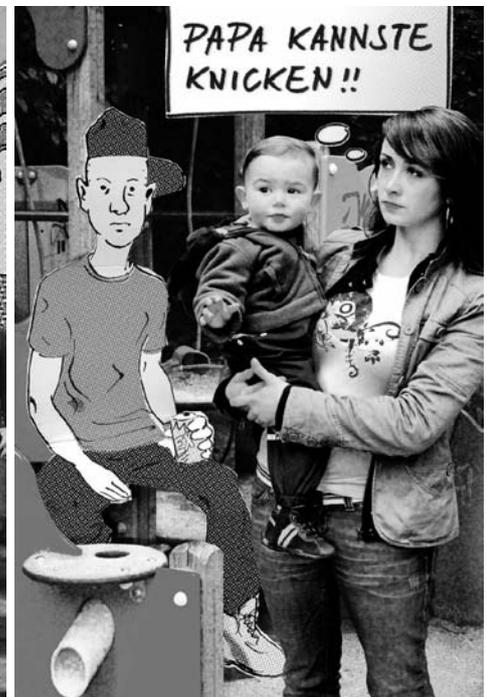
Unter diesem Motto haben die 14 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen zur Weiterentwicklung der Vernetzung mit Diensten, Einrichtungen und Angeboten in den Kirchengemeinden und der verbandlichen Caritas aufgerufen. Seit September 2010 werben die Träger und Mitarbeiterinnen nun mit dem pfißig gestalteten Öffentlichkeitsmaterial in Kirchengemeinden und Fachverbänden um Vernetzung und praktische Unterstützung für Schwangere und ihre Familien. Die Schwangerschaftsberatung präsentierte sich ebenfalls durch eine Frageaktion beim politischen Frühlingsfest der Caritas NRW. Unter www.kontaktnetz-fuer-schwangere.de ist es mit Hilfe einer Umkreissuche möglich, alle katholischen Beratungs- und Unterstützungsangebote im unmittelbaren Lebensraum von Schwangeren und Familien im Bereich des Erzbistums Paderborn aufzuzeigen.

Online-Beratung

Seit Sommer 2010 beteiligen sich alle Träger der Schwangerschaftsberatung an der Online-Beratung im Internet. Rund 500 Ratsuchende haben professionelle Begleitung und Hilfe in allen Fragen rund um die Schwangerschaft und allen damit zusammenhängende Problemen erfahren. Es ist zu beobachten, dass Ratsuchende diese Anfragen häufig in den Abendstunden bzw. am Wochenende stellen, also immer zu einer Zeit, in der keine Sprechstunden angeboten werden. Daher ist dieses Angebot eine sinnvolle Ergänzung zur persönlichen Beratung, zumal es nach der Kontaktaufnahme über die Online-Beratung oft zu einem konkreten Beratungsgespräch kommt.

Frühe Hilfen

Frühe Hilfen sind präventiv angelegte Unterstützungsangebote für Schwangere und Eltern mit Säuglingen und Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, an deren Aufbau bundesweit gearbeitet wird. Die Schwangerschaftsberatung erreicht durch ihren gesetzlichen Auftrag der Beratung und Begleitung auch über die Geburt hinaus genau in dieser Zeitspanne junge Familien,



Seit 2010 wirbt die katholische Schwangerschaftsberatung mit pfiffig gestaltetem Öffentlichkeitsmaterial in Kirchengemeinden und Verbänden um Vernetzung und praktische Unterstützung für Schwangere und ihre Familien.

teilweise in belasteten Lebenslagen. Fast alle Schwangerschaftsberatungsstellen haben niedrigschwellige Angebote konzipiert für diejenigen, die durch die Angebote der Familienbildung nicht angesprochen werden. Hierzu gehören u. a. Geburtsvorbereitungskurse, auch für Schwangere, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, Alleinerziehenden-Treffs und Mütter/Eltern-Cafés.

Perspektiven

Vor allem der Blick auf die Frühen Hilfen in Kooperation mit Kommunen und anderen Fachdiensten wird ein Schwerpunkt 2011 sein. Mit Spannung wird das Bundeskinder-schutzgesetz erwartet, das auf Prävention und Intervention der Akteure baut.

Wie im letzten Jahr berichtet, wurde zum 1. 1. 2010 der § 2a SchKG (Schwangerschaftskonfliktgesetz) in Kraft gesetzt. Hierdurch ist der Arzt verpflichtet, die Patientin auf ihren Anspruch auf psychosoziale Beratung hinzuweisen und auf Wunsch sogar den Kontakt herzustellen. Auf Bundesebene wurde von dem Kath. Krankenhausverband, dem SkF und dem Caritasverband eine Handlungsempfehlung zur Beratung und

Begleitung von schwangeren Frauen und Paaren im Kontext von Pränataldiagnostik erarbeitet. Diese gilt es nun auf die verschiedenen Gegebenheiten vor Ort herunterzubrechen.

Laut Urteil des Bundesgerichtshofes vom Juli 2010 ist die Präimplantationsdiagnostik (PID) mit dem Embryonenschutzgesetz vereinbar. Damit ist in der Bundesrepublik eine rechtliche Situation eingetreten, in der PID nicht nur nicht ausdrücklich verboten ist, sondern für keine Indikation begrenzt und faktisch erlaubt ist. Der Deutsche Caritasverband spricht sich für ein gesetzliches Verbot einer Durchführung der PID in Deutschland aus. Zurzeit findet über die gesetzliche Regelung der Präimplantationsdiagnostik eine breite öffentliche Debatte statt.

Erhebliche Änderungen gibt es beim Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Erwerbstätige erhalten weniger Elterngeld, bei SGB-II- und SGB-XII-Beziehern fällt es sogar weg, da es vollständig als Einkommen angerechnet wird. Von diesen gesetzlichen Änderungen sind häufig die Ratsuchende der katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen betroffen.



Anke
Baule

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-349
a.baule@caritas-paderborn.de

Tageseinrichtungen für Kinder

Allgemeine Entwicklung

Bei den Schwerpunkten des vergangenen Jahres wird deutlich, dass im Bereich der katholischen Kindertageseinrichtungen (Kitas) vielfältige Themen sowohl Herausforderungen als auch Unsicherheiten für die Praxis vor Ort bieten:

- Kinderbildungsgesetz KiBiz und KiBiz-Revision durch den NRW-Regierungswechsel
- Betreuung von Kindern unter drei Jahren, verstärkt auch von ein- und zweijährigen Kindern
- Prävention, frühe Hilfen, gesunde Ernährung, Sprachfördermaßnahmen
- verstärkte Zusammenarbeit mit den Grundschulen
- Weiterentwicklung der Familienzentren
- neue Richtlinien im Rahmen der integrativen Erziehung

- Grundsätze zur Bildungsförderung, neue Bildungskonzepte beobachten und dokumentieren
 - Zusammenleben verschiedener Kulturen
 - neue Trägerstrukturen
 - Kooperation mit Institutionen der Gemeinde
 - „Welt entdecken, Glauben leben. Zum Bildungs- und Erziehungsauftrag katholischer Kindertageseinrichtungen“ (Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz)
- Die Vielzahl von Aufgaben und Projekten, die inzwischen selbstverständlich von den Kitas erwartet werden, darf nicht dazu führen, dass die Qualität der Arbeit leidet. Die Zielsetzung muss erhalten bleiben, jedem Kind entsprechend seiner Altersstufe qualitativ hochwertige Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten zu bieten.

Schwerpunkte der Arbeit

Betreuung von Kindern unter drei Jahren

Kitas genießen im Bezug auf die Betreuung der ein- bis dreijährigen Kinder einen hohen Vertrauensbonus. Die durch das KiBiz geschaffenen Möglichkeiten werden von den Eltern massiv nachgefragt. Die finanziellen Rahmenbedingungen zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen sind durch das Bundesprogramm im Grundsatz vorhanden. Verwaltungstechnisch zeigen sich jedoch zur zügigen Abwicklung der Ausbauprogramme aufgrund der finanziellen Situation des Landes und der Kommunen Verzögerungen und Probleme.

Der starke Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren verändert auch die Konzeption der Kitas erheblich. Hinzu kommt, dass Eltern die Möglichkeit haben, für die Betreuung zwischen 25 und 45 Stunden zu wählen.



Kindertagespflege mit gemeinsamen Leitlinien: Mit „JOHO-LINO“ verfügt seit 2010 auch das St.-Johannes-Hospital in Dortmund über ein Angebot der Kindertagespflege für seine Mitarbeiter. (Foto: Sauer)

Indem sich katholische Kitas verstärkt für jüngere Kinder öffnen, stellen sich neue Fragen nach einer Weiterentwicklung der Zielsetzung, nach einer adäquaten kindgerechten Ausstattung, nach veränderten Zeitabläufen und Angeboten. Eine intensive und fachliche Begleitung zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Einrichtungskonzepte ist ein Schwerpunkt der Arbeit.

Die Umsetzung solcher Inhalte wurde vom Referat aktiv unterstützt, neue Netzwerke wurden genutzt. So haben wir gemeinsam mit dem Familienbund der Katholiken im Erzbistum Paderborn und der Katholischen Erwachsenen- und Familienbildung eine Fachtagung zum Thema „Bildung braucht Bindung – Bindungsentwicklung im Spannungsfeld von Familie und öffentlicher Betreuung“ durchgeführt. Referentin war Professorin Dr. Liselotte Ahnert. Die Inhalte stießen bei pädagogischen Fachkräften, Ehrenamtlichen und interessierten „Familienexperten“ auf eine gute Resonanz.

KiBiz-Revision

Die neue Landesregierung strebt eine umfassende KiBiz-Revision im Jahr 2011 an. Der Themenbereich Kinder und Jugend ist am 15. Juli 2010 in das neu gebildete Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) des Landes NRW übergegangen. Das MFKJKS hat zwischenzeitlich die unterschiedlichsten Verbände und Gremien auf Landesebene zu einem breit angelegten Erfahrungsaustausch zum KiBiz eingeladen.

Der qualifizierte Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag der Kitas macht eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen der Arbeit erforderlich, die auch einen erhöhten Betreuungsbedarf für Kinder aus belasteten Wohngebieten usw. berücksichtigt. Elternbeiträge sollten einheitlich festgelegt werden, so dass die Chancen für eine frühzeitige Bildung und Betreuung der Kinder nicht von den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Kommunen abhängig sind. Die Landesregierung hatte angekündigt, insgesamt 250 Millionen Euro zusätzlich in den Kitabereich zu investieren. Inwieweit sich diese Absichtserklärungen umsetzen lassen, bleibt 2011 abzuwarten.

Statistik 2010

Tageseinrichtungen für Kinder im Erzbistum Paderborn	623
betreute Kinder	ca. 38 645
Anzahl der behinderten Kinder in Regelgruppen	ca. 999
Regeleinrichtungen, die behinderte Kinder betreuen	ca. 322
Mitarbeiter insgesamt (einschl. Praktikanten)	ca. 5 917
davon teilzeitbeschäftigt	ca. 3 311

Trägerstruktur

Einrichtungen in Trägerschaft einer kath. Kirchengemeinde	323
Einrichtungen in Trägerschaft einer kath. Kita GmbH	178
Einrichtungen in Trägerschaft eines Caritasverbandes	20
Einrichtungen in Trägerschaft eines Eltern-/Trägervereins	71
Einrichtungen in Trägerschaft von Ordensgemeinschaften und Stiftungen	31

Ausbau der neuen Trägerstrukturen

Durch die Einführung des KiBiz am 1. August 2008 haben sich besonders für die Träger vielfältige Änderungen ergeben. Es gibt ein völlig neues Finanzierungssystem. Die komplette Umstellung auf ein System mit pauschalierten Vorauszahlungen hat die wirtschaftlichen Risiken voll auf die Träger verlagert. Die vorgesehene jährliche Erhöhung der Pauschalen um 1,5 Prozent kann den Anforderungen nicht gerecht werden. Für die Minderung des Trägerrisikos und die langfristige Erhaltung der qualitativen Standards haben sich auf der Ebene des Erzbistums zunächst fünf und seit 2010 sieben Kita gGmbHs gebildet. Etwa ein Drittel der Kirchengemeinden haben ihre Einrichtungen den gGmbHs übertragen, die durch die sieben katholischen Gemeindeverbände gebildet wurden. Sie bieten den Trägern Entlastungsmöglichkeiten im Führungs- und Verwaltungsbereich.

Die gGmbHs haben zur Ergänzung der Geschäftsführung pädagogische Fachbereichsleitungen eingestellt, die u. a. Dienst- und Fachaufsicht für die angeschlossenen Einrichtungen wahrnehmen. Die Kirchengemeinden arbeiten ebenso wie EGV und DiCV in den Gremien der gGmbHs wie z. B. Verwaltungsrat und Steuerungsgruppe mit. Nach wie vor ist es für alle Beteiligten ein wichtiges Ziel, eine geeignete Form weiterzuent-

wickeln, die es ermöglicht, dass die Verantwortung für die inhaltliche Ausrichtung der Kitas weiterhin von den Kirchengemeinden und in den neuen pastoralen Räumen wahrgenommen wird.

Katholische Kitas als Orte gelebten Glaubens

Kitas erfüllen neben dem gesellschaftlichen Auftrag auch einen zentralen Auftrag in Kirche und Caritas. Die Deutsche Bischofskonferenz hat dazu unter dem Titel „Welt entdecken, Glauben leben. Zum Bildungs- und Erziehungsauftrag katholischer Kindertageseinrichtungen“ im Frühjahr 2009 eine Erklärung veröffentlicht. Auf zwei Fachtagen in Hövelhof und Paderborn mit zusammen rund 200 Teilnehmern haben wir diese bischöfliche Stellungnahme beleuchtet. Über die Inhalte und die Konsequenzen der Erklärung konnten die Teilnehmer mit Erzbischof Hans-Josef Becker ins Gespräch kommen. Als Vorsitzender der Kommission für Erziehung und Schule der Deutschen Bischofskonferenz war er maßgeblich an der Erarbeitung der Erklärung beteiligt. In einem zweiten Schritt hat Professorin Dr. Agnes Wuckelt die berufliche Identität und Spiritualität der Erzieherinnen erörtert. Deutlich wurde die Bedeutung der pädagogischen Fachkräfte als Zeugen des Glaubens für die Kinder und Familien.

"... und die Welt ist bunt!"



Freuten sich über einen gelungenen Fachtag zum Bildungsauftrag katholischer Kitas: Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, Maria Hörnemann (Diözesan-Caritasverband), Professorin Dr. Agnes Wuckelt von der Katholischen Hochschule NRW und Erzbischof Hans-Josef Becker (Foto: pdp)

Integrative Erziehung

Die Auswirkungen einer verbesserten Finanzierung der integrativen Erziehung durch das KiBiz sowie die seit Mitte 2009 geltenden neuen Richtlinien des LWL waren im Jahr 2010 deutlich spürbar. Demzufolge konnte die Fachberatung auch eine entsprechende Häufung von Beratungsanfragen auf der einen sowie eine Ausweitung der Beratungsthemen auf der anderen Seite verzeichnen. Insbesondere für Einrichtungen, die mit der integrativen Arbeit beginnen, bedeutet dieser Einstieg seit 2010 die Auseinandersetzung mit einer Fülle konzeptioneller Überlegungen. Die Entwicklung hin zur Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist auch 2010 ein beachtetes Thema in den Kitas gewesen. Die UN-Konvention hat dieser Zielrichtung einen gehörigen Schub verliehen. Viele veränderte Rahmenbedingungen und Einstellungen sind auf dem Weg zur Inklusion noch nötig.

Familienzentren

Die Initiative der Landesregierung für die flächendeckende Einführung von Familienzentren hat auch 2010 dazu geführt, dass in unserem Erzbistum sich jetzt insgesamt 183 Einrichtungen auf den Weg gemacht haben, allein oder mit Verbundpartnern den Familien durch ein möglichst „passgenaues“ Bildungs-, Betreuungs-, Beratungs- und

Unterstützungsangebot Hilfestellung im Sozialraum zu bieten. Die ersten elf Einrichtungen der Pilotphase bereiten sich auf die Rezertifizierung vor.

Kindertagespflege

Die Träger der Fachdienste für Kindertagespflege haben sich auf gemeinsame Leitlinien verständigt. Darin beschreiben sie wesentliche Aspekte ihrer pädagogischen Arbeit, der Organisations- und Personalentwicklung sowie ihre familienpolitische Ausrichtung. Fachdienste für Kindertagespflege gibt es in Arnsberg, Dortmund, Hagen, Herne, Lippstadt, Menden, Meschede und Olpe.

Fortbildung

Ergänzungskräfte mit einer Ausbildung zur Kinderpflegerin (oder Ergänzungskräfte ohne Ausbildung) können gemäß der Personalvereinbarung eine Ausnahmeregelung stellen zur Weiterbeschäftigung auch nach 2013. Eine der Voraussetzungen ist, dass die betreffende Kraft an 160 Fortbildungsstunden teilnimmt. Hierbei sollen insbesondere die Anforderungen an die frühkindliche Bildung auch bei Kindern unter drei Jahren berücksichtigt werden. Das Referat Tageseinrichtungen für Kinder hat eine hierzu erforderliche Qualifizierung in neun Abschnitten entwickelt. Die erste Maßnahme ist im April 2010 gestartet, sie wird im Juli

2011 abgeschlossen. Aufgrund des hohen Interesses und Bedarfes starten 2011 zwei weitere Maßnahmen und 2012 /2013 ebenso entsprechende Fortbildungen.

Ermutigt durch das Bischofswort „Welt entdecken, Glauben leben“, gibt es ein neues Netzwerk zur Kooperation und Unterstützung unserer religionspädagogischen Fortbildungsangebote mit einzelnen katholischen Einrichtungen, Fortbildungsanbietern oder Verbänden. In Kooperation mit dem Institut für Religionspädagogik und Medienarbeit (IRUM) haben wir Fortbildungsveranstaltungen abgesprochen, die offen sind für die Teilnahme von Lehrern und Erziehern sowie für alle, die sich um die (frühe) Leseförderung der Kinder in Familie, Kitas und Schule bemühen.



Maria Hörnemann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-267
m.hoernemann@caritas-paderborn.de

Erziehungs- und Familienhilfe

Allgemeine Entwicklung

Die Nachfrage nach Erziehungsberatung und Unterstützung durch ambulante Hilfe ist ungebrochen. Auch alle stationären und teilstationären Einrichtungen der Erziehungshilfe berichten von regen Anfragen für eine Unterbringung und einer guten Auslastung. In einigen Regionen erfolgt eine Regelunterbringung nur noch über Inobhutnahmen. Zugenommen haben auch die Mutter-Kind-Unterbringungen. Der Bedarf für Hilfen zur Erziehung speziell für kleine Kinder unter sechs Jahren hat ebenfalls weiter zugenommen.

Die Fachleute vor Ort benennen für die Zunahme folgende Gründe: Die Themen Kinderschutz und Kindeswohlgefährdung finden in der Öffentlichkeit ein besonderes Interesse. Die Umsetzung und Handhabung des § 8a SGB VIII (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung) greifen auf allen Ebenen und zwingen zum Handeln. Durch die Arbeit der Familienzentren, der Tageseinrichtungen für Kinder und die Aktivitä-

ten der „Frühen Hilfen“ werden besondere Problemlagen in Familien eher erkannt und benannt.

Der Ausbau präventiver Hilfen, wie z. B. Programme zur Elternkompetenz, nimmt weiter zu. Dieses wird in der Regel in den Diensten und Einrichtungen der Erziehungshilfe ohne Ausbau der vorhandenen personellen Ressourcen realisiert. Motivierte Fachkräfte unterstützen dieses Anliegen mit bewährten, aber auch mit innovativen Methoden.

Unsere Mitarbeiter in den Diensten und Einrichtungen der Erziehungshilfe berichten von immer größer werdenden Unsicherheiten bei Eltern (hoher Prozentsatz von Alleinerziehenden, häufig wechselnde Paarkonstellationen). Immer mehr Eltern sind aufgrund psychischer Erkrankungen, Suchterkrankungen etc. nicht in der Lage, eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung zu gewährleisten, und benötigen professionelle Hilfe. Viele junge Menschen und ihre Familien können durch ein fach-

lich gut ausgebautes Netz der Erziehungshilfe unterstützt werden. Leider werden die Dauer und Intensität ambulanter Hilfen häufig unabhängig vom individuellen Bedarf zurückgefahren. Ältere Jugendliche und junge Volljährige erhalten, wenn überhaupt, unter erschwerten Bedingungen eine adäquate Hilfe, weil jüngere Kinder im Fokus der Jugendhilfe stehen.

Auf dem Markt der Erziehungshilfe sind unsere Dienste und Einrichtungen mit gut ausgebildeten und hoch motivierten sozialpädagogischen Fachkräften präsent. Der Konkurrenzdruck wird in erster Linie über die Höhe der Entgelte und der notwendigen Anwendung des Tarifrechts deutlich. Sorgen bereitet ein genereller Fachkräftemangel bei Leitungs- und Fachkräften, so dass einige innovative Angebote in der Erziehungshilfe nur schwer oder überhaupt nicht zu realisieren sind. Problematisch ist weiterhin die mangelnde Praxiserfahrung bei Neueinsteigern.

Schwerpunkte der Arbeit

Erziehungsberatung

Tageseinrichtungen für Kinder und Familienzentren suchen oder haben bereits eine enge Kooperation mit unseren Erziehungsberatungsstellen. Dieser Trend hat 2010 weiter zugenommen und stößt an seine Grenzen.

Die Resonanz auf die Online-Beratung ist sehr positiv. Ratsuchende können unter www.eb-erzbistum-paderborn.de online eine anonyme Beratung erhalten. Durch dieses Medium werden Ratsuchende und Interessierte (2010 ca. 30000 Besucher) erreicht, die sonst nicht den Weg in eine Beratungsstelle gefunden hätten.

Neben der Beratungstätigkeit werden vermehrt Gruppenangebote (z. B. für Kinder psychisch kranker oder suchtkranker Eltern, für trauernde Kinder und für Jungen) durchgeführt.

Fachkräfte der Beratungsstellen werden vermehrt im Rahmen von Kindeswohlgefährdung angefragt.

Teilstationäre und stationäre Erziehungshilfe

Alle Träger aus unserem Verbandsbereich (26 Einrichtungen mit 1650 genehmigten Plätzen) wenden die beiden landesweiten Rahmenverträge an. In der Regel gelingen auf der örtlichen Ebene einvernehmliche Vereinbarungen zu Entgelten, Leistungen und Qualität.

In zehn Einrichtungen werden jüngere Kinder unter sechs Jahren betreut. Für Mütter und Kinder werden 232 Plätze vorgehalten.

Intensivgruppen für spezielle Zielgruppen nehmen weiterhin anteilig zu Lasten von Regelgruppen zu.

Trotz des Ausbaus der OGS im Primarbereich haben unsere Tagesgruppen (22 Gruppen mit 215 Plätzen) ihre Bedeutung als fachlich fundierte teilstationäre Erziehungshilfe behalten bzw. durch weitere Gruppen und Plätze ausgedehnt.

Ambulante Erziehungshilfe

Zurzeit sind 16 Dienste in der ambulanten Erziehungshilfe aktiv. Träger bzw. Heime der Erziehungshilfe werden verstärkt auf der örtlichen Ebene in der ambulanten Erziehungshilfe aktiv.

Die einzelne Fachkraft betreut immer mehr Kinder und Erwachsene. Die Arbeitsinsätze und Schwerpunkte werden vielfältiger und komplizierter, gleichzeitig werden diese Einsätze von den Jugendämtern kürzer und weniger intensiv genehmigt. Kontrollaufträge für Jugendämter mit ihrer eigenen Problematik nehmen zu.

Die Zusammenarbeit mit Diensten der Familienpflege und dem Haushaltsorganisationstraining (HOT) ist für viele Familie eine notwendige Ergänzung der ambulanten Erziehungshilfe.

Auf NRW-Ebene werden erstmalig Forderungen nach landesweiter Steuerung ambulanter Hilfen zur Erziehung gestellt. Durch die Zunahme weiterer kleiner Jugendämter und fehlender landesweiter Rahmenverträge ist die Fachlichkeit dieser Erziehungshilfe in den Regionen sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Weitere prägnante Themen

- Ausschreibung des Kinderrechte-Preises 2010
- Erziehungshilfe im Kontext zu Familienzentren, Tageseinrichtungen für Kinder, „Frühen Hilfen“, Schulen, OGS und Schulsozialarbeit
- Inklusion: optimale Unterbringung von jungen Menschen mit und ohne Behinderung
- Ehemalige Heimkinder der 50er- und 60er-Jahre
- (Sexuelle) Gewalt in der Jugendhilfe
- Medienabhängigkeit von jungen Menschen
- Fachkräftemangel und -bedarf, Einsatz älterer Fachkräfte
- Einbindung von Ehrenamtlichen in der Jugendhilfe

Perspektiven und Herausforderungen

- Dienste und Einrichtungen der Erziehungshilfe müssen sich auf einen enormen Finanzdruck der Kommunen und Konkurrenzdruck einstellen.
- Die Suche nach geeigneten Leitungskräften und Fachkräften gestaltet sich immer komplizierter. Es sind Ideen und Projekte zu planen, um das Image und Interesse für Berufe in der Erziehungshilfe zu wecken.

Wettbewerb

Kinderrechte-Preis 2010

Pauline & Paul

kennen ihre Rechte! -

IHR AUCH ?

Mach mit beim
Kinderrechte-Preis
2010

www.caritas-paderborn.de

Caritasverband für das
Erzbistum Paderborn e. V. caritas

Der Diözesan-Caritasverband hat 2010 erstmals einen Kinderrechte-Preis ausgeschrieben. Kinder- und Jugendgruppen im Erzbistum Paderborn waren eingeladen, sich mit der UN-Kinderrechtskonvention auseinanderzusetzen.

- Die Zunahme von jüngeren Kindern in allen Bereichen der Erziehungshilfe muss konzeptionell Berücksichtigung finden. Die Bedeutung von Beziehung und Bindung muss in Fortbildung und Praxis absolute Priorität haben.
- Schule und Jugendhilfe müssen enger zusammenarbeiten! Der Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen nimmt zu.
- Die Thematik „Inklusion“ und die rechtliche Zuständigkeit junger Menschen mit und ohne Behinderungen werden allen Ebenen diskutiert.
- Reaktion von Diensten und Einrichtungen der Erziehungshilfe auf die demografischen Veränderungen und die Zunahme an jungen Menschen mit Migrationshintergrund



Raimond
Pröger

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-305
r.proeger@caritas-paderborn.de

Behindertenhilfe

Allgemeine Entwicklung

Die Anzahl der Menschen mit Behinderung steigt. Zunehmend haben mehr Kinder einen Bedarf an heilpädagogischen Leistungen und bedürfen Eltern von Kindern mit Behinderung der Beratung und Unterstützung. Heilpädagogische Einrichtungen berichten von Kindern, die aufgrund extrem auffälliger Verhaltensweise eine personalintensive Betreuung benötigen.

Auch die Zahl der Menschen mit psychischen Behinderungen, die unterstützende Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und/oder am Arbeitsleben benötigen, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. So genannte „Systemsprenger“ oder „junge Wilde“ stellen darüber hinaus die Einrichtungen vor fachliche Herausforderungen, die neue Antworten erfordern.

Auch müssen sich Einrichtungen und Dienste auf den Personenkreis der alten Menschen mit Behinderungen einstellen, Menschen, die im Rentenalter ihren

Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einlösen wollen. Zum Teil haben diese Personen einen erheblichen Bedarf auch an somatischer Pflege.

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hat in Bund, Ländern und Kommunen einen neuen Diskussionsschub gebracht, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Konvention werden derzeit erarbeitet. Sie orientieren sich an den Leitideen einer „inklusiven Gesellschaft“, eines „inklusiven Sozialraums“, „inklusive Bildungseinrichtungen“ und eines „inklusive Arbeitsmarktes“.

In diesem Kontext beschließt die Arbeits- und Sozialministerkonferenz nach über zweijährigem Diskussionsprozess im November 2010 Eckpunkte zur Weiterentwicklung zur Eingliederungshilfe. Unter

Wahrung der Kostenneutralität soll ein Umbau der Unterstützungsleistungen eingeleitet werden. Personenzentrierung, Auflösung der Kategorie „stationär/ambulant“ (Trennung von Fachleistungen und Hilfe zum Lebensunterhalt) sowie die Zulassung weiterer Anbieter neben Werkstätten für behinderte Menschen für Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben bergen Chancen und Risiken für eine bedarfsdeckende Gestaltung der Angebote.

Zeitgleich schlägt die Gemeindefinanzierungskommission Maßnahmen vor, die Geist und Inhalt der Eckpunkte konkretisieren. Zudem legt der LWL seinen politischen Gremien ein umfangreiches Sparpaket vor, um aufgrund der desolaten Haushaltssituation der Kommunen zu einer Reduzierung bzw. Dämpfung der Kosten in der Eingliederungshilfe zu kommen – unter Umständen auch unter Inkaufnahme von Standardabsenkungen.

Schwerpunkte der Arbeit

Die Schwerpunkte der Arbeit werden in enger Abstimmung mit und unter Einbeziehung der diözesanen Arbeitsgemeinschaften der Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe im Erzbistum Paderborn getroffen. Zentrale Ziele sind dabei: Stärkung der selbstbestimmten Teilhabe behinderter Menschen und die Sicherung einer bedarfsdeckenden Förderung und Betreuung durch fachliche Weiterentwicklung/Innovation, Schaffung und Erhalt förderlicher Rahmenbedingungen und nachhaltige Sicherung der Finanzierung der Hilfen. Die Umsetzung erfolgt insbesondere durch eine gezielte Mitwirkung in den Gremien und Verhandlungsgruppen der LAG FW NW und des Deutschen Caritasverbandes, durch Projekte, Fortbildungen und Veröffentlichungen sowie durch Beratung der Träger und Einrichtungen.

Frühförderung

Ein flächendeckendes Angebot an interdisziplinären Frühförderstellen in NRW entwickelt sich nur langsam. Hemmende Faktoren: fehlende landesweite Standards,



Der Künstler Manfred Henke bei der Arbeit: Der Bewohner des Heilpädagogischen Therapie- und Förderzentrums St. Laurentius in Warburg illustrierte die Informationsmedien des NRW-Sozialministeriums zum Wohn- und Teilhabegesetz des Landes. Um die Rechte und Möglichkeiten der Bewohner zu verdeutlichen, wurde außerdem u. a. ein Film gedreht. Mitgewirkt haben rund 50 Laiendarsteller – allesamt Menschen aus Betreuungseinrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe in Warburg. (Foto: CWW)

mangelnde Bereitschaft der Kommunen, Verträge abzuschließen, restriktives Verhalten von Krankenkassen bei Vertragsverhandlungen, nicht gesetzeskonforme Regelungen bei der Zugangssteuerung, fehlende gesetzliche Regelungen hinsichtlich Schlichtungsverfahren bei Vertragsverhandlungen. Vertragsverhandlungen werden aktuell geführt durch den CV Dortmund (abgeschlossen), den CV Paderborn und den CV Castrop-Rauxel.

Statistik 2010

Träger von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe*	42
---	----

Einrichtungen und Dienste

Frühförderstellen	10
-------------------	----

Familienunterstützende Dienste/Kurzzeitpflege	8
---	---

Heilpädagogische Kindergärten/Schwerpunkteinrichtungen	15/10
--	-------

Werkstätten	10
-------------	----

Wohnhäuser KB/GB	30
------------------	----

Gemeindepsychiatrische Versorgung**	28
-------------------------------------	----

Ambulant betreutes Wohnen: psychisch Kranke/Sucht Kranke, Körperbehinderte, geistig Behinderte	17
--	----

Schulen	4
---------	---

Integrationsfachdienste	4
-------------------------	---

Integrationsfirmen	6
--------------------	---

Sozial-psych. Beratungsstellen	5
--------------------------------	---

Tagesstätten für psych. Kranke	2
--------------------------------	---

Selbsthilfegruppen	1
--------------------	---

Sonstige Beratungsstellen	1
---------------------------	---

* Träger ohne Sozialwerk St. Georg

** Inkl. Einrichtungen des Sozialwerks St. Georg

Stand 31. 12. 2010

Heilpädagogische Tageseinrichtungen für Kinder

Mit dem Abschluss der Rahmenzielvereinbarung zur Weiterentwicklung der heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen in Westfalen-Lippe im März 2010 wurde ein weiterer Schritt im Prozess der Umwandlung und Weiterentwicklung der heilpädagogischen Tageseinrichtungen gegangen. Sieben Einrichtungen versuchen mit unterschiedlichen Konzepten, ihre Einrichtungen auch für nicht behinderte Kinder zu öffnen. Die Ansätze reichen von Dezentralisierung der heilpädagogischen Gruppen, einhergehend mit Kooperation mit anderen Einrichtungen, bis hin zum Betriebskindergarten. Erforderlich wären Kooperationen mit anderen Kindertageseinrichtungen aus dem Regelbereich. Dies erweist sich allerdings im katholischen Bereich derzeit noch als schwierig.

Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Behinderung

Zwei Fortbildungen für Mitglieder von Bewohnerbeiräten aus stationären Wohneinrichtungen stärken die Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen mit Behinderung in stationären Einrichtungen. Die Leitungskräfte der Wohneinrichtungen berieten intensiv die Auswirkungen und den Handlungsbedarf hinsichtlich der fachlichen Qualifikation der Mitarbeitenden. Im Kontext der Umsetzung der Rahmenzielvereinbarung Wohnen II erfolgte eine intensive Mitarbeit unter Federführung in den Arbeitsgruppen „Behindert und Alter“ und „Tagesstrukturierende Angebote“.

Familienunterstützende Dienste beraten und begleiten Familien und ihre behinderten Angehörigen bei der Alltags- und Freizeitgestaltung. Drei neue Dienste in Trägerschaft der Caritas bieten ihre Leistungen im Hochsauerlandkreis an. Dienste des ambulant betreuten Wohnens haben in den vergangenen fünf Jahren ein innovatives, verlässliches und qualitativ hochwertiges Wohnangebot entwickelt. Zu Beginn haben gerade Angehörige von Menschen mit Behinderung dieses Angebot mit großer Sorge und Skepsis betrachtet. Das ambulant betreute Wohnen ist inzwischen ein weitgehend akzeptiertes und wichtiges Standbein der Behindertenhilfe. Es ermöglicht behinderten Menschen

ein Wohnen in der eigenen Häuslichkeit und unterstützt sie im Rahmen von Einzelwohnen, Paarwohnen oder Wohngemeinschaften. Zur Implementierung qualitätssichernder Maßnahmen wurde eine kontinuierliche Arbeitsgruppe für die zuständigen Leitungsmitglieder eingeführt.

Mit dem Projekt „Umbau des Vergütungssystems im Bereich stationärer Wohneinrichtungen“ (Projektpartner: CWW Paderborn und LWL) leistet der DiCV Paderborn einen Beitrag zur Bearbeitung der Möglichkeiten und Probleme, die bei einer Umstellung der Finanzierungssystematik unter Berücksichtigung der Trennung von Fachleistung und Hilfe zum Lebensunterhalt auftreten. Entwickelt und erprobt wird ein Vergütungssystem in einer stationären Einrichtung, das eine praktikable, personorientierte Leistungserbringung gewährleistet. Neben dem Wohnheim St. Marien des CWW Paderborn beteiligen sich in der zweiten Phase des Projektes auch Wohnhäuser des CV Brilon, CV Hagen, CV Arnsberg und des SKM Lipstadt.

Arbeit und Beschäftigung

Die Werkstätten für behinderte Menschen haben ihre Bemühungen verstärkt, Beschäftigte für den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu befähigen. Integrationsassistenten, finanziert durch den LWL, konzentrieren sich auf dieses Aufgabenfeld und schaffen hierfür Strukturen in der Werkstatt. Ein neues Fachkonzept für den Berufsbildungsbereich der Werkstätten wurde von der Agentur für Arbeit veröffentlicht. Das Konzept sieht einen eigenständigen Berufsbildungsbereich in den Werkstätten vor. Individuelle Bildungspläne sind Grundlage für die Maßnahmen im Berufsbildungsbereich.

Prävention und Beratung – Netzwerk gegen sexuelle Gewalt an Menschen mit Lern-/geistiger Behinderung

Das Projekt „Netzwerk gegen sexuelle Gewalt an Menschen mit Lern-/geistiger Behinderung“ wurde nach dreijähriger Bearbeitung zum 31. 12. 2010 abgeschlossen. Im Verlauf des Projektes wurden mehrere Fachtagungen durchgeführt, die jeweils auf reges Interesse stießen: Mit der Auftaktveranstaltung im Juni 2008 wurde auf die grundsätzliche Problematik hingewiesen

und für eine erste Sensibilisierung für die Thematik der sexuellen Gewalt an Menschen mit Behinderung gesorgt. Nachfolgend fand im Juni 2009 eine weitere Fachtagung statt, die sich mit ersten Projektergebnissen auseinandersetzte. Sie hatte eine öffentliche Diskussion auf allen beteiligten Ebenen zum Ziel, stellte bereits vorhandene Präventionsmöglichkeiten vor und sorgte für eine noch breiter gestreute Sensibilisierung. Im Juni 2010 gab es schließlich einen Fachtag zum Thema „Opfergerechte Täterarbeit in der Behindertenhilfe – Herausforderung im Spannungsfeld zwischen Pädagogik und Justiz“. Er wurde gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention, der Nieder-Ramstädter Diakonie und dem hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen durchgeführt. Schwerpunktmäßig wurde hier der Blick auf sexuelle Übergriffe von betreuten Personen untereinander geworfen.

Das Beratungsangebot im Kreis Paderborn hat sich im Projektverlauf gut etabliert und wurde sehr gut genutzt. Das zur Verfügung stehende Zeitkontingent von knapp sechs Stunden wöchentlich war stellenweise kaum ausreichend, die Einführung einer Warteliste wurde nötig. Zusammenfassend hat sich die Notwendigkeit des Auf- und Ausbaus von Beratungs- und Präventionsangeboten für die Zielgruppe bestätigt, so dass weiterhin empfohlen und gefordert werden:

- die Finanzierung mindestens der für die Netzwerkarbeit erforderlichen Koordinierungsarbeiten
- die Einrichtung und Finanzierung eines flächendeckenden Beratungsangebots für Menschen mit Behinderung nach erlebter sexueller Gewalt
- die Implementierung von Handlungsleitlinien zum Umgang mit sexueller Gewalt in die Verfahrensabläufe von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe als qualitätssicherndes Element

Aufgrund des weiter bestehenden Handlungsbedarfs führt der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn das Folgeprojekt „Auf- und Ausbau von Beratungs- und Präventionsangeboten im Bereich sexuelle Gewalt an Menschen mit Lern-/geistiger Behinderung“ durch.



Menschen mit Lern- oder geistiger Behinderung vor sexuellen Übergriffen schützen – dies ist seit 2008 Ziel eines Projektes des Diözesan-Caritasverbandes. Zum Projekt gehört ein Figurentheater mit der Paderborner Puppenspielerin Nelo Thies. (Foto: Sauer)



Michael
Brohl

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-263
m.brohl@caritas-paderborn.de

Existenzsicherung, Schuldner- und Insolvenzberatung, Sozialrechtsberatung

Allgemeine Entwicklung

Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland steigt nach wie vor. So gab es nach Aussage des Statistischen Bundesamtes allein für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2010 eine Steigerung der Verbraucherinsolvenzen von 8,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Menschen, die versuchen, durch das Entschuldungsverfahren der Verbraucherinsolvenz wieder ein „normales“, schuldenfreies Leben zu führen, weist nach vielfältigen Berechnungen und Prognosen im Jahr 2010 Rekordwerte auf. Es wird mit insgesamt rund 107 000 Verbraucherinsolvenzverfahren gerechnet, was den höchsten Wert seit Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens im Jahr 1999 darstellt.

Auch die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen im Erzbistum Paderborn bestätigen diesen Trend. In ganz NRW ist die Zahl der Beratungsfälle von 166 333 Beratungen im Jahr 2005 auf 176 703 Beratungen im Jahr 2009 gestiegen. Im Jahresvergleich von 2008 auf 2009 konnte eine Zunahme an Beratungsfällen von drei Prozent bzw. 5 200 hilfesuchenden Personen verzeichnet

werden. Gleichzeitig ist die Landesförderung für die Arbeit der Beratungsstellen seit 2001 nicht mehr aufgestockt worden. Auch die kommunale Förderung unterliegt den Sparzwängen der Kommunen und wird eher reduziert denn aufgestockt.

Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass die neue Landesregierung das Thema Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung sowie Förderung der Verbraucher- und Finanzkompetenz ausdrücklich in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hat. Mittlerweile haben auch erste Gespräche mit der Freien Wohlfahrtspflege stattgefunden, wie eine solche Finanzierung ermöglicht werden könnte. Bis die Beratungsstellen jedoch von diesen ersten Schritten profitieren können, stehen sie täglich vor der Frage, wie steigende Fallzahlen, sinkende Einnahmen, verstärkte Konkurrenz durch gewerbliche Anbieter von Schuldnerberatung und der qualitative Anspruch an eine Beratungsleistung im Sinne einer caritativen, ganzheitlichen Sozialberatung für Schuldner in Einklang gebracht werden können.

Schwerpunkte der Arbeit

Bundessozialgericht: Keine vorbeugende Schuldnerberatung für Erwerbstätige

Im Sommer 2010 wurde das vom DiCV Paderborn juristisch begleitete Verfahren vor dem Bundessozialgericht (BSG) nach fünfjährigem Rechtsstreit beendet. Zum Hintergrund: Es galt zu entscheiden, wer die Kosten der Schuldnerberatung für die erwerbstätige, überschuldete Klägerin zu übernehmen hat. Nach für uns günstigen Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz entschied das BSG nunmehr, dass die angefallenen Kosten von der Klägerin selbst zu übernehmen seien. Das SGB II bzw. SGB XII greife bei dieser Personengruppe nicht. In der Fachwelt sorgte dieses höchstrichterliche Urteil für Aufsehen. So steht die Refinanzierung der Schuldnerberatung für Erwerbstätige nun auf wackeligen Füßen, da die Richter die Kosten einer

vorbeugenden Schuldnerberatung als nicht vom Sozialleistungsträger erstattungsfähig ansehen.

Der § 16a SGB II (Kommunale Eingliederungsleistungen, z. B. Schuldnerberatung) knüpft für die Gewährung der Leistung an die berufliche Eingliederung an, da die Verschuldung ein arbeitsmarktpolitisches Eingliederungshemmnis darstellt. Nach Ansicht des BSG bedarf die Klägerin als Erwerbstätige dieser Eingliederung nicht. An dieser Stelle ist rechtspolitisch zu handeln. Der Druck auf einen überschuldeten Erwerbstätigen ist groß, die auf ihm lastenden Schulden regulieren zu können, worunter auch seine Arbeitsleistung leiden kann. Die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes ist zudem auch wegen möglicher Lohnpfändungen nicht von der Hand zu weisen. Aus diesem Grund müsste gesetzgeberisch darauf hingewirkt werden, die Anwendung des § 16a n.F. SGB II nicht nur auf die Eingliederung in das Erwerbsleben zu beziehen, sondern auch auf präventive Leistungen zu erweitern.

Gerade für das Arbeitsfeld der Schuldnerberatung ist nicht nur das Vermittlungshemmnis bzw. die präventive Leistung an sich entscheidend, sondern auch die Tatsache, dass für viele Personen ein elementares Interesse an Schuldnerberatung besteht, weil diese den Versuch einer außergerichtlichen Schuldenbereinigung umfasst. Deren Scheitern eröffnet grundsätzlich den Zugang zu einem gerichtlichen Insolvenzverfahren mit sich eventuell anschließender Restschuldbefreiung.

Wenn hier eine ganze Gruppe von Personen von der Schuldnerberatung ausgeschlossen wird, so stellt sich die Frage, ob hier ein Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes vorliegt (alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich). Das BSG hat diese Tatsache unserer Ansicht nach in seiner Entscheidung nicht mit in den Blick genommen. Eine vom DiCV Paderborn erstellte Stellungnahme diente dem Rechtsausschuss der LAG FW NW als Diskussionsvorlage. Auf verschiedenen Ebenen finden zurzeit konkrete Überlegungen zu einer Gesetzesinitiative statt.

Hartz-IV-Novellierung

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2007 hatte die Bundesregierung die Vorgabe, die Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende bis Ende 2010 neu zu ordnen: Die einheitliche Aufgabenwahrnehmung durch die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen (ARGEn) wurde als verfassungswidrig erklärt. Des Weiteren wurde dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Ende 2010 eine transparente Berechnung der Höhe der Regelleistung vorzulegen.

Anfang Juli 2010 verabschiedete der Bundesrat einstimmig die so genannte Jobcenter-Reform: Mit der (höchst umstrittenen) Grundgesetzänderung sind die Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen sowie der Fortbestand der Optionskommunen nunmehr zulässig. Die Jobcenter, in denen Langzeitarbeitslose von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen gemeinsam betreut werden, sind künftig – zu 75 Prozent – die Regel. Optionskommunen, in denen Langzeitarbeitslose von den Kommunen in Eigenregie betreut werden, bilden die Ausnahme (25 Prozent).

Der umstrittene Kompromiss zur Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze erfolgte erst 2011. Die Caritas hatte zuvor – vergeblich – aufgrund eigener Berechnungen für eine Anhebung des Sozialgelds für Kinder je nach Altersgruppe zwischen 20 und 40 Euro plädiert. Mit dem neuen Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche hat der Gesetzgeber indes den Grundgedanken der befähigenden Sachleistungen der Caritas aufgegriffen. Diese umfassen neben ein- und mehrtägigen Klassenfahrten, dem „Schulstarterpaket“ und dem Schulmittagessen auch Lernförderung und Leistungen für kulturelle und sozi-

ale Teilhabe. Mit diesen Änderungen gehen jedoch auch Veränderungen z. B. in den Sanktionsregelungen oder bei der Darlehensrückzahlung etc. einher. Es besteht Einigkeit, dass die Novellierung des SGB II nicht zur Rechtssicherheit führen wird, sondern die bestehende Widerspruchs- und Klageflut noch verstärken wird. Für die sozialrechtliche Beratung des Diözesan-Caritasverbandes bedeutet dies, dass mit vermehrten Anfragen und einem erhöhten Fortbildungsbedarf der Mitarbeiter in den Beratungsdiensten vor Ort zu rechnen ist.

Pfändungsschutz-Konto

Am 1. Juli 2010 trat das Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes in Kraft: Ab diesem Zeitpunkt steht es jedem Inhaber eines Girokontos frei, dieses in ein so genanntes „P-Konto“ (Pfändungsschutzkonto) umzuwandeln. Sinn und Zweck des P-Kontos ist es, Schuldnern eine Teilhabe am Wirtschaftsleben auch bei einem gepfändeten Konto zu ermöglichen, da ein bestimmter Betrag stets unpfändbar ist. Über den unpfändbaren Betrag, der individuell auch erhöht werden kann, kann der Schuldner frei verfügen und weiterhin Überweisungen etc. bei seiner Hausbank tätigen. Diese individuelle Erhöhung kann nur erreicht werden, wenn der Inhaber des P-Kontos eine entsprechende Bescheinigung, die u. a. von den anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen ausgestellt werden kann, beibringt. Unsere Beratungsstellen vor Ort wurden über die Reform umfassend im Rahmen von Fortbildungen informiert. Eine von den Diözesan-Caritasverbänden NRW für ihre angeschlossenen Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen organisierte Fortbildung zum P-Konto sowie ein Workshop im Oktober 2010 sind auf großes Interesse gestoßen.

Besuch der örtlichen Beratungsstellen

Durch regelmäßige Besuche der örtlichen Träger und Schuldnerberatungsstellen möchten wir den Kontakt und Austausch mit allen Mitarbeitern intensivieren. Der Arbeitsbereich will in seinem Verständnis als Dienstleister aber auch besser auf Bedarfe, Anforderungen und Realitäten reagieren können. Die derzeitige Situation in vielen Beratungsstellen ist davon geprägt, dass die Mitarbeiter immer mehr Klienten, immer mehr juristischen Fragestellungen in der Beratung und immer rigideren Vorgaben der Kostenträger gegenüberstehen. Diese Ausgangssituation führt mehr und mehr zu Unzufriedenheit und einem erhöhten Druck, der sich nicht selten in psychosomatischen Erkrankungen auswirkt. Gleichzeitig werden in der Schuldnerberatung, die als klassisches Gebiet der sozialen Arbeit verstanden wird, verstärkt Professionen wie Juristen und Kaufleute eingesetzt.

Schuldnerberatung ist in den 80er-Jahren mit dem Anspruch gestartet, Menschen zu helfen, die durch ihre soziale und wirtschaftliche Lage in existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen und selbst nicht dazu in der Lage sind, diese Lebenssituation zu bewältigen. Es galt dabei immer der ganzheitliche Ansatz der Sozialberatung für Schuldner, die den Menschen mit all seinen Problemlagen in den Blick nahm. Die derzeitigen Rahmenbedingungen erschweren die Arbeit der Schuldnerberatung nach altem Stil. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass sich die Beratung den aktuellen Erfordernissen anpasst, ohne die ursprünglichen Werte zu vergessen.

Fachtagung „Familien in Not ...“

Die Fachtagung der Schuldnerberatung der Freien Wohlfahrtspflege in NRW wurde auch im Jahr 2010 unter Beteiligung des Arbeitsbereiches Schuldner- und Insolvenzberatung durchgeführt. Das Thema „Familien in Not – Schuldnerberatung als Querschnittsaufgabe in Zeiten knapper öffentlicher Kassen“ stieß nicht nur bei Schuldnerberatern sondern, z. B. auch bei Mitarbeitern aus dem Kinder- und Jugendhilfebereich auf Interesse. NRW-Familienministerin Ute Schäfer betonte in ihrer Eröffnungsrede die Notwendigkeit, Familien trotz Schulden zu stabilisieren und zu unterstützen, gerade wenn Kinder betroffen seien. Die gemeinnützige Schuldnerberatung leiste in diesem Zusammenhang einen unschätzbaren und unverzichtbaren Beitrag. In den Diskussionen im Rahmen der Fachtagung wurde jedoch hinterfragt, inwieweit dies in Zukunft auch noch möglich sei, wenn nur noch bestimmte Zielgruppen Schuldnerberatung in Anspruch nehmen könnten, da durch die Kostenträger entsprechende Vorgaben gemacht würden (siehe auch BSG-Urteil).



NRW-Familienministerin Ute Schäfer bei der Fachtagung „Familien in Not – Schuldnerberatung als Querschnittsaufgabe in Zeiten knapper öffentlicher Kassen“ (Foto: privat)

Ehrenamt und Schuldnerberatung

Auch im Bereich der Schuldnerberatung beschäftigen sich einige Verbände im Erzbistum damit, wie Ehrenamtliche in die Arbeit eingebunden werden können. Die Hilfe des Ehrenamtes wird in Zukunft immer notwendiger werden, denn im Bereich Schuldnerberatung ist es durch die Arbeitsstrukturen und ein hohes Klientenaufkommen nicht immer möglich, allen Ratsuchenden eine umfassende Unterstützung zu bieten. Hier können Ehrenamtliche einiges auffangen, ohne dass sie ausdrückliche Schuldnerberatung durchführen. Ehrenamt kann das Hauptamt nicht ersetzen, sehr wohl aber unterstützen.

Nicht alle Projekte mit Ehrenamtlichen sind umfassend und nachhaltig konzipiert und durchgeplant. Hier wollen wir Hilfestellung bieten (durch Konzeptionen, Beratung etc.), wie die Träger ein strukturiertes und nachhaltiges Ehrenamtskonzept für den Bereich der Schuldnerberatung entwickeln und umsetzen können.



Lovely
Sander

Martina
Fährnich

Christoph
Eikenbusch

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-336
l.sander@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-348
m.faehnrnich@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-309
c.eikenbusch@caritas-paderborn.de

Arbeit/Arbeitslosigkeit, sozialer Arbeitsmarkt, JobPerspektive, EU-Förderung

Allgemeine Entwicklung

Arbeitsmarkt: Trotz Aufschwung gab es Verlierer

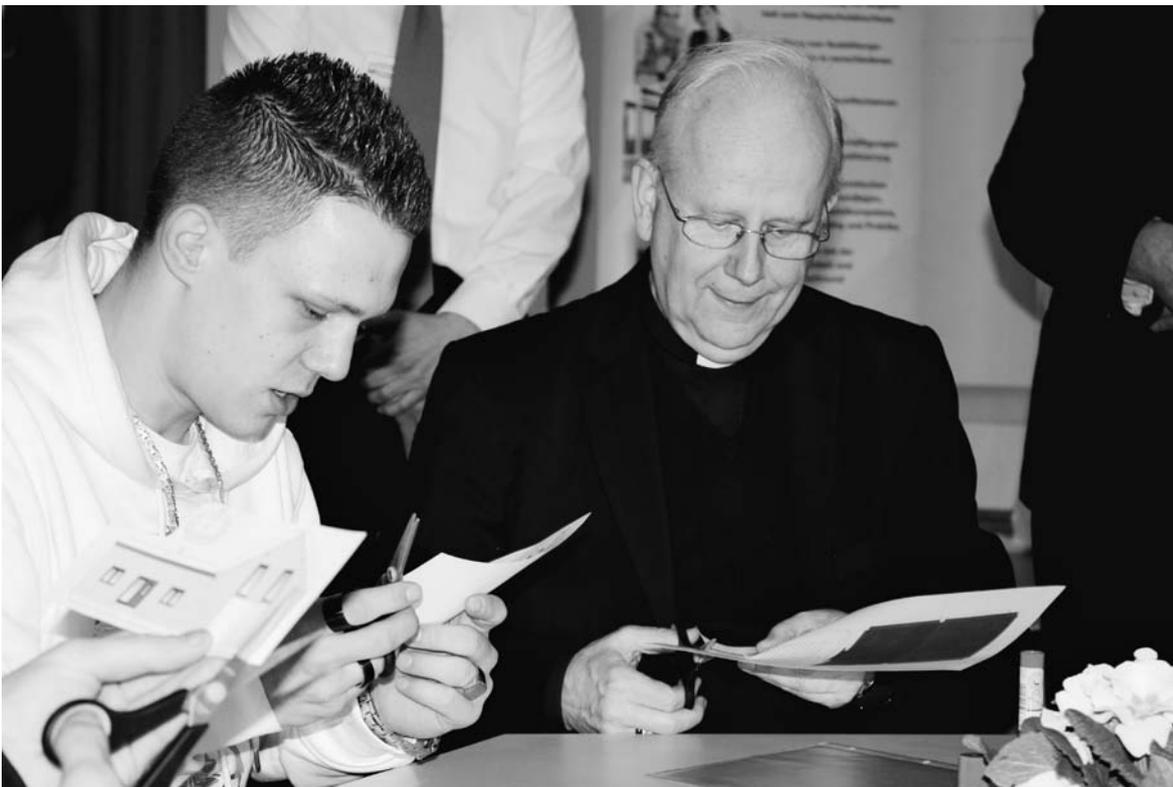
Nachdem die Folgen der Wirtschaftskrise 2009 noch starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hatten, zeigte sich im Frühjahr 2010 eine überraschend schnelle Stabilisierung. Auch der SGB-III-Bereich profitierte stark vom allgemeinen Aufwärtstrend und verzeichnete im Vergleich zum Dezember 2009 einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit um 14,3 %. Hinzukommend erreichte laut Statistischem Bundesamt die Zahl der Erwerbstätigen Ende 2010 bundesweit den höchsten Stand in einem Dezember seit der Wiedervereinigung. Allerdings war diese Zahl unter Vorbehalt zu betrachten, da grob ein Drittel des

Zuwachses an offenen Stellen der Leiharbeit zuzuschreiben war und der Anteil befristeter Stellen bundesweit anstieg.

Der positive Trend der Arbeitslosenquote wirkte sich auf den Bereich des SGB II weniger bis gar nicht aus. Besonders für langzeitarbeitslose Personen blieb die Wirkung des Aufwärtstrends aus. In NRW nahm deren Zahl sogar um 2,9 Prozent zu. Im Zuge der bundesweiten Haushaltseinsparungen wurden außerdem Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für „arbeitsmarktferne“ Personen gekürzt. Das Missverhältnis zwischen boomender Wirtschaft und Integration von Langzeitarbeitslosen wurde somit noch einmal verstärkt und machte die Gruppe der Langzeitarbeitslosen zur Gruppe der Verlierer.

Kein Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche

Anfang Oktober 2010 lehnte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrags in der Branche der Aus- und Weiterbildung „mangels Vorliegen eines öffentlichen Interesses“ ab. Somit wurde gegen einen Mindestlohn für ca. 25 000 Beschäftigte gestimmt. Bildungs- und Beschäftigungsträger der verbandlichen Caritas im SGB II und SGB III müssen daher weiter mit Billiganbietern bei der Auftragsvergabe konkurrieren, welches unweigerlich zu Lasten der Qualität im Weiterbildungsbereich geht.



Auch 2010 beteiligten sich Caritas-Einrichtungen am bundesweiten „Josefstag“. Der Aktionstag der Jugendberufshilfe fand im Caritasverband Dortmund mit Weibischof Manfred Grothe statt. (Foto: privat)

Aufgaben

- Fachberatung der örtlichen Verbände und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Spitzenverbandliche Vertretung u. a. gegenüber dem Land NRW, den SGB-II-Trägern und den Gremien der Freien Wohlfahrtspflege
- Information der Träger und Einrichtungen über aktuelle Entwicklungen, Ausschreibungen und Projektanforderungen
- Organisation und Durchführung von Fachtagungen, Workshops und Informationsveranstaltungen
- Umfassende Unterstützung der Träger und Einrichtungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Beratung zu EU-Strukturprogrammen und Aktionsprogrammen
- Unterstützung bei der Konzeptentwicklung für Projekte zur Integration durch und in Arbeit
- Beratung beim Aufbau und bei der Umsetzung von Beschäftigungs- und Arbeitsprojekten und Betrieben

Schwerpunkte der Arbeit**JobPerspektive**

Im Erzbistum Paderborn sind in zwei Jahren durch das Caritas-Projekt „Gut kombiniert!“ insgesamt 250 JobPerspektive-Stellen überwiegend bei katholischen Einrichtungen und Trägern entstanden. Aufgrund von Mittelkürzungen auf Bundesebene konnten 2010 kaum noch Stellen besetzt bzw. weitergefordert werden. Selten gab es bislang ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, das so nachhaltig erfolgreich Menschen in sinnvolle Arbeit gebracht hat und ihnen damit einen Teil ihrer Würde zurückgegeben hat.

Landesarbeitsmarktpolitik NRW

Die neue rot-grüne Landesregierung fördert wieder Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen. Im Erzbistum Paderborn konnten hierdurch Beratungsstellen in Finnentrop und Olpe neu aufgebaut und das Arbeitslosenzentrum in Herne erneut gefördert werden. Durch die direkte Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung regte die Caritas in NRW außerdem eine landesweite Fachtagung zum innovativen Caritas-Projekt der aufsuchenden Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte an. Im Austausch mit NRW-Umweltminister Rimmel, Vertretern der Projektstandorte und der Energie-Agentur NRW wurden dort die langfristige Erhaltung und ein möglicher Ausbau des Projektes diskutiert. 2011 wird die Caritas NRW hierzu dem zuständigen Landesministerium ein Konzept zur zukünftigen Projektgestaltung und -finanzierung vorlegen.

Neues arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt „Bürgerarbeit“

Im letzten Jahr startete das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bundesweit mit dem Modellprojekt der Bürgerarbeit. Mit 197 Jobcentern aus allen Bundesländern beteiligte sich somit rund die Hälfte aller Grundsicherungsstellen an dem Projekt zur Förderung der Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Im Erzbistum Paderborn beteiligten sich mit zwölf von 19 SGB-II-Regionen überproportional viele Grundsicherungsstellen. Am 15. Juli 2010 startete die mindestens sechs

Monate lange Aktivierungsphase. Durch die Unterstützung des Diözesan-Caritasverbandes werden 2011 bis zu 120 Bürgerarbeitsplätze bei Caritas-Trägern im Erzbistum Paderborn geschaffen. Somit konnten die regional teilweise drastischen Streichungen von Arbeitsgelegenheiten aufgefangen und das Weiterbestehen vieler Sozial- und Beschäftigungsprojekte gesichert werden.

Europäische Struktur fondsförderung

Der Europäische Sozialfonds in NRW setzt in der jetzigen Förderphase Schwerpunkte im Bereich Jugend und Beruf, in der Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen. Neu aufgenommen wurde für das Ausbildungsjahr 2009/2010 das Programm „Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten, Perspektiven eröffnen“, das Väter, Mütter und Unternehmen bei der Ausbildung in Teilzeit unterstützt. IN VIA Paderborn führte eins von 13 Pilotprojekten erfolgreich durch. Durch die Fördermittelberatung zum ESF-Bundesprogramm „Rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ ist es gelungen, in den kommenden zwei Jahren beim Caritasverband Dortmund ein Modellprojekt zur Gewinnung von Fach- und Führungskräften in den sozialen Diensten und Einrichtungen der Altenpflege, Behindertenhilfe und den Beschäftigungsprojekten umzusetzen.

Soziale Stadt – Quartiersarbeit

Die Bundesregierung hat im November 2010 drastische Einsparungen bei der Städtebauförderung beschlossen. Caritas und Diakonie hatten wie die Opposition schon früh die Zurücknahme der Kürzungspläne (von 70 Millionen auf 28,5 Millionen Euro) gefordert, die besonders zu Lasten des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“ gehen und hier insbesondere zur Streichung sozialintegrativer Maßnahmen führen.



Josefstag auch in Paderborn: Hier trafen sich Vertreter aus Politik, Kirche und katholischen Verbänden mit Jugendlichen, die Einrichtungen der Jugendberufshilfe und -sozialarbeit nutzen. Im Mittelpunkt der Präsentationen und Diskussionen stand das Thema Jugendarmut. (Foto: Sauer)

EU-Aktionsprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Im Oktober 2010 fand ein mehrtägiges transnationales Symposium für Fachkräfte aus dem Arbeitsbereich Pflege zum Thema „Angebote und Wohnformen für pflegebedürftige Menschen im Alter“ in Königgrätz, Tschechien, unter Beteiligung des DiCV Paderborn statt. Das Symposium war der Anfang für weitere Aktivitäten der beteiligten Partner auf europäischer Ebene.

Perspektiven und Herausforderungen

Drastische Kürzungen bei Maßnahmen für Langzeitarbeitslose

Absehbar ist, dass die enormen Einsparungen der Bundesregierung am SGB-II-Eingliederungstitel zu Lasten aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente gehen und ab 2011 insbesondere die Reduktion öffentlich geförderter Beschäftigung bewirken werden. Die Kürzungen des Eingliederungstitels belaufen sich für 2011 auf 1,3 Mrd. Euro

(25%) und sollen bis 2014 schrittweise bis zu 6 Mrd. Euro betragen. Somit wird die Finanzierung vieler sozialer Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte zu einem großen Teil zusammenbrechen und die Frage nach neuen und langfristigen Finanzierungsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung und Notwendigkeit sein. Die Entwicklung neuer und unabhängiger Finanzierungskonzepte und die Orientierung hin zu einem sozialen Arbeitsmarkt werden demnach wesentliche Aufgaben für die kommenden Jahre darstellen.

Instrumentenreform

Wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart, wird es im kommenden Jahr zu einer Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente kommen. Die Freie Wohlfahrtspflege wird hier die Notwendigkeit öffentlich geförderter Beschäftigung auf Bundesebene vertreten und für die Interessen arbeitsmarktfremder Personen eintreten.

Europa 2020

Erstmals haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in ihrer Strategie „Europa 2020“ das Ziel zur Verringerung von sozialer Ausgrenzung und Armut aufgenommen. Hierbei kommt dem Europäischen Sozialfonds eine wichtige Rolle bei der Umsetzung zu. Die Caritas wird über den Begleitausschuss zum ESF der Landesregierung NRW konkrete Vorschläge von Maßnahmen und Ansätzen zur sozialen Eingliederung von besonders betroffenen Personen machen.



Heinrich
Westerbarkey

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-334
h.westerbarkey@caritas-paderborn.de

Suchtkrankenhilfe, soziale Brennpunkte, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe

Suchtkrankenhilfe

Allgemeine Entwicklung

Die neue Landesregierung setzt positive Akzente in der Suchtkrankenhilfe in NRW. Gesundheitsministerin Barbara Steffens ist mit diesem Bereich vertraut und macht dies auch durch Interventionen deutlich. Ein „Insider“ ist auch der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Gesundheit und Soziales, Günter Garbrecht. Die Freie Wohlfahrtspflege hat die Zusammenarbeit mit diesem Ausschuss intensiviert.

Konkrete Formen nimmt der Aufbau einer Koordinationsstelle Sucht an, in der das Gesundheitsministerium, die kommunalen Spitzenverbände und die Wohlfahrtsverbände zusammenarbeiten. Der Prozess der Kommunalisierung wird weitergeführt und hat u. a. zur Folge, dass die angebotenen Hilfen im Bereich der Suchthilfe regional sehr unterschiedlich sind.

Aufgaben

Suchtkrankenhilfe umfasst die Bereiche Vorbeugung, Beratung, Behandlung, Nachsorge, niedrigschwellige Hilfen und die Suchtkrankenseelsorge. Eine Aufgabe des Fachbereiches besteht darin, dafür Sorge zu tragen, dass die Caritas Ansprechpartner für alle Menschen ist, die Fragen zur Sucht haben, die suchtgefährdet, suchtkrank oder Angehörige von Suchtkranken sind. Durch zurückgehende finanzielle Mittel wird es immer schwieriger, diesem Anspruch gerecht zu werden. Im Bereich des Diözesan-Caritasverbandes gibt es 15 Suchtberatungsstellen, zwei Wohnheime für chronisch suchtkranke Menschen, zwei Einrichtungen des betreuten Wohnens und eine Tagesstätte für suchtkranke und wohnungslose Menschen. Darüber hinaus besteht das Angebot des ambulant betreuten Wohnens. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreuzbund, der Selbsthilfe- und Helfergemeinschaft für Suchtkranke und deren Angehörige in der katholischen Kirche.

Schwerpunkte der Arbeit

Suchtberatungsstellen

Ein Schwerpunkt der Arbeit bestand in der Entwicklung einer Zukunftswerkstatt, die bis zum Jahr 2015 weitergeführt werden soll. Es geht hierbei um die Vergegenwärtigung der Vergangenheit, die Bewertung der Gegenwart und die gemeinsame Gestaltung der Zukunft.

Im Bereich der ambulanten Rehabilitation Sucht gibt es nach wie vor keine Refinanzierung der Kosten durch die Rentenversicherer, sondern lediglich einen bundeseinheitlichen Kostensatz, der nicht ausreichend ist. Dies hat dazu geführt, dass Ende des Jahres die Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes Olpe ihr Angebot eingestellt hat.

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Sucht in NRW

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft ist der Zusammenschluss der fünf nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände und der fünf Diözesan-Kreuzbundverbände. Sie unterstützt und koordiniert Aktivitäten der Suchtprävention und der Suchthilfe innerhalb der katholischen Kirche in Nordrhein-Westfalen. Im Mai veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft eine Fachtagung zur Internetsucht. Hier ist die Ausgangssituation der Suchtkrankenhilfe zu präzisieren: Sie ist von der Tatsache bestimmt, dass die Anforderungen an Suchtberatungsstellen und -selbsthilfegruppen stetig steigen. Auf der anderen Seite wird Personal abgebaut, und Mittel werden reduziert. Die Einrichtungen der Caritas und des Kreuzbundes müssen deshalb klären, für welche suchtkranken Menschen sie zuständig sein können. Um diese Frage auch für die Internetsucht beantworten zu können, informierten verschiedene Fachleute über diese nicht stoffgebundene Abhängigkeit, die noch nicht als Krankheit anerkannt ist.



Das Instrument der Sinus-Milieu-Studie soll die Arbeit von Bewohnerzentren in sozialen Brennpunkten verbessern. Begonnen wurde mit einem Projekt beim SkF Lippstadt. (Foto: privat)

Soziale Brennpunkte, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe

Allgemeine Entwicklung

Die Arbeit in diesen Fachbereichen bestimmen zu einem großen Teil der LWL, das Gesundheits- und das Justizministerium mit. Im Bereich der Wohnungslosenhilfe bildet die Rahmenzielvereinbarung eine Grundlage der Arbeit. Sie wurde 2008 zwischen dem LWL und der Freien Wohlfahrtspflege verabschiedet, um ein differenziertes Angebot von Diensten und Einrichtungen zur Erbringung von Hilfen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten zu ermöglichen. Ziel ist es, die Leistungsempfänger in die Lage zu versetzen, ihre soziale Isolation zu überwinden und selbstständig zu wohnen und zu arbeiten.

Das Justizministerium fördert verschiedene Bereiche wie zentrale Beratungsstellen, deren Ziel es ist, von Haft bedrohte und haftentlassene Menschen sowie deren Angehörige durch entsprechende Unterstützungsangebote in die Gesellschaft zu integrieren. Koordiniert wird die Antragstellung dieser Mittel landesweit durch den Arbeitsausschuss Gefährdetenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege. In diesem Ausschuss sind auch die drei Fachbereiche vertreten. Somit werden deren Forderungen, Anregungen und Wünsche in die entsprechenden Landesgremien eingebracht.

Aufgaben

Zu den Aufgaben gehören die Koordinierung, Bündelung und Vernetzung aller Aktivitäten in den drei Bereichen. Hinzu kommen die Fachberatung und Vernetzung der Einrichtungen und deren Vertretung gegenüber dem Gesundheits- und Justizministerium, dem LWL und den Kommunen. Zurzeit gibt es Einrichtungen in 13 sozialen Brennpunkten, zwölf Einrichtungen in der Wohnungslosenhilfe und drei Dienste in der Straffälligenhilfe. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen Seelsorgern.



Kontaktgruppe der Caritas für Strafgefangene in der JVA Siegen. (Foto: privat)

Schwerpunkte der Arbeit

Soziale Brennpunkte

Ein Schwerpunkt bestand in der Auseinandersetzung mit dem Thema „interkulturelle Öffnung“. Dieses Thema ist zentral für die Arbeit in sozialen Brennpunkten und wird deshalb auch ständig weiterbearbeitet. Begonnen wurde mit der Umsetzung des Projektes „Sinus-Milieu-Studie am Beispiel des sozialen Brennpunktes Am Rüsing in Lippstadt“. Es dient der Verbesserung der Arbeit des Bewohnerzentrums dort und wird exemplarisch durchgeführt, um Einrichtungen in anderen sozialen Brennpunkten Möglichkeiten aufzuzeigen, wie dieses Instrument auch von ihnen genutzt werden kann.

Wohnungslosenhilfe

Das Projekt „Die Lebenssituation wohnungsloser Menschen im Kreis Höxter“ wurde abgeschlossen. Dieses Projekt dient der Analyse der Lebenssituation sowohl wohnungsloser als auch von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen im Kreis Höxter. Aufgrund der Vorgaben der Rahmenzielvereinbarung bestand ein Ziel auch darin, neue Angebote aufzubauen. Die gewonnenen Erkenntnisse und die Aufbereitung der erhobenen Daten werden zurzeit in einem Projektbericht zusammengestellt.

Straffälligenhilfe

Insgesamt konnte die Zusammenarbeit mit dem Justizministerium verbessert werden. Dies wird u. a. deutlich an der schon lange geforderten Ausweitung des Substitutions-

angebotes für drogenabhängige Inhaftierte und dem Abschluss eines Übergangsmanagements für diese Zielgruppe. Der Abschluss dieser Vereinbarung zum Übergangsmanagement, welche bessere Möglichkeiten der Resozialisierung Drogenabhängiger fest schreibt, hatte eine lange Vorlaufzeit. Abgeschlossen wurde diese zwischen dem Justizministerium, den kommunalen Spitzenverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege.

Perspektiven und Herausforderungen

Im Vordergrund der Arbeit im Bereich der Gefährdetenhilfe steht die Finanzierung der Arbeit durch die entsprechenden Kostenträger. Nur dadurch kann das qualifizierte und differenzierte Hilfsangebot aufrechterhalten werden. Um dies zu erreichen, muss die Lobbyarbeit für die Hilfsbedürftigen intensiviert werden. Andererseits muss auch eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Bereiche erfolgen, da die Hilfesuchenden oft multiple Problemlagen haben. Dies schließt auch eine engere Zusammenarbeit mit der Pastoral ein.



Winfried Kersting

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-230
w.kersting@caritas-paderborn.de

Rechtliche Betreuungen

Allgemeine Entwicklung

Das Betreuungsrecht unterstützt Menschen, die nicht in der Lage sind, Probleme des alltäglichen Lebens allein zu lösen. Zwei Themen haben 2010 große Auswirkungen auf diesen Ansatz gehabt und werden auch zukünftig die Arbeit nachhaltig verändern: die Umsetzung der „UN-Behindertenrechtskonvention“ und die Arbeit der „interdisziplinären Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Optimierung des Betreuungsrechts“.

Die UN-Behindertenrechtskonvention unterstützt das Betreuungsrecht in dem Punkt, dass die Autonomie, das Wohl und die Wünsche des Betroffenen Vorrang haben. Rechtliche Betreuer müssen danach zukünftig noch intensiver herausfinden, was das Interesse des Betreuten ist und wie sein Wille umzusetzen ist. Die Behindertenrechtskonvention geht weg von dem Gedanken der öffentlichen Fürsorge, hin zu einer Betrachtung aus der Menschenrechtsperspektive, man spricht hier auch von einem Paradigmenwechsel: von der Integration zur Inklusion, von der Wohlfahrt und Fürsorge zur Selbstbestimmung.

Damit stellt sich die Frage, ob die rechtliche Betreuung überhaupt mit der Behindertenrechtskonvention vereinbar ist, denn der rechtliche Betreuer ist der gesetzliche Vertreter des Betreuten, auch wenn dieser nicht geschäftsunfähig ist. Trotz aller Zweifel und Unsicherheiten ist jedoch das Instrument der rechtlichen Betreuung gut geeignet, um den Betroffenen zu schützen und in die Lage zu versetzen, so weit wie möglich eigenständig zu handeln. Der Betreute steht mit seinen Rechten im Mittelpunkt des Handelns – der rechtliche Betreuer unterstützt

ihn unter Berücksichtigung seiner Wünsche und Bedürfnisse in seinem möglichst selbstbestimmten Handeln.

Die interdisziplinäre Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat u. a. das Ziel, Vorschläge zu erarbeiten, wie das Betreuungsrecht weiterentwickelt und verbessert werden kann. Das Betreuungsrecht soll nun mit Hilfe dieser Expertenrunde so optimiert werden, dass die Kostenexplosion gestoppt wird und neue Strukturen stabilisiert und weiterentwickelt werden. Momentan wird an der Stärkung der Betreuungsbehörde als Schnittstelle zwischen Sozialem und Justiz gearbeitet. Durch die Stärkung der Behörde im Verfahren soll der tatsächliche Bedarf der Betreuten besser ermittelt werden, um auch Hilfen außerhalb der rechtlichen Betreuung aufzuzeigen und besser zu nutzen.

Betreuungszahlen

Die Zahl der rechtlichen Betreuungen steigt weiterhin, allerdings flacht die Steigerungsrate inzwischen ab. Die Ausgaben steigen stärker an als die Zahl der Betreuungen. Hierfür sind unterschiedliche Gründe verantwortlich, wie die gestiegene Zahl der Erstbetreuungen oder die Zunahme an Berufsbetreuungen insgesamt. Damit wird wieder einmal deutlich, wie wichtig die Förderung des Ehrenamts in der rechtlichen Betreuung ist. Nach dem Gesetz hat die ehrenamtliche Betreuung Vorrang vor der beruflichen. Dazu ist jedoch auch eine auskömmliche Finanzierung der Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamts notwendig. Insgesamt sinkt die Zahl der Betreuung durch ehrenamtliche Betreuer von 71 Prozent im Jahr 2002 auf 65 Prozent im Jahr 2009 langsam, aber stetig.



Heike
Deimel

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-226
h.deimel@caritas-paderborn.de

Schwerpunkte der Arbeit/Perspektiven

Abgrenzung von Betreuertätigkeiten

Die Betreuerbestellung führt oftmals zu einem ungewollten Rückzug der Angebote und Leistungen anderer Dienste und Einrichtungen, häufig sogar von Behörden. Wie selbstverständlich wird oft angenommen, dass Betreuer Leistungen der Dienste, Einrichtungen und Behörden übernehmen müssen. Die rechtlichen Regelungen dazu sind eindeutig: Die Aufgaben des Betreuers stehen im BGB, und die der komplementären Dienste und Einrichtungen sind immer unabhängig von einer Betreuerbestellung vertraglich und/oder gesetzlich (z. B. im SGB, HeimG, Krankenhausgesetz usw.) eindeutig geregelt.

Die rechtlichen Betreuer der katholischen Betreuungsvereine haben erarbeitet, was die eigentlichen Pflichten und Aufgaben des rechtlichen Betreuers sind, unter welchen gesetzlichen Grundlagen sie handeln – und

Zahlen und Fakten

Bundesland

Brandenburg

Bayern

Thüringen

Nordrhein-Westfalen

Mecklenburg-Vorpommern

Sachsen

Sachsen-Anhalt

Baden-Württemberg

Niedersachsen

Hessen

Bremen

Schleswig-Holstein

Saarland

Berlin

Hamburg

Rheinland-Pfalz

Bundesgebiet

(BtPrax6/2010, Auswertung Deinert)

was demgegenüber Aufgaben und Pflichten von komplementären Diensten und Einrichtungen sind und wie eine Delegation/Abgrenzung praktisch umsetzbar ist.

Ehrenamt-Förderrichtlinien

2010 sind die Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Landes NRW zur Stärkung der ehrenamtlichen Betreuung turnusgemäß nach zwei Jahren ausgelaufen. Durch Bereitschaft des MAIS und Justizministeriums zu Gesprächen mit dem Unterausschuss BtG der LAG FW NW konnte eine Verlängerung der Förderrichtlinien erzielt werden. Damit konnte mehr Planungssicherheit für die Vereine erreicht werden. Grundsätzlich muss allerdings an einer Erneuerung der Richtlinien gearbeitet werden. Dies soll 2011 in Zusammenarbeit mit den Ministerien und unter Hinzuziehung guter Beispiele anderer Bundesländer (z. B. Hessen) geschehen.

Anhebung der Pauschalen

Die Pauschalvergütung der Betreuer ist seit 2005 festgeschrieben, eine Dynamisierung nicht vorgesehen, da man so die Ausgaben genau kalkulieren kann. Die jährliche Teuerung wird hierbei nicht beachtet. Nach Aussage der Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung des DCV sind 75 Prozent der Vereine defizitär, weil die Pauschalen nicht auskömmlich sind. Grund genug, dieses Thema 2011 auf Landes- und Bundesebene publik zu machen und mit Aktionen, Berechnungen etc. den Sachverhalt zu klären und für eine Erhöhung bzw. Anpassung einzutreten. Im DiCV Paderborn wird dazu der Betriebsvergleich ausgewertet, werden Musterberechnungen angestellt, Projekte erarbeitet.

Projekt Betreuungshelfer

2011 wird im Referat Rechtliche Betreuung ein Projekt zum Einsatz von Betreuungshelfern durchgeführt. Rechtliche Betreuer haben immer weniger Zeit für die soziale und persönliche Betreuung der Betroffenen, weil sie vom gesetzlichen Auftrag her nur für die rechtlichen Belange der Betreuten verantwortlich sind. Nach unserem Leitbild und Berufsbild des rechtlichen Betreuers ist aber auch die persönliche Begleitung notwendig und gehört zur ganzheitlichen Betrachtung und Achtung des betreuten Menschen. Um diesem Aspekt mehr Raum geben zu können, sollen Betreuungshelfer die Betreuer unterstützen. Betreuungshelfer können Verwaltungskräfte sein, die beispielsweise Telefonate annehmen, Bericht schreiben o. Ä. Es können aber auch eigens eingesetzte Personen sein wie z. B. Ehrenamtliche, geringfügig Beschäftigte, Studenten, Langzeitarbeitslose, die beispielsweise Besuche und Einkäufe erledigen oder bei Arztbesuchen begleiten.

Einwohner 31.12.2009	Betreuungs- verfahren 31.12.2009	Anerkannte Betreuungs- vereine am 31.12.2009	Geförderte BtV im Jahr 2009	Landes- zuschüsse an BtV 2009	Zuschüsse je Verein im Durchschnitt	Landes- zuschüsse je 1 000 Ein- wohner 2009	Landes- zuschüsse je betreute Person 2009
2.511.525	45.474	38	0	–	–	–	–
12.510.331	187.181	134	92	314.000 €	3.413,04 €	25,10 €	1,68 €
2.249.882	38.710	14	13	94.734 €	7.287,23 €	42,11 €	2,45 €
17.872.763	302.483	187	129	843.360 €	6.537,67 €	47,19 €	2,79 €
1.651.216	33.099	26	15	136.230 €	9.082,00 €	82,50 €	4,12 €
4.168.732	73.747	31	26	363.982 €	13.999,31 €	87,31 €	4,94 €
2.356.219	47.155	20	16	240.982 €	15.061,38 €	102,27 €	5,11 €
10.744.921	108.114	77	70	1.129.201 €	16.131,44 €	105,09 €	10,44 €
7.928.815	134.533	55	51	844.870 €	16.566,08 €	106,56 €	6,28 €
6.061.951	89.827	56	54	745.000 €	13.796,30 €	122,90 €	8,29 €
661.716	10.070	5	4	128.000 €	32.000,00 €	193,44 €	12,71 €
2.832.027	49.782	20	20	582.021 €	29.101,05 €	205,55 €	11,69 €
1.022.585	19.948	12	11	225.363 €	20.487,00 €	220,39 €	11,30 €
3.442.675	58.375	14	12	776.000 €	64.666,67 €	225,41 €	13,29 €
1.774.224	23.590	9	8	930.000 €	116.250,00 €	524,17 €	39,42 €
4.012.675	69.322	116	106	2.555.554 €	24.109,00 €	636,87 €	36,86 €
81.802.257	1.291.410	814	627	9.909.297 €	15.804,30 €	121,14 €	7,67 €

In NRW gibt es die meisten Betreuungsverfahren, die Landeszuschüsse je betreute Person liegen jedoch weit unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Armut, existenzunterstützende Dienste, Allgemeine Sozialberatung

Werkstattseminar 2010

Das Werkstattseminar wird jährlich von der Abteilung Beratende Dienste, Gefährdetenhilfe und Integration im DiCV Paderborn unter einer aktuellen Schwerpunktthematik angeboten. Am 11. November 2010 hieß das Thema „Chance und Herausforderung – engagierte soziale Arbeit im Kontext von Sozialraumorientierung und ehrenamtlichem/bürgerschaftlichem Engagement, Selbsthilfe“. Neben der Einzel- und Gruppenarbeit gewinnt in der sozialen Arbeit zunehmend das direkte Agieren im Sozialraum an Bedeutung. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass Menschen sensibel und motiviert sind, freiwilliges Engagement im Sozialraum einzubringen. Die Zusammenarbeit zwischen den Freiwilligen und Hauptberuflichen gilt es zu gestalten.

Die Caritas hat in diesem Zusammenhang die drastischen Kürzungen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Bundeshaushalt 2011 kritisiert, weil es ein dramatischer Rückschritt ist, wenn sich die Förderung benachteiligter Wohnviertel nur noch auf Städtebau, nicht aber auf die soziale Infrastruktur konzentriert.

Sozialpolitischer Runder Tisch

Die Abteilung Beratende Dienste, Gefährdetenhilfe und Integration veranstaltet jährlich den „Runden Tisch“ zu aktuellen sozialpolitischen Themen. Ziel ist es, die Lebenssituation benachteiligter Menschen in den Blick zu nehmen und Lösungen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation mit Experten von Sozialleistungsträgern, aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Beratungsdiensten zu diskutieren. Anlässlich des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung wurde 2010 das Thema „Armut versteckt sich – Working Poor“ in den Blick genommen. Als „Working Poor“ werden erwerbstätige Personen bezeichnet, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, aber trotzdem nur ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze zum Leben zur Verfügung haben. Dies ist in Deutschland immer häufiger der Fall. Dr. Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung lieferte entsprechende Zahlen. Danach beziehen 22 Prozent der Beschäftigten in Deutschland ein Arbeitsentgelt unter Niedriglohnbedingungen. Erschreckend waren die Schilderungen von Caritas-Mitarbei-

tern über die Situation von Familien und Alleinerziehenden, die knapp über der Grenze zum Leistungsbezug liegen. „Verdeckte Armut“, so das Fazit, ist in Deutschland wieder ein relevantes Thema.

Existenzunterstützende Dienste

Immer mehr Caritas-Träger und Pfarrgemeinden unterhalten Suppenküchen, Kleidershops, Möbelhäuser, Tafelläden, Warenkörbe, Lebensmittelgutscheinausgaben und Sozialkaufhäuser. Angesichts einer äußerst unklaren Datenlage über die Verbreitung dieser Angebote in den NRW-Bistümern haben die Diözesan-Caritasverbände die Forschergruppe Tafelmonitor (Leitung: Prof. Stefan Selke, Furtwangen, und Prof. Katja Maar, Esslingen) mit einer Evaluation beauftragt. Diese wurde im zweiten und dritten Quartal 2010 als leitfadengestützte Nutzer- und Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Nachgegangen werden sollte u. a. der Frage, welche Wirkungen existenzunterstützende Angebote wirtschafts- und sozialpolitisch haben. Bei einer Fachtagung am 5. Oktober 2010 in Krefeld hat die Forschergruppe erste Ergebnisse der Studie vorgestellt. Die Studie



Zu den Referenten des Werkstattseminars des Diözesan-Caritasverbandes im Katholischen Centrum Dortmund gehörten (v. l.): Karin Vorhoff (Deutscher Caritasverband), Jo Bothmer (Nationale Armutskonferenz Niederlande), Christoph Gehrmann (Caritasverband Dortmund), Franz-Josef Chrosnik (Caritasverband für den Kreis Unna) und Manfred Stankewitz (Stadt Dortmund). Nicht im Bild: Ulrich Borchert, stv. Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes. (Fotos: Sauer)



Dr. Claus Schäfer vom wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (r.) referierte über die Zunahme des Niedriglohnsektors in Deutschland; CDU-Bundestagsabgeordneter Dr. Carsten Linnemann (3. v. l.) sagte zu, sich dafür einzusetzen, dass für vollzeitbeschäftigte Erwerbstätige ein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet ist.

wird im zweiten Quartal 2011 publiziert. Des Weiteren haben sich die Diözesan-Caritasdirektoren in einem Positionspapier zu den existenzunterstützenden Diensten geäußert. Die Positionen der NRW-Caritasdirektoren beziehen sich auf folgende Leitsätze:

- Armut und Ausgrenzung sind vorrangig durch den Sozialstaat zu überwinden und zu verhindern.
- Die Teilhabe (an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozessen) aller Menschen in unserem Land ist sozialstaatlich zu sichern.
- Existenzunterstützende Angebote sind Ausdruck der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft – diese Situation ist nicht akzeptabel.
- Existenzunterstützende Angebote sind nicht auf Dauer angelegt, leisten akute konkrete Hilfen und sind „Notwendend“.
- Existenzunterstützende Angebote nutzen Selbsthilfekräfte und Ressourcen der von Armut betroffenen und bedrohten Menschen und schaffen Partizipationsmöglichkeiten.

- Existenzunterstützende Angebote arbeiten im Sinne der christlichen Soziallehre am Aufbau und an der Weiterentwicklung einer solidarischen Gesellschaft.

ARMUT – ein Thema für uns?!

Impulse zur Armutsorientierung
im pastoralen und caritativen Raum

Caritasverband
für das Erzbistum
Paderborn e.V.

Steuerungsgruppe „Armutsorientierung der Verbände“

Diese Arbeitsgruppe des DiCV Paderborn hat als Ergebnis ihrer Arbeit einen Impulsgeber für den caritativen und pastoralen Raum vorgelegt. Der Flyer unter dem Titel „Armut – ein Thema für uns?!“ wurde vom Deutschen Caritasverband für die Umsetzung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung empfohlen und wird bundesweit nachgefragt. Der Leitfaden soll zur Armutsorientierung sensibilisieren und den Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen der Pastoral und Caritas Impulse für diese Arbeit gegeben werden. Mehr Infos unter: <http://www.caritas-paderborn.de/41889.html>

Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung / „zero poverty“

Der Diözesan-Caritasverband Paderborn hat sich an der europaweiten Unterschriften-Aktion „zero poverty“ im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung beteiligt. Die deutsche Caritas



Unterschrift gefragt: Weihbischof Manfred Grothe (links), Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig (rechts) sowie Christoph Eikenbusch, Leiter der Abteilung Beratende Dienste, Gefährdetenhilfe und Integration im Diözesan-Caritasverband, rufen zur Beteiligung an der Aktion „zero poverty“ der Caritas Europa auf.

hat gemeinsam mit 43 anderen Caritasorganisationen die europaweite Kampagne „zero poverty – gemeinsam gegen Armut“ mit vielen Aktivitäten und einer Petition gegen Armut durchgeführt. Rund 170 000 Unterschriften wurden von Caritas Europa an die belgische Ratspräsidentschaft übergeben. Im Erzbistum Paderborn haben knapp 600 Menschen die Petition unterschrieben. Leider hat sich durch das Europäische Jahr 2010 die Wahrnehmung der Nöte und Ängste von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, nicht entscheidend verändert. Eine breite Debatte über Ursachen und Auswirkungen von Armut und die zur Bekämpfung notwendigen politischen Entscheidungen wurde nicht geführt.

Aktion Lichtblicke

Die gemeinsame Aktion Lichtblicke der NRW-Lokalradios und der kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie konnte im Vorjahr einen Spendenrekord verbuchen: Fast 3,4 Mio. Euro wurden für Kinder und Familien in Not gespendet. Im Bereich der Caritas im Erzbistum Paderborn konnten 170 Hilfs- und Förderanträge vom Spendenbeirat des Vereins Lichtblicke bewilligt werden. Die Fördersumme betrug rund 200 000 Euro. Als Projekte wurden u. a. bewilligt: EMMI – Entwicklungsförderung für Mindener Migrantenkinder (CV Minden), Zusatz-Qualifizierungsbaustein „Pfleger“ zur Verbesserung der Integrationschancen von am Arbeitsmarkt benachteiligten jungen Menschen (St.-Lioba-Berufsförderungszentrum Paderborn). Erfreulich ist, dass viele Firmen, Initiativen, Privatpersonen, Prominente sehr aktiv sind, um Spendengelder einzuwerben. Beispielhaft können hier 13 Auszubildende aus sieben REWE-Märkten in Ostwestfalen

aufgeführt werden, die in Eigenregie mehr als 10 000 Euro bei Weihnachtsmärkten für die Aktion Lichtblicke gesammelt haben.

Allgemeine Sozialberatung ASB

Die Caritas setzt sich für die Menschen am Rande ein, damit sie als Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen werden und ihnen ein Zugang zu sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Angeboten ermöglicht wird. Die Referenten der beratenden Dienste im DiCV Paderborn und Vertreter der örtlichen Verbände haben sich in zwei Workshops mit der Frage konfrontiert, wie weit sie diesen Anforderungen gerecht werden. Der Fachdienst „Allgemeine Sozialberatung“ scheint ein wichtiges Bindeglied zu sein, um die Armutsfestigkeit der Dienste und Einrichtungen zu sichern. Folgende Ergebnisse leiten sich u. a. aus den Workshops und der anschließenden Beratung in der Geschäftsführerkonferenz ab:

- Durch die Zuteilung der Kirchensteuermitel an die örtlichen Verbände wird erwartet, dass jeweils vor Ort ein qualifiziertes ASB-Konzept mit allen Beteiligten erstellt und umgesetzt wird.
 - Jeder Verband hat für seine Dienste und Einrichtungen den niedrigschwelligen Zugang für „alle“ Menschen realisiert.
 - Die örtlichen Dienste und Einrichtungen klären für sich, wie sie das Thema Armut aufgreifen bzw. Armut bekämpfen wollen.
- Die Auswertung der Stichtagserhebung des Deutschen Caritasverbandes vom 23. September 2010, an der sich auch viele Beratungsstellen aus dem Erzbistum Paderborn beteiligt haben, zeigt anschaulich, welche Spannweite die Beratungsanfragen im Fachdienst ASB ausmachen. Von daher übernimmt dieser Dienst eine wichtige Lotsenfunktion.



Christoph Eikenbusch

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-309
c.eikenbusch@caritas-paderborn.de

Integration und Migration

Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 2010 war von einer heftigen Debatte um Fragen von Migration und Integration geprägt. Ausgelöst wurde sie von Thilo Sarrazins Thesen und Interpretationsversuchen mit zum Teil rassistischen Aussagen, fragwürdigen Statistiken und Hochrechnungen, in denen er durchaus bekannte Defizite und Mängel in der Integration beschreibt. Die Integrationslandschaft ist aber vielfältig und komplex, so dass die Dinge differenziert betrachtet werden müssen. Laut dem im Sommer 2010 veröffentlichten Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration ist die Integration viel

besser als ihr Ruf. Die Bevölkerung zeige einen „pragmatischen Integrationsoptimismus“ und ein „belastbares gegenseitiges Grundvertrauen“. Die Studie spricht von einer relativen Erfolgsgeschichte der Integration, die Deutschen seien keine „Integrations-Muffel“. Nach dem Sarrazin-Buch sei jedoch eine gewisse Skepsis gegenüber Migranten und der Integrationspolitik festzustellen. Diese Skepsis gilt es in der nächsten Zeit zu überwinden. Notwendig sind weiterhin eine gezielte, auch nachholende Bildungs- und Qualifikationsoffensive und die Förderung qualifizierter und bedarfsorientierter Zuwanderung.

Schwerpunkte der Arbeit

Integration von Neuzuwanderern

Zum 1. März 2010 wurden die schon lange in Aussicht gestellten neuen Richtlinien zum Bundesprogramm „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“ (MBE) vom Bundesministerium des Innern erlassen. Auch wenn hier und da noch Interpretationsbedarf besteht, ist es positiv zu bewerten, dass neben

der Gruppe der neu Zugewanderten auch länger in Deutschland lebende Zuwanderer beraten werden dürfen, die „einen einem Neuzuwanderer vergleichbaren Integrationsbedarf aufweisen“. Dies entspricht der Realität, dass es vereinzelt Menschen mit Migrationshintergrund gibt, die auch über eine Drei-Jahres-Frist hinaus die Angebote der MBE benötigen. Die Kooperationen mit verschiedenen Akteuren rund um das Arbeitsfeld haben

sich verfestigt. Netzwerkarbeit ist ein fester Bestandteil des Aufgabengebietes.

Die Arbeit im Rahmen des Case-Managements und mit Förderplänen ist insbesondere bei den Zuwanderern eine hilfreiche Methode, die komplexe Themen- bzw. Problembereiche zu bearbeiten haben. Die Erfahrung der Berater zeigt darüber hinaus, dass sich dieses Verfahren eher bei Menschen eignet, die eine Verschriftlichung von Vereinbarungen gewohnt sind.

Integration von schon länger in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund

Da es bereits seit 2001 eine parteiübergreifende Integrationsoffensive in NRW gibt, wird die Integrationsarbeit auch nach dem Regierungswechsel als ein wesentlicher Schwerpunkt gesehen. Im Oktober kamen der neue Integrationsminister Guntram Schneider und die Staatssekretärin für Integration, Zülfiye Kaykin, nach Paderborn, um sich die vielfältige Arbeit im ländlichen Raum näher anzusehen. Im Mittelpunkt stand auch das durch die Caritas-Integrationsagentur initiierte Projekt der aramäischen Frauengemeinschaft, die einheimische, deutsche Altenheim-Bewohner betreut.



NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (2. v. l.) informierte sich in Paderborn über den Besuchsdienst aramäischer Frauen im Caritas-Altenzentrum St. Veronika. (Foto: Flüter)

Die landesgeförderten Integrationsagenturen haben ihre Arbeit in den Eckpunkten bürgerschaftliches Engagement, sozialraumorientierte Arbeit, interkulturelle Öffnung und Antidiskriminierungsarbeit weiterentwickelt. Sie werden auch in anderen Bundesländern als Erfolgsmodell gesehen.

Zur Weiterentwicklung gehören auch die Einzelberatung und eine Fortbildung zum Thema „Erstellung von Sozialraumanalysen“. Ziel ist, noch aussagekräftigere Sozialraumanalysen zu erstellen, die Grundlage für eine realistische Bedarfsorientierung sind. Bei einem NRW-Fachtag hatte der Caritasverband Minden zusammen mit dem SKM Lippstadt einen Info-Stand. Die Caritas NRW hat 2010 einen Film über die Arbeit der Caritas-Integrationsagenturen vorbereitet, um das Tätigkeitsfeld anschaulicher darstellen zu können.

Um zu einer noch bedarfsgerechteren Planung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen mit dauerhaften Ergebnissen zu gelangen, wurde das Vergabeverfahren für Landesmittel für Integrationsmaßnahmen optimiert. Ebenso wurde das Controlling für die Arbeit der Integrationsagenturen weiterentwickelt.

Im Rahmen einer Fortbildung beschäftigten sich Mitarbeiter(innen) des Fachdienstes für Integration und Migration mit dem Thema, wie eine Antidiskriminierungsarbeit der Fachdienste insgesamt gestaltet und eine Ungleichbehandlung von Zielgruppen der Arbeit verhindert werden kann. Fazit der Veranstaltung war, dass fach- bzw. fachdienstübergreifend Kooperations- und Bündnispartner im Verband im Hinblick auf eine lebenslagenorientierte und umfassende Gleichbehandlung zu suchen sind. Neben Sensibilisierung und Information sollen Präventionsarbeit und die Stärkung von Zivilcourage einen größeren Stellenwert bekommen.

Temporäre Integration von Flüchtlingen

Im April 2010 wurde die Aufnahme von 2500 irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien in Deutschland, davon 555 in NRW, abgeschlossen. Die beiden großen Kirchen haben die Hoffnung geäußert, dass sich die Bundesregierung über diese erste konkrete Maßnahme hinaus in der EU für ein dauerhaftes Resettlement-Programm für Flüchtlinge aus aktuellen Krisensituationen mit einer Quote für jedes EU-Land starkmache.

Die Flüchtlingssozialarbeit wurde weiterentwickelt. Ziele, Handlungsfelder, Probleme und Positionen wurden schwerpunktmäßig im Hinblick auf eine Bleiberechtsregelung und eine Verbesserung der alltäglichen Situation von Flüchtlingen im jeweiligen Sozialraum erörtert. Beim Thema Bleiberecht wurden kleine Fortschritte gemacht: Ein Bleiberecht für Jugendliche ist nicht mehr an einen Stichtag gebunden. Problematisch ist, dass die bisherigen Regelungen einen Großteil der langjährig Geduldeten – u. a. alleinerziehende Mütter, Alte oder Kranke – ausschließen. Die Caritas fordert weiterhin eine Regelung für Erwachsene ohne Stichtagsregelung mit erfüllbaren Kriterien.

Kirche und Caritas brachten mehrfach ihre Sorge über die Situation der 14 000 in Deutschland lebenden Roma und anderer Minderheiten aus dem Kosovo zum Ausdruck und warnten vor einer zwangsweisen Rückführung. Anfang Dezember ordnete das Ministerium des Innern des Landes NRW an, Rückführungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten in den Kosovo bis Ende März 2011 wegen der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation und Lebensbedingungen im Winter auszusetzen.

Im Herbst war die Residenzpflicht für Asylbewerber in NRW und einigen anderen Bundesländern gelockert worden. Asylbewerber dürfen sich nun im ganzen Regierungsbezirk aufhalten, so genannte Geduldete in ganz NRW.

Ende November räumte die Bundesregierung ein, dass sie eine Neufassung der Leistungssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts plane.

Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Vom Deutschen Caritasverband wurde eine Handreichung zur Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen herausgegeben. Eine bundesweite Umfrage bei den Fachdiensten für Integration und Migration der Caritas ergab, dass 33 Prozent der Migrantenorganisationen, mit denen zusammengearbeitet wird, religiös sind, wovon 61 Prozent muslimisch sind. Insgesamt ist auf Zukunft verstärkter in den Blick zu nehmen, wie man mit welchen Migrantenorganisationen gemeinsame Ziele finden und eine konstruktive Form einer Zusammenarbeit gestalten kann. Hier sind die meisten Fachdienste für Integration und Migration auf einem guten Weg. Eine Arbeitshilfe des Deutschen Caritasverbandes, die Anfang 2011 erscheinen wird, wird wichtige Hinweise und Impulse enthalten.

Übergreifende Themen

Beim politischen Frühjahrsfest der Caritas in NRW war das Referat Integration und Migration mit einem Infostand zur Integrationsarbeit der Caritas in NRW, einem Glücksrad und einem interkulturellen Quiz vertreten. Zahlreiche Besucher, darunter Politiker/Kandidaten für den Landtag und hauptamtliche Mitarbeiter der verbandlichen Caritas, konnten ihr Wissen zu Fragen von Integration und Migration testen.



Beim politischen Frühjahrsfest der Caritas in NRW war das Referat Integration und Migration u. a. mit einem interkulturellen Quiz vertreten. (Foto: privat)

„Interkulturelle Öffnung“ und „Leben in Vielfalt“ sind weiterhin wichtige innerverbandliche und gesellschaftliche Themen, die mit neuen Formen aufgegriffen wurden. Im Herbst 2010 erschien zum ersten Mal ein regelmäßig erscheinender Infobrief für Mitarbeitende im DiCV zu diesen Themen. Mitarbeitende werden aktuell informiert und zur Auseinandersetzung zu verschiedenen Aspekten von interkultureller Öffnung angeregt. Religiöse Aspekte, Anregungen für den Alltag und Humor im interkulturellen Kontext sind ebenfalls Bestandteile. Mit dem Titel „Ebenbild“ wird zum Ausdruck gebracht, dass vor Gott jedes Individuum gleich bedeutend ist, denn jeder Mensch wurde in seinem Bild geschaffen.

Mit Blick auf die interkulturelle Orientierung und Öffnung von Diensten und Einrichtungen gibt es im Infodienst der Abteilung „A2-Telegramm“ seit September 2010 eine ständige Rubrik „Gute Praxis in der interkulturellen Öffnung bzw. des Lebens in Vielfalt“, in der aus verschiedenen Fachbereichen/-diensten Beispiele von kleinen oder großen Beiträgen zur interkulturellen Öffnung vorgestellt werden.

Perspektiven

Die Diskussion um Sarrazins Buch hat von Fragen abgelenkt, um die es in nächster Zeit gehen muss, z. B. Gesundheit und Migration, Erziehungsauftrag der Familien, familiäre Unterstützung von Bildung, Verbesserung der Situation alter/älterer Menschen mit Migrationshintergrund, die humanitäre Regelung des Bleiberechts.

Schwierig bleibt die Debatte um Fragen der Migration und Integration, da auf lange Sicht zwei Diskussionsstränge in der Gesellschaft vermischt werden, und zwar die grundsätzliche Diskussion um Teilhabe und um den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft sowie die verkürzte Auseinandersetzung um die Notwendigkeit von Einwanderung und Sinnhaftigkeit von Integrationsförderung.



Marie-Luise Tigges



Heribert Krane

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-203
m.tigges@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-229
h.krane@caritas-paderborn.de

Öffentlichkeitsarbeit

Allgemeine Entwicklung

Im Jahr des „Wutbürgers“ gerieten neue Medien in den Blick, die öffentliche Empörung und breiten Protest auch ohne Zeitungen oder Rundfunk organisieren können: die sozialen Netzwerke im Internet. Nachdem die klassischen Medien ihr Informations- und Deutungsmonopol schon seit einigen Jahren an das Internet verloren haben, gehen soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter noch einen Schritt weiter: Sie sind inzwischen nachweislich geeignet, um auch soziale Aktivitäten „von unten“ zu organisieren: Behindertenverbände kartieren Städte, um beispielsweise Stolperfallen und andere Barrieren aufzuzeigen. Selbst Menschen in Katastrophengebieten informieren unmittelbar – ohne „Zwischeninstanz“ – potenzielle Spender, wo welche Hilfe am dringendsten gebraucht wird. Man spürt, dass dieses Thema die klassische Wohlfahrtspflege mit ihrem Anspruch, soziales Engagement an der Basis zu organisieren, herausfordern muss. Eine Tagung des Deutschen Caritasverbandes gab 2010

sozusagen den Startschuss, um „soziale Netzwerke“ auf die Agenda zu setzen.

Die Kommunikationsaufgaben der verbändlichen Caritas sind in diesem medialen Umfeld komplexer geworden. Neben der klassischen Presse-Information spielen interne Kommunikation (Newsletter), „Events“ (politisches Frühjahrsfest 2010) und persönliche Kontakte (z. B. im sozialpolitischen Bereich) eine immer größere Rolle. Auch die Jahreskampagne spielt in diesem „Kommunikations-Mix“ eine immer größere Rolle. Während sie sich früher auf Plakate, Werkhefte und Flyer beschränkte, sind heute Fachtagungen, Preisverleihungen (wie der Pauline-von-Mallinckrodt-Preis) oder besondere Aktionen („Experten für Genuss“) hinzugekommen.

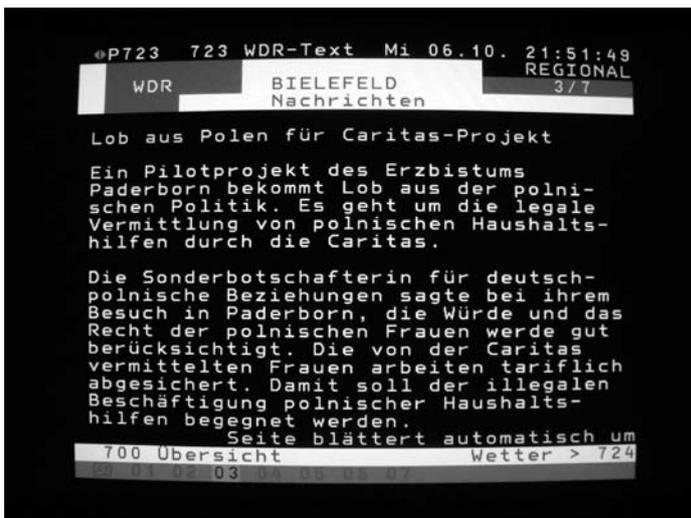
In Bezug auf eigene Caritas-Publikationen kam es 2010 zu einer Straffung des Angebotes: „Caritas im Blick“ wird nur noch als vierseitiger Mantel produziert, der zusätzlich der Zeitschrift „Sozialcourage“ beigeheftet wird.

Aufgaben

Zu den journalistischen Aufgaben der Fachstelle Öffentlichkeitsarbeit gehören die Erstellung und Verbreitung des Caritas-Presstedienstes (cpd) mit bistumsweit relevanten Nachrichten aus dem Caritas-Bereich. Hinzu kommt die Redaktion der Caritas-Publikationen sowie des Jahresberichtes „Akzente“. Weiter sind in der Fachstelle die Pflege und Weiterentwicklung des Internet-Auftritts www.caritas-paderborn.de angesiedelt. Fachliche Unterstützung bei der Erstellung von Werbe- und Informationsmaterialien sowie die Organisation des Caritas-Treffs zu Libori bilden regelmäßige Aktivitäten. Die Fachstelle Öffentlichkeitsarbeit ist erster Ansprechpartner für alle Anfragen zum Caritasverband.

Zu den Aufgaben im Sachgebiet Fundraising gehören die Bereiche Caritas-Sammlungen, -Kollekten, Lotterie, Aktion Lichtblicke, die persönliche Caritas-Mitgliedschaft sowie andere Fundraising-Aktivitäten. Einen breiten Raum nimmt die Geschäftsführung der CaritasStiftung ein.

Im Bereich der internen Kommunikation sind der Newsletter „DiCV kompakt“, das



Medien-Thema „Polnische Haushaltshilfen“: Wie hier beim WDR gab es zum Caritas-Projekt eine Fülle von Beiträgen in Fernsehen, Hörfunk und überregionalen Printmedien. (Fotos: Sauer)



In Brilon fertigen die Caritas-Werkstätten für Menschen mit Behinderung Hochsitze für die Jagd. Erstmals hielt damit eine Caritas-Nachricht auch Einzug in eine Special-Interest-Publikation (jaegermagazin.de 8.2010).

CariNet und die Datenbank KIP Schwerpunkte der Arbeit. Außerdem betreut die Fachstelle das hauseigene Archiv und die Bibliothek. Ein weiterer Dienst sind die zentrale Beschaffung und Verwaltung der Fachliteratur im Diözesan-Caritassekretariat.

Schwerpunkte der Arbeit

Pressearbeit

Genau 117 Nachrichten (2009: 99) konnten 2010 im Rahmen des Caritas-Presseendienstes cpd an die Medien weitergeleitet werden. Das größte Interesse rief zweifelsohne das Caritas-Projekt zum Einsatz polnischer Haushaltshilfen im Erzbistum Paderborn hervor. Zweimal im ZDF (WISO, 26. Juli, Sendung sonntags, 29. August) und einmal im WDR-Fernsehen (Sendung „Markt“, 30. August) – so lautet allein die TV-Bilanz des Projektes. Trotz der Kürze der Beiträge wurde das Anliegen des Projektes bzgl. legaler und fairer Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen aus Polen deutlich. Auch die „Pionierleistung“ der Caritas wurde gewürdigt. Die TV-Beiträge sind in Olpe bzw. Soest entstanden. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung widmete am 8. August dem Projekt einen ganzseitigen Beitrag.

Beachtung erzielten auch schnelle Reaktionen auf sozialpolitische Themen wie zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Hartz-IV-Regelsätzen oder zur Kritik an Ein-Euro-Jobs. Für mediales Interesse sorgen stets innovative Projekte. Neben dem Einsatz polnischer Haushaltshilfen war dies vor allem das Projekt zur Prävention von sexueller Gewalt an Menschen mit Behinderung. Das Presseecho in Tageszeitungen war quantitativ am größten in der Neuen Westfälischen (32 Abdrucke), im Westfalen-Blatt/Westf. Volksblatt (9) und in der WAZ-Zeitungsgruppe (Westfalenpost, Westfälische Rundschau, WAZ) mit neun Abdrucken. Über die Deutsche Presseagentur dpa konnten vier Meldungen landesweit in Printmedien verbreitet werden. Die WDR-Landesstudios Bielefeld, Dortmund und Siegen nahmen 19 Meldungen in ihre regionalen Radionachrichten auf, eine deutliche Steigerung zu 2009 (6 Meldungen).



Ein Ort zum Wohlfühlen: Caritas-Treff zu Libori 2010

Interne Kommunikation

Auf ein positives Echo stößt der neue Newsletter „DiCV kompakt“, der einmal pro Monat erscheint und per Mail an Gliederungen, korporative Mitglieder und Kooperationspartner verschickt wird.

Die Datenbank KIP wurde durch neue Funktionalitäten ergänzt. So ist es jetzt möglich, gezielt nach der Rechtsform von Trägern und deren verbandlichem Status zu suchen. KIP speichert die Daten von rund 750 caritativen Trägern im Erzbistum mit 1900 Diensten und Einrichtungen. Für das ehrgeizige Projekt der bundesweiten „Caritas-Webfamilie“ wurden die Adressdaten der Zentralstatistik des DCV und des CariNets abgeglichen und bereinigt. Demnächst sollen die Adressdaten aus dem CariNet in den bundesweiten Internet-Auftritt der Caritas einfließen.

Veranstaltungen

Der Caritas-Treff zu Libori ist ein bewährtes Instrument der Kommunikation. Rund 15 000 Kirmesbesucher und Caritas-Interessierte konnten auch 2010 wieder als Gäste am Kleinen Domplatz begrüßt werden. Dank der Kreativität des Berufsförderzentrums St. Lioba und der Josefsbrauerei Bigge konnten die Nachteile des inzwischen verkleinerten Platzangebotes ausgeglichen werden.

Statt auf Bierzelt-Garnituren genießen die Besucher Kaffee und Kuchen auf Gartenstühlen inmitten bunter Blumenpracht. Dazu gibt es Infos und Aktionen durch Fachverbände und Arbeitsgemeinschaften der Caritas.

Erstmals haben 2010 die NRW-Diözesan-Caritasverbände zu einem politischen Frühjahrsfest eingeladen. Im Dortmunder Westfalenpark gab es Musik, Talk und Theater bei bestem Frühlingwetter. Medial und organisatorisch wurde die Veranstaltung durch die Fachstelle Öffentlichkeitsarbeit begleitet.



Jürgen Sauer

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-311
j.sauer@caritas-paderborn.de

Fundraising

CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Vorstand der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn insgesamt 17 Förderanträge genehmigt. Genau 32 765 Euro wurden zur finanziellen Förderung von sozialen Projekten und Initiativen im Erzbistum Paderborn bereitgestellt.

Wechsel im Amt des Vorstandsvorsitzenden

Karl Jürgen Auffenberg ist im Oktober 2010 zum neuen Vorstandssprecher der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn berufen worden. Er löst Franz Josef Klein ab, der das Amt des Vorstandssprechers sechs Jahre lang innehatte. Klein hat als Gründungsvorsitzender der CaritasStiftung maßgeblich ihren Aufbau beeinflusst. Der neue Vorstandssprecher Karl Jürgen Auf-



Freuen sich über das neue Fahrzeug für die Speisenkammer der Caritas-Konferenz Salzkotten: Uwe Sieling, Ingrid Bauschke, Dr. Dirk Lenschen von der CaritasStiftung und Dietmar Schaudt. Die Anschaffung wurde von der CaritasStiftung mit 2 000 Euro gefördert. (Foto: Marius Thöne/Westfalen-Blatt)

Auswahl geförderter Projekte

Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Caritas-Konferenz Oerlinghausen	Einrichtung einer Kleiderkammer	2 000,- EUR
CKD-Diözesanverband Paderborn	Wie altenfreundlich sind unsere Gemeinden? (Publikation)	2 500,- EUR
Katholischer Sozialdienst Hamm	Stärkung der Finanz- und Handlungskompetenzen von Jugendlichen	3 000,- EUR
Caritasverband Paderborn	Tanzprojekt für Kinder mit Migrationshintergrund	620,- EUR
Caritasverband Lünen	„Balu und Du“. Junge Erwachsene begleiten Kinder aus sozial schwachen Familien.	3 500,- EUR
Caritasverband Minden	„Miki“ – Erziehungskompetenzen von Migrantinnen	3 500,- EUR
Caritasverband Herne	Energiesparservice: Qualifizierung von Arbeitslosen zu Energiesparberatern	3 500,- EUR
Caritas-Konferenz Salzkotten	PKW für Speisenkammer	2 000,- EUR
Kath. Hospizverein Marsberg	Ausstattung eines Gesprächszimmers	750,- EUR
SKM Lippstadt	Malprojekt für benachteiligte Kinder	500,- EUR

Sammlungen, Kollekten im Erzbistum Paderborn, Aktionen „Lichtblicke“, „Restcent“

Ergebnisse der Caritas-Sammlungen

Jahr	Sommer-sammlung	Advents-sammlung
2005	1 050 500 €	1 381 575 €
2006	1 014 098 €	1 368 262 €
2007	981 611 €	1 328 004 €
2008	963 364 €	1 295 276 €
2009	912 719 €	1 275 295 €
2010	879 048 €	*

Ergebnisse der Caritas-Kollekten

Jahr	Februar-Kollekte	September-Kollekte
2005	135 074 €	220 561 €
2006	157 974 €	198 516 €
2007	146 898 €	209 161 €
2008	141 319 €	185 754 €
2009	135 579 €	191 251 €
2010	129 958 €	181 449 €

Persönliche Caritas-Mitglieder

Erzbistum Paderborn

Jahr	zahlende Mitglieder	Mitglieder insgesamt
2003	44 796	60 483
2004	46 146	61 368
2005	43 997	61 699
2006	41 969	59 534
2007	39 705	57 181
2008	38 422	59 845
2009	36 630	57 196

* noch nicht bekannt

fenberg wurde 1936 in Paderborn geboren. Nach Abschluss seines Jurastudiums und einigen Jahren als Referendar trat er 1967 in die Rechtsanwaltspraxis seines Vaters ein. Er ist noch heute als Rechtsanwalt tätig. Neben seiner beruflichen Karriere engagierte sich Auffenberg in verschiedenen kirchlichen Ehrenämtern.

Pauline-von-Mallinckrodt-Preis 2010

Der Pauline-von-Mallinckrodt-Preis der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn ging 2010 an ein gemeinsames Projekt des Caritasverbandes Olpe und des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Lüdenscheid-Plettenberg. Unter dem Titel „Generationen Hand in Hand“ begleiten im Kreis Olpe Senioren als „Patinnen“ und „Paten“ Kinder und Jugendliche aus prekären Familiensituationen. Ziel des Ehrenamtsprojektes ist es, die Zukunftsperspektiven der Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Gleichzeitig bietet das Projekt älteren Menschen eine sinnvolle und herausfordernde Aufgabe. Der Preis wurde im Rahmen des Caritas-Tages in der Libori-Festwoche durch Weihbischof Manfred Grothe verliehen.

Caritas-Mitgliedschaft

Rund 36 000 Personen unterstützen im Erzbistum Paderborn mit ihren Mitgliedsbeiträ-



Weihbischof Manfred Grothe (rechts) dankte dem ausscheidenden Vorstandssprecher der CaritasStiftung, Franz Josef Klein (Mitte), und begrüßte dessen Nachfolger Karl Jürgen Auffenberg. (Foto: Sauer)

gen die Caritasarbeit. Die Beiträge verbleiben zu einem Drittel vor Ort und werden für die ehrenamtliche Arbeit in den Pfarrgemeinden eingesetzt. Ein weiteres Drittel erhält der örtliche Caritasverband zur Finanzierung von Hilfen, für die es keine oder nur eine unzureichende öffentliche Förderung gibt. Das letzte Drittel erhält der Diözesanverband der Caritas-Konferenzen, der damit unter anderem Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche ermöglicht.

Aktion „Restcent“

Dass auch kleinste Cent-Beträge große Hilfe bringen können, beweist die Aktion „Restcent“: Genau 44 625,76 Euro sind seit Beginn der Aktion im Jahr 2007 gespendet

worden. Rund 14 000 Euro kamen allein 2010 im Erzbistum Paderborn zusammen. Über 2 000 Mitarbeiter in katholischen Krankenhäusern, Altenheimen und anderen caritativen Einrichtungen spenden bei jeder Gehaltsabrechnung die Cent-Beträge hinter dem Komma für die Tschernobyl-Hilfe der Caritas. An der Aktion beteiligen sich der Diözesan-Caritasverband Paderborn, die Caritasverbände Büren, Dortmund und Witten, die Caritas-Altenhilfe Dortmund, das St.-Ida-Altenpflegeheim in Lippetal, das St.-Walburga-Krankenhaus in Meschede, der Sozialdienst katholischer Frauen Arnsberg und das Meinwerk-Institut Paderborn.

Aktion „Kleine Münzen – große Hilfe“

Die Caritas in NRW hat nach mehrjähriger Unterbrechung die Restdevisensammlung „Kleine Münzen – große Hilfe“ wieder aufleben lassen. Im Erzbistum Paderborn sind im Laufe des Jahres 2010 rund vier Zentner Urlaubsmünzen und -scheine sowie D-Mark-Restbestände im Rahmen der Aktion zusammengetragen worden. Nach Auszählung und Umtausch des Geldes ergibt sich ein Erlös in Höhe von 3 286,24 Euro. Die Spenden kommen dem Ferienhilfswerk der Caritas zugute.



Beim Caritas-Tag in der Libori-Festwoche präsentierten sich 13 Projekte, die sich für den Pauline-von-Mallinckrodt-Preis der CaritasStiftung beworben hatten. Das Rennen machte das Projekt „Generationen Hand in Hand“ aus dem Kreis Olpe. (Foto: Sauer)



Dr. Dirk
Lenschen

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-227
d.lenschen@caritas-paderborn.de

Personal- und Organisationsentwicklung

Allgemeine Entwicklung

Caritas und Pastoral

Die geplanten größeren pastoralen Räume im Erzbistum Paderborn werden die katholische (Struktur-)Landkarte sichtbar und nachhaltig verändern. Für die Caritas bedeutet dies, die relevanten Quartiere nicht aus dem Blick zu verlieren und die Verzahnung mit der Pastoral weiter zu verstärken. Gleichsam besteht die Chance, caritative Einrichtungen noch mehr als bisher als pastorale Orte zu verstehen. Dafür gilt es, die Mitarbeitenden auf diesem Weg einer intensivierten kirchlichen Profilierung zu fördern und zu bestärken. Das bedeutet aber auch, neue Wege der Seelsorge auszuloten, zumal die Pastoralteams den Balanceakt zwischen Prioritäten und Posterioritäten bestehen müssen. Der Diözesan-Caritasverband wird in diesem prozesshaften Wirken Instrumente der Begleitung zur Verfügung stellen müssen. Auf Dekanatssebene sind es die Caritas-Koordinatoren, die Netzwerke fördern und unterstützen. In den Einrichtungen vor Ort werden die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen, indem pastorale Orte entstehen oder aber noch sichtbar werden (vgl. auch den Bericht zum Fachdienst Caritas-Koordination).

„Berufen zur caritas“

Die deutschen Bischöfe unterstreichen in ihrem Grundlagendokument „Berufen zur caritas“ (2009): „In ihr [der Caritas] wird die ganze christliche und kirchliche Existenz zentriert“ (Die deutschen Bischöfe Nr. 91, S. 52). Insofern hat caritatives Engagement immer auch etwas mit der Dimension der Berufung zu tun. Im Zuge weitreichender struktureller Veränderungen hat auch Erzbischof Becker dazu aufgerufen, die Berufung aller Getauften spirituell neu zu durchdringen und zu reflektieren. Dieses diözesane Schwerpunktthema gilt gleichermaßen für Ehrenamtliche und Hauptberufliche.

Im Sinne der Profilbildung von Einrichtungen und Mitarbeitenden wird die Fachstelle Reflexionsprozesse anzuregen und kontinuierlich den Berufungsgedanken einzubringen haben. Entscheidend wird dabei sein, die konkrete Relevanz christlicher „Berufung“ für den eigenen Lebens- und Berufsalltag herauszuarbeiten und in entsprechende tragfähige Verhaltens- und Handlungsmuster umzusetzen.

Fachkräftemangel

Die Sozialwirtschaft ist vom sich abzeichnenden Fachkräftemangel in besonderem Maße betroffen, da sie in Konkurrenz insbesondere zu eher technizierten Bereichen steht. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Unternehmen in der Sozialwirtschaft wird zur Deckung des Bedarfes auf der frühzeitigen Gewinnung und kontinuierlichen Bindung und Begleitung von Personal liegen. Für die örtlichen Träger bedeutet dies, Strategien der direkten Akquise und Instrumente der Mitarbeiterbindung vorzuhalten. Der Diözesan-Caritasverband steht eher in der Pflicht, grundsätzliches Interesse für Berufe der Caritas zu wecken und dafür auf verschiedenen Ebenen tätig zu werden.

Ethische Fragen und Herausforderungen

Die Frage nach der Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik bildete 2010 ein herausgehobenes Diskussionsthema, nachdem die bislang in Deutschland als verboten geltende PID mit dem Urteil des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofes vom 6. Juli 2010 quasi als erlaubt betrachtet wurde. Für ein klares Verbot der PID sieht der BGH Handlungsbedarf durch den Gesetzgeber. Hier ist wohl 2011 ein Gesetz zu erwarten, wobei im Vorfeld fraktionsübergreifend drei Varianten diskutiert werden. Die Deutsche Bischofskonferenz hat ihre strikte Ablehnung der Präimplantationsdiagnostik (PID) bekräftigt.

Der Deutsche Caritasverband fordert in seiner Stellungnahme vom 9. November 2010 – „Werdende Eltern und Menschen mit Behinderung unterstützen, Präimplantationsdiagnostik verbieten“ – eine ausführliche gesellschaftliche und parlamentarische Debatte zur PID und ein Verbot des Angebots und der Durchführung der PID. Ähnlich wie bei der Gesetzgebung zur „Patientenverfügung“ wird das Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens zur PID ggf. Fragen aufwerfen, wie damit in christlicher Perspektive verantwortlich umzugehen sei, wenn gleichzeitig die bislang unumstößliche Voraussetzung des christlichen Menschenbildes gelten soll, dass der Mensch vom Beginn seiner biologischen Existenz an als Person und als Träger von Menschenwürde zu achten ist. Die Fachstelle wird dies beobachten und mit den Möglichkeiten des ethischen Bildungsangebotes weiter dazu informieren.

Auslaufen des Pflichtzivildienstes

Der bis Ende Juni 2011 auslaufende Pflichtzivildienst aufgrund der 2010 politisch beschlossenen Aussetzung der Wehrpflicht bedeutet einen Systemwechsel hin zu weiteren Freiwilligendiensten.

Damit stellen sich Herausforderungen in mehrfacher Hinsicht:

- Der Zivildienst muss unter den Bedingungen des am 17. Juni 2010 beschlossenen Wehrrechtsänderungsgesetzes durchgeführt werden – das ist im Wesentlichen die Verkürzung auf sechs Monate, die ab dem 1. 12. 2010 durchgeführt wird.
- Die Weichen für den Wechsel in ein Freiwilligenkonzept müssen gestellt werden.
- Die staatlich-politische und verbandspolitische Diskussion über den neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist zu beobachten und mitzugestalten. Kurzfristig sind für 2011 Konzepte zu entwickeln für den Einstieg in den BFD.



Der Europa-Politiker Elmar Brok gehörte zu den Referenten des Europaforums der NRW-Caritas in der Katholischen Akademie Schwerte. (Foto: Sauer)

Schwerpunkte der Arbeit

Ethisches Bildungs- und Begleitungsangebot

Unter dem Motto „Caritas ethisch verantwortet. Förderung der ethischen Kompetenz in Diensten und Einrichtungen der Caritas“ hat die Fachstelle ihr Selbstverständnis auf den Themenbereich Ethik hin reflektiert und konkretisiert. Wie in den vergangenen Jahren, so werden wir auch weiterhin ethische Bildungsangebote durchführen. Besonders zu erwähnen ist die mittlerweile etablierte Fortbildungsreihe „Paderborner caritas.diskurs Ethik“ mit zwei Veranstaltungen pro Jahr, in denen medizin-pflegeethische und sozialetische Themen diskursiv bearbeitet werden.

Je nach Situation und Bedarf greifen wir aktuelle ethische Fragestellungen auf und thematisieren diese in entsprechenden Fachveranstaltungen. Auf Anfrage beraten und unterstützen wir caritative Verbände, Einrichtungen und Dienste in grundlegenden Fragen von Ethik. Ziel ist die Vermittlung ethischer Basiskompetenz für Mitarbeitende (Instrumente ethischer Reflexion, Methodenkompetenz, lösungsorientierte Fallbesprechungen etc.). Zusätzlich begleiten und unterstützen wir Einrichtungen bei der Implementierung ethischer Beratungsangebote (Ethik-Komitees, ethische Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen etc.). Als Fachstelle stimmen wir unser ethisches Bildungs- und Begleitungsangebot mit weiteren Kooperationspartnern im Erzbistum Paderborn ab.

Am 29. 9. 2010 fand in der Katholischen Akademie Schwerte der „7. Paderborner caritas.diskurs Ethik“ mit dem Thema „Sterben auf Wunsch? Positionen christlicher Ethik“ statt. Der Diskurs griff den aktuellen gesellschaftlichen Meinungstrend zum Thema „aktive Sterbehilfe“ auf. Zielsetzung der Veranstaltung war es, die Grenzbereiche der Hilfe beim Sterben in caritativen Diensten und Einrichtungen der katholischen Kirche in den Blick zu nehmen, Positionen von Betroffenen, Angehörigen und Mitarbeitenden zu diskutieren und nach einer argumentativ überzeugenden Position christlicher Ethik zu suchen. Inhaltlich wurde das Thema „Sterbehilfe“ unter juristischen Gesichtspunkten (Prof. Dr. Gerhard Kilz, Pader-

born) und moraltheologischen Aspekten (Prof. Dr. Klaus Arntz, Augsburg) bewertet. Mit Dr. Joep Douma war ein Arzt vertreten, der über das Verständnis und die Praxis von Sterbehilfe in den Niederlanden berichtete. Als Gesamtergebnis der Tagung wurde deutlich, dass es in den Diensten und Einrichtungen der Caritas niemals eine „aktive Hilfe zum Sterben“ geben kann und darf. Vielmehr müsse die palliative Versorgung von Patienten gefördert und ausgeweitet werden. Weihbischof Manfred Grothe wies auf die Notwendigkeit hin, das Sterben wieder neu als „Teil des Lebens“ zu begreifen. Es gelte nach katholischer Lehre das Prinzip der „Unverfügbarkeit des Lebens“ von der Geburt bis zum Tod.

Aufgrund der gesetzlichen Neuregelung der „Patientenverfügung“ am 1. 9. 2009 hat die Fachstelle drei Fachtagungen angeboten, bei denen die neuen rechtlichen Grundlagen vorgestellt und aus juristischer, medizinisch-ärztlicher und theologisch-seelsorgerischer Sichtweise bewertet wurden.

Religiös-pastorale Angebote

Neben dem seit vielen Jahren etablierten Klassiker „Atempause“ auf der Nordseeinsel Wangerooge bietet die Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung für Mitarbeiter in caritativen Diensten und Einrichtungen weitere religiös-pastorale Veranstaltungen an. 2010 konnten Interessierte erstmalig das neue Angebot „Im Zeichen der Muschel. Fußpilgern auf dem Jakobsweg“ nutzen. Die Konzeption des Angebots sieht vor, auf teils historischen und neu markierten Pilgerwegen die Strecke von Paderborn nach Köln in drei Jahren jeweils zu Pfingsten von 2010 bis 2012 zu Fuß zurückzulegen. Die erste Wegetappe im Jahr 2010 führte von Paderborn nach Warstein.

Bildungsangebote für Führungskräfte und Förderung der sozialen Kompetenz

Das Angebot der Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung beinhaltet diverse Fort- und Weiterbildungen zur Förderung von Schlüsselkompetenzen, die einen guten Zulauf haben. Zusätzlich konnte im Jahr 2010 eine Fortbildung zum Thema „Work-Life-Balance“ angeboten werden, die sehr gut angenommen worden ist und verstärkt nachgefragt wird. Um Führungskräfte auf ihre Tätigkeit in caritativen Organisationen vorzubereiten bzw. ihr bisheriges und zukünftiges Leitungsverhalten zu reflektieren, wird der Managementkurs „Führen und Leiten in kirchlich-caritativen Einrichtungen und Diensten“ angeboten. Ein besonderer Schwerpunkt dieses Kurses liegt dabei auf der Berücksichtigung des kirchlich-caritativen Profils, das die Einrichtungen auf besondere Art und Weise prägt.

Zivildienst(leistende)

Noch nach dem Mitte 2009 beschlossenen dritten Zivildienst-Änderungsgesetz sollte der Zivildienst zukünftig als Lerndienst deklariert und verstanden werden. Kurz darauf sah der Koalitionsvertrag vor, die Wehrpflicht auf sechs Monate zu reduzieren. Wie der Wehrdienst wurde auch der Zivildienst auf sechs Monate verkürzt. Bundesweit machten über 30 000 „Zivis“ von der Möglichkeit Gebrauch, freiwillig die Einberufungszeit auf neun Monate zu verlängern; im Erzbistum Paderborn waren es ca. 300.

Aus der Perspektive der Personalentwicklung lag es nahe, die gesetzlichen Jugendfreiwilligendienste (FSJ) im Erzbistum schrittweise auszubauen. Die Zahlen sollten in den nächsten Jahren auf das Zwei- bis Dreifache steigen, war sich der zuständige Expertenkreis im DiCV zusammen mit dem Träger des FSJ (IN VIA) Anfang 2010 einig. Denn mit

Katholische Akademie Schwerte
29. September 2010



Unterschiedliche Zugänge zum Thema Sterbehilfe boten beim „7. Paderborner caritas.diskurs“ (v.l.) der Moralthologe Prof. Dr. Klaus Arntz, der niederländische Mediziner Dr. Joep Douma und der Rechtswissenschaftler Professor Dr. Gerhard Kilz mit Moderator Dr. Thomas Günther vom Diözesan-Caritasverband. (Foto: Sauer)

dem Rückgang der Teilnehmer im Zivildienst war mit der Verkürzung auf sechs Monate zu rechnen. Trotzdem konnten die Strukturen und die Zahlen im Erzbistum Paderborn erfreulich lange relativ stabil gehalten werden. In den letzten drei Jahren waren die Zahlen im Erzbistum Paderborn wieder von 840 auf etwa 1 000 Zivildienstleistende in rund 475 anerkannten Zivildienststellen gestiegen. So konnten ganz regulär 2010 noch neun je zehntägige Einführungsseminare in Hardehausen für 186 Teilnehmer in Pflegehilfe und Betreuungsdiensten angeboten werden. Insgesamt wurden bis Ende 2010 3 526 Zivildienstleistende seit 1993 in verbandlich-fachlichen Kursen eingeführt und pädagogisch begleitet.

Qualitätsentwicklung

Als erstes von über 30 Mitgliedern des „Netzwerkes Qualität“ im Deutschen Caritasverband hat der Diözesan-Caritasverband Paderborn bereits im Frühjahr 2010 das Instrument der „Kollegialen Visitation“ im Bereich der Fort- und Weiterbildung genutzt. Vorangegangen war eine Selbstbewertung der Anbieter von Fort- und Weiterbildungen im DiCV Paderborn, die von der Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung koordiniert und begleitet wurde.

Die Visitation als anschließender Schritt dient dem kollegialen Austausch und der Beratung. Gleichzeitig handelt es sich bei der „Kollegialen Visitation“ um einen systematischen und dokumentierten Prozess zur Ermittlung bzw. Bestätigung des Entwicklungsstandes der Einrichtung.

Im Rahmen der Kollegialen Visitation im Diözesan-Caritasverband Paderborn wurden die Kernprozesse Fort- und Weiterbildung der Bildungsanbieter in den Blick genommen. Dabei bestätigte der externe Visitor, dass bereits vielfältige Verfahrensanweisungen, Standards, Vorlagen und Dokumente im Diözesan-Caritasverband vorliegen. Angestrebt wird jedoch die Angleichung bzw. weitestgehende Vereinheitlichung der Fort- und Weiterbildungsprozesse aller Anbieter im Diözesan-Caritasverband Paderborn. Hierzu sollen im Jahr 2011 weitere Grundlagen gelegt werden.

Europaforum

Am 26. und 27. Mai 2010 haben die Diözesan-Caritasverbände in NRW in der Katholischen Akademie Schwerte das seit 2003 existierende Europaforum veranstaltet. Die Verantwortung für die Durchführung lag diesmal beim DiCV Paderborn. „Europa 2020 – und die Armen? Solidarität: Zukunft für alle!“, so lautete das aktuelle Thema im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010. Mit Blick auf die Umsetzung der Strategie Europa 2020, bei der das Armutsthema ja als eines der fünf „Kernziele“ aufgenommen wurde, bleibt die Thematik für die Caritas auch in den nächsten Jahren aktuell. Dokumentation unter: <http://www.caritas-paderborn.de/57879.html#europaforum-2010>

Perspektiven und Herausforderungen

Freie Bahn für Freiwilligendienste im Erzbistum Paderborn

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD) als neuer (generationenübergreifender) Freiwilligendienst für Männer und Frauen (ab 16 Jahren) entsteht infolge des definitiv auslaufenden Zivildienstes. Insbesondere die daraus folgenden negativen Auswirkungen auf die Engagementmöglichkeiten und die Sozialisation junger Männer sowie auf die soziale Infrastruktur haben die Bundesregierung veranlasst, die Einführung des BFD zu beschließen. Die Freiwilligen „engagieren sich ... für das Allgemeinwohl, insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes“ (§ 1 BFDG).

Auch im Diözesan-Caritasverband Paderborn ist die Entscheidung für die Beteiligung am neuen BFD gefallen. Im Rahmen der Gesamtsteuerung der Freiwilligendienste durch den DiCV bleibt die Zuständigkeit für das FSJ an den Fachverband IN VIA delegiert. Die Gesetzesverabschiedung soll im Frühjahr 2011 erfolgen. Entsprechende Informationsveranstaltungen werden begleitend durch den DiCV Paderborn angeboten. Es wird angestrebt, im BFD und FSJ im Erzbistum Paderborn künftig zusammen etwa 700 Inlandsplätze für Interessierte im freiwilligen Engagement anzubieten. Dazu bedarf es neben den unverzichtbaren Initiativen der Einrichtungen für den neuen BFD auch eines internetbasierten, diözesanweit vernetzten Werbe- und Öffentlichkeitskonzeptes aller Akteure in Bereichen der Freiwilligendienste. Neben der spezifischen Kooperation des DiCV mit IN VIA in der verwaltungstechnischen Steuerung und mittel- bis langfristig sicher auch im pädagogischen Bereich des als Lerndienst zu konzipierenden BFD werden Kooperationen mit dem BDKJ, der Hauptabteilung Schule und der Abteilung Jugendpastoral/Jugendarbeit zu entwickeln sein.

Damit in engem Zusammenhang steht noch die zu lösende Frage nach den Tätigkeitsprofilen der kontingentierte Plätze. Entsprechend zu entwickelnde Einsatzprofile haben zu berücksichtigen: die Interessen der

Zielgruppe, die Interessen der Einrichtungen im Kontext ihrer Personalentwicklungskonzepte sowie die durch den Wegfall des Zivildienstes gerissenen Lücken spezifischer Hilfen für bestimmte Personengruppen.

caritas.forum Christliches Management

Neben der Gewährleistung ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit müssen Führungskräfte caritativer Organisationen dafür Sorge tragen, dass das christlich-kirchliche Profil in der Einrichtung erfahrbar ist und wirksam gestärkt wird. Entscheidungsträger sind also einem stetig zunehmenden Erwartungsdruck ausgesetzt und müssen diesem auf verschiedenen Ebenen gerecht werden. Aus diesem Grund hat sich die Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung dazu entschlossen eine neue Veranstaltungsreihe „caritas.forum Christliches Management“ einzuführen. Die erste Veranstaltung wird im Herbst 2011 stattfinden und sich mit dem Thema „Grundlegende Standards zur Realisierung des Propriums in kirchlichen Einrichtungen im Erzbistum Paderborn“ beschäftigen. Die Veranstaltungen verstehen sich im Sinne eines „Forums“ als ausgewählter Ort, der Entscheidungsträgern Reflexionsebenen bietet und an dem sich die Teilnehmenden zu themenspezifischen Inputs profilierter Referenten in kollegialer Weise beraten und austauschen können.

Ethik

Am 26. Januar 2011 ist die neue, seit Langem erwartete Handreichung „Christliche Patientenvorsorge“ (früher: christliche Patientenverfügung) des Rates der EKD, der Deutschen Bischofskonferenz und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland vorgestellt worden. Mit der Veröffentlichung wurde der Erwartung vieler Menschen Rechnung getragen, eine „Handreichung“ anzubieten, „die sich in besonderer Weise dem christlichen Glauben verpflichtet weiß“ (Geleitwort), aber keineswegs nur exklusiv für Christen gute Orientierung und Hilfe anbietet. Die Fachstelle wird dazu Informationsveranstaltungen anbieten. Die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichtes schon bekannt gemachten „Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung“ nehmen eine

wichtige Änderung vor: Anstelle der bisherigen Feststellung, „dass die Mitwirkung des Arztes an der Selbsttötung des Patienten dem ärztlichen Ethos widerspricht“, heißt es jetzt: „Die Mitwirkung des Arztes bei der Selbsttötung ist hingegen keine ärztliche Aufgabe.“ Diese Mitwirkung ist dem Arzt aber erlaubt. Das wird in der Präambel ausdrücklich klargestellt. Dort heißt es zur Begründung: „Damit werden die verschiedenen und differenzierten individuellen Moralvorstellungen von Ärzten in einer pluralistischen Gesellschaft anerkannt, ohne die Grundausrichtung und die grundlegenden Aussagen zur ärztlichen Sterbebegleitung infrage zu stellen.“ Nach katholischem Moralverständnis indessen ist und bleibt die aktive Mitwirkung beim Suizid keine ärztliche Aufgabe. Für die aktive Sterbehilfe gilt das ohnehin – denn diese ist nach wie vor in Deutschland gesetzlich verboten.

Am 21. 6. 2011 findet in der Katholischen Akademie Schwerte der 8. *Paderborner caritas.diskurs Ethik* mit dem Thema „Organspende“ (Arbeitstitel) statt. Mit dieser Veranstaltung greift die Fachstelle die aktuelle gesellschaftspolitische Diskussion um die Thematik „Organspende“ auf, diskutiert im Rahmen des Diskurses mögliche ethische Ansätze und sucht nach einer christlich verantwortlichen Position. Das Thema der Veranstaltung wurde mit dem Diözesanen Ethikrat abgestimmt und wird in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn durchgeführt.

Der *zweite caritas.diskurs 2011* greift das hochaktuelle und zukunftsorientierte Thema „Freiwilligkeit“ auf. Die Vielzahl von Freiwilligenkonzepten und die Erfahrung, dass soziale Hilfen heute weitgehend professionell erbracht werden (müssen), legen die Frage nahe, wie Caritas eine „Ethik der Freiwilligkeit“ versteht. Worin bestehen – mit Blick auf das christliche Menschenbild, geschichtliche und heutige Erfahrungen – die wertbezogene Bedeutung und das Profil caritativer Freiwilligkeit? Die Veranstaltung unterstützt gleichzeitig das „Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit“ (2011).

Rahmenkonzept für die Seelsorge in Einrichtungen

Nach der Phase eines langen Dialogprozesses auf ein Rahmenkonzept der Seelsorge in Einrichtungen der stationären Hilfe hin wird es in nächsten Schritten um die konkrete Ausgestaltung vor Ort gehen. Zunächst wird es darum gehen, Träger für die neuen Möglichkeiten einer Anstellung von Seelsorgern zu gewinnen. Danach werden die Handlungsträger dieser Seelsorge zugerüstet und Formen der Begleitung entwickelt werden müssen. Dabei wird immer auch bedacht werden, wie auch Mitarbeiter von Angeboten der Seelsorge profitieren können. Dies alles wird ein wesentlicher Beitrag zur Schärfung des kirchlichen Profils von Einrichtungen sein, letztlich aber den Prüfstand aller Leitbildformulierungen darstellen, die sich dem Menschen als Mittelpunkt verschrieben haben.



Michael Mendelin
(Leiter)



Dr. Thomas Günther
(Profilbildung)



Lovely Sander
(Kompetenzbildung)



Josef Krautkrämer
(Bildungsfragen, Ethik, Zivildienst)

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-294
m.mendelin@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-296
t.guenther@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-336
l.sander@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-313
j.krautkraemer@caritas-paderborn.de

Fachdienst Caritas-Koordination in den Dekanaten des Erzbistums Paderborn

Allgemeine Entwicklung

Der Fachdienst Caritas-Koordination hat sich als relativ neuer Dienst seit 2007 schnell etabliert und findet weitestgehend Anerkennung bei allen Beteiligten im Feld. Diese Entwicklung wird durch weitere Prozesse und punktuelle Ereignisse durchaus bestätigt und zeigt, dass der Fachdienst auf einem guten Weg ist. Allein die erste Enzyklika von Papst Benedikt XVI. „Deus caritas est“ erneuerte das Denken der Kirche, ihre tragenden Säulen wieder stärker als gleichgewichtige Einheit mit gegenseitiger Durchdringung zu verstehen und in der vielfältigen und mehrschichtigen Praxis konstruktiv umzusetzen. Die deutschen Bischöfe haben diese Vorlage aufgegriffen und mit „Berufen zur caritas“ einen wichtigen Beitrag zur diakonischen Pastoral vorgelegt.

Schwerpunkte der Arbeit

In den Jahresberichten 2009 der Caritas-Koordinatorinnen und -Koordinatoren wird deutlich, dass es ein breites Panorama sehr unterschiedlicher Aktionsformen gibt. Traditionelles wird in gewohnter Weise fortgesetzt, aber auch ganz neue und innovative Formen sozial-caritativen Engagements werden ausprobiert und umgesetzt. So seien an dieser Stelle einige markante Aktionsfelder bzw. Schwerpunkte in der caritativ-sozialen Arbeit benannt:

- Begleitung und Förderung von Ehrenamt
- Aktionen gegen „Armut“
- Öffentlichkeitsarbeit in vielfältigen Formen
- Junges Ehrenamt
- Mitarbeiterschulungen mit dem Fokus auf dem Selbstverständnis der Caritas
- Vernetzungen auf allen Ebenen

Aufgrund ihrer Stellenanteile für den Fachdienst, die sich in der Regel bei 50% einer Vollzeitstelle pro Dekanat bewegen, sind die Koordinatorinnen und Koordinatoren darauf verwiesen, neben den Regeltätigkeiten selbst Schwerpunkte und Akzente zu setzen. Insofern wird auch versucht, die Konferenzstruktur und dekanatsübergreifende Vernetzung äußerst schlank zu halten. Die regionalen Treffen in den Kooperationsräumen dienen dem Erfahrungsaustausch und den dort notwendigen Abstimmungen, während die halbtägige Konferenz auf diözesaner Ebene als Informationsbörse und zur Weiterentwicklung des Fachdienstes angelegt ist. Hinzu kommt – wie im Herbst 2010 – eine eintägige gemeinsame Fortbildung.

Perspektiven und Herausforderungen

Der Fachdienst wird sich auch zukünftig verstehen als Förderinstrument eines pastoral-caritativen Netzwerkes. In einer Zeit weitreichender Veränderung kirchlicher Strukturen gilt es, die Verantwortlichen der neuen pastoralen Räume in Fragen diakonischen Handelns zu beraten und zu unterstützen. Dieser Support wird weiterhin ins Bewusstsein zu heben und hoffentlich förderlich sein auf dem Weg zu den vorgesehenen Pastoralvereinbarungen. Konkret wird das Angebot der Unterstützung des Fachdienstes in sieben Punkten beschrieben:

- Unterstützung, Planung und Begleitung einer Sozialraumanalyse. Die Sozialraumanalyse erfasst und umfasst u. a. die soziale Lage, Einkommenssituation, Arbeitslosenquote, Altersstruktur, soziale Einrichtungen und alle relevanten Fragestellungen zum jeweiligen pastoralen Raum.
- Unterstützung bei der Vernetzung mit Trägern im kirchlich-caritativen und sozialen Bereich, verbunden mit der Nutzung der vorhandenen Ressourcen.
- Sensibilisierung für soziale Themen (Armut, Migration, ...) und Menschen in sozialen Notlagen. Dazu kann z. B. auf die Erfahrungen und Erkenntnisse anderer Fachdienste und Fachverbände der Caritas zurückgegriffen werden.
- Unterstützung und punktuelle Mitarbeit bei der Entwicklung von Strukturen für die Caritasarbeit in den pastoralen Räumen.
- Förderung der Entwicklung von Caritaeinrichtungen zu pastoralen Orten.
- Förderung des freiwilligen sozialen Engagements im pastoralen Raum. Mögliche Themenbereiche sind: Alter, Krankheit und Demenz, Menschen mit Behinderung, Familien, Kinder und Jugendliche, Migration und Integration, Armut.
- Unterstützung bei der Entwicklung neuer, innovativer Ideen in der Caritasarbeit.

Das Ehrenamt wird zukünftig vermutlich zunehmend einen besonderen Stellenwert einnehmen. Ausbau, Begleitung, Organisation und Koordination von bestehenden Gruppen werden dabei eine zentrale Rolle spielen. Aufgrund der teilweisen Überlastung von Hauptberuflichen und oftmaligen Überalterung von vielen Ehrenamtlichen sind neue Formen der Gewinnung und Begleitung des Ehrenamts unverzichtbar.



Michael Mendelin

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-294
m.mendelin@caritas-paderborn.de

Fachstelle Verbandliche Koordination

Schwerpunkte der Arbeit

Politisches Frühjahrsfest

Zwei Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen feierte die Caritas in NRW erstmals ein politisches Frühjahrsfest. Unter dem Sonnensegel im Dortmunder Westfalenpark hatten die Kandidaten verschiedener Parteien Gelegenheit, in Talkrunden oder am Rande des Bühnenprogramms ihre Standpunkte zu formulieren. Der Caritas ihrerseits bot sich die Möglichkeit, ihre Anliegen angesichts ungleicher sozialer Lebensverhältnisse in NRW, aber auch anspruchsvoller eigener Zielsetzungen deutlich zu machen. Hierzu gehört z. B. die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Einen weiteren Anstoß zur Diskussion gab ein Leihobjekt aus der Ausstellung „Pflegekunst“, eine Mischung aus Fahrrad und Pflegebett: Die Pflegenden bringen die Pflege zwar in Schwung, aber steuern muss dann der Gepflegte selbst. Ihrem Namen gerecht wurde die Band der Wohnhäuser für Menschen mit Behinderung des Caritasverbandes Brilon: „gut drauf“.

Sie steuerte engagiert Musikbeiträge zum Gelingen des Tages bei. Caritas- und Fachverbände nutzten das Fest, um auch den Besuchern des Westfalenparks unterschiedliche Projekte vorzustellen.

Caritas-Tag zu Libori

Zu einem großen Familienfest der Caritas machten die rund 1 000 Besucher den *Caritas-Tag* Ende Juli: „Caritas (er-)leben. Wir feiern Libori!“ Das Bühnenprogramm war mit Kaffeehausmusik der Seniorenband „Wir vier“, Pantomime, Kabarett und Rapsongs breit angelegt. Eine Talkrunde „Zum gelingenden Altwerden“ mit Beiträgen Betroffener fand interessierte Zuhörer. Einen Einblick in die nominierten Projekte für den Pauline-von-Mallinckrodt-Preis der CaritasStiftung konnten sich die Gäste auf Plakaten verschaffen. Verstreut auf dem Gelände des Michaelsklosters boten Verbände wieder Entspannendes, Sportliches, Genüssliches und Informatives an. In Anknüpfung an das Jahresthema „Experten fürs Leben“ wurden Marmeladen, hergestellt in caritativen Altenhilfeeinrichtungen unseres Erzbistums, feilgeboten.



Orientierungspunkte
zum Ehrenamt
der verbandlichen Caritas
im Erzbistum Paderborn



Flyer „Orientierungspunkte“



Politisches Frühjahrsfest der Caritas in NRW im Dortmunder Westfalenpark: Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig mit der damaligen Landtagspräsidentin Regina van Dinter (CDU) (Foto: Pohl).



Schillers „Räuber“, aufgeführt von jungen Flüchtlingen, die von Abschiebung bedroht sind – ein Höhepunkt des Frühjahrsfestes. (Foto: Pohl)

Was heißt Ehrenamt?

Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligendienste aller Art, Freiwilligenagenturen, Ehrenamt: Die unterschiedlichsten Begrifflichkeiten kursieren, die Abgrenzungen sind vielfach nicht klar. Kein Zweifel, die Sorge besteht, dass hier neue prekäre Beschäftigungsformen kreierte werden, Ehrenamt als preiswerter Lückenbüsser dient und der Staat zunehmend Einfluss auf das Ehrenamt nehmen will.

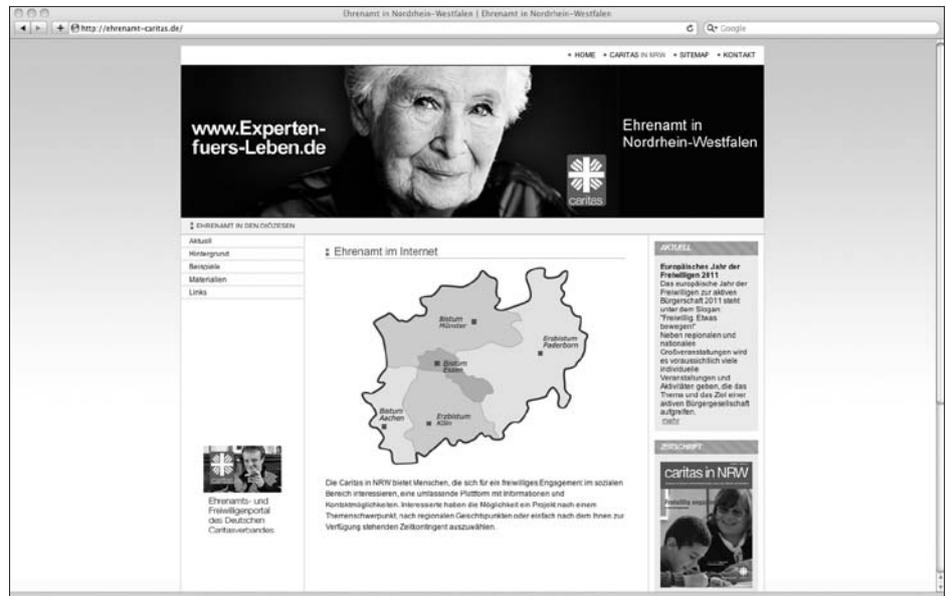
Mit den „Orientierungspunkten zum Ehrenamt der verbandlichen Caritas im Erzbistum Paderborn“, die der Vorstand und die Delegiertenversammlung des Diözesan-Caritasverbandes verabschiedet haben, wird klar: Wir verstehen unter Ehrenamt unbezahltes, freiwilliges Engagement. Das gilt für die unterschiedlichen Funktionen in den verschiedenen Organisationen und Gremien. Ehrenamt ist gekennzeichnet durch die freiwillige Gabe von Zeit, sei es im regelmäßi-



Rund 1 000 Teilnehmer konnte Weihbischof Manfred Grothe zum Pontifikalamt im Hohen Dom anlässlich des Caritas-Tages am zweiten Libori-Samstag begrüßen. (Foto: Sauer)

gen oder projektbezogenen Einsatz. Als Prinzipien für das Ehrenamt werden Freiwilligkeit und Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverpflichtung sowie Selbstorganisation, Mitsprache und Partizipation genannt. Dies alles ist anspruchsvoll und bedarf in der Konkretisierung klarer Rahmenbedingungen, von denen die Orientierungspunkte zehn Punkte benennen. Hierzu gehört auch, qualifizierte Ansprechpartner für das Ehrenamt in Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Tatsächlich gewinnt die *Ehrenamtskoordination* eine wachsende Bedeutung. Dem trägt die Caritas in NRW durch ein gemeinsames Projekt „win-win für Alle! Ehrenamtsmanagement – eine neue Herausforderung für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft“ Rechnung. In fünf Ausbildungskursen sollen bis Ende 2012 100 Ehrenamtskoordinatoren in Alten-, Behinderten-, Gesundheits-, Kin-



Das neue Ehrenamtsportal www.ehrenamt-caritas.de



Caritas-Tag zu Libori: Für ausgelassene Stimmung sorgte Kabarett mit „Hedwich“ (Anja Geuecke). (Fotos: Sauer)

der- und Jugendhilfeeinrichtungen sowie in Verbänden und Initiativen in NRW geschult werden.

Im Bereich des DiCV Paderborn wurde dem wachsenden Bedürfnis nach Austausch von Erfahrungen bereits aktiver Ehrenamtskoordinatoren durch ein Gesprächsforum Rechnung getragen, das in den kommenden Jahren fortgesetzt wird.

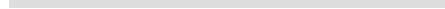
Zum Jahresende wurde das neue *Ehrenamtsportal* unter www.ehrenamt-caritas.de freigeschaltet. Die Ehrenamts-Datenbank gibt Interessierten die Möglichkeit, caritative Projekte in ihrer Nähe zu finden, für die Ehrenamtliche gesucht werden. Projektträger ihrerseits können eigene Projekte einstellen lassen.



Matthias Krieg

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-213
m.krieg@caritas-paderborn.de



Diözesaner Ethikrat

Aufgaben

Der Diözesane Ethikrat hat den Auftrag, ethische Fragen, die sich aus der Praxis der caritativen Arbeit ergeben oder die er für bedeutsam erachtet, in gemeinsamen Beratungen der verschiedenen Disziplinen zu erörtern und Empfehlungen zu erarbeiten. Er unterstützt die Einrichtung und Arbeit von Ethik-Komitees auf Trägerebene sowie die ethischen Fallbesprechungen in Einrichtungen und Diensten.

Eine Befragung der Träger der katholischen Einrichtungen und Dienste im Erzbistum hat gezeigt, dass im beruflichen Alltag vielfältige ethische Probleme gelöst werden müssen. Bei der ethischen Fundierung dieser Lösungen erhoffen sich die Träger Unterstützung. Ebenso benötigen sie geeignete Instrumente zur Bearbeitung ethischer Fragestellungen.

Schwerpunkte der Arbeit

Nach der Veröffentlichung der Empfehlung „Ernährung von Patienten mit fortgeschrittener Demenz“ widmete sich der Diözesane Ethikrat 2010 insbesondere der Aufgabe, die ethische Beratung in den Diensten und Einrichtungen zu fördern und die Mitarbeiter zu unterstützen, die dazu notwendigen Basiselemente ethischer Kompetenz zu erwerben und weiterzuentwickeln. Das hierzu entwickelte Curriculum unterzog der Ethikrat nach einem ersten Erprobungsseminar nochmals einem Praxistest. Das nun zweitägige Basisseminar wird in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Schwerte und mit Teilnehmern verschiedener Altenhilfeträger durchgeführt.

Gleichzeitig prüfte der Diözesane Ethikrat das Curriculum für Mitarbeiter katholischer Krankenhäuser. Zurzeit wird es im Prozess der Implementierung ethischer Beratungsstrukturen der St. Vincenz Gruppe Ruhr GmbH erstmalig umgesetzt. Auch dieses Seminar wird nach der Erprobung als Regelangebot der Katholischen Akademie Schwerte den Trägern zur Verfügung stehen. Wert wurde neben dem theoriegeleiteten Curriculum auf praxisorientierte Umsetzung mit ausgewiesenen Experten gelegt. So konnten für die Durchführung des Seminars Prof. Dr. Franz-Josef Bormann und Dr. Ulrich Dickmann als Mitglieder des Diözesanen Ethikrates sowie Frau Dr. Verena Wetzstein, Katholische Akademie Freiburg, gewonnen werden.

Ergänzend zu diesen Basisseminaren wirkten Mitglieder des Diözesanen Ethikrates in den Seminaren des Diözesan-Caritasverbandes „Ich verfüge selbstbestimmt!“⁴, die im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Patientenverfügung angeboten werden, aktiv mit. Insbesondere der Vorsitzende des Diözesanen Ethikrates, Dr. Horst Luckhaupt, wurde vielfach angefragt, zur Arbeit des Ethikrates und zu Themen wie Patientenverfügung, Ernährung und anderen ethischen Fragen zu referieren.

Insgesamt ist festzustellen, dass Mitglieder des Diözesanen Ethikrates vielfach angefragt werden, an Veranstaltungen zu ethischen Fragestellungen mitzuwirken. Hier ist ein besonderes Engagement der in den Ethikrat berufenen Mitglieder hervorzuheben, die ihre Aufgabe ehrenamtlich wahrnehmen.

Als weiteren Schwerpunkt berät eine Arbeitsgruppe des Diözesanen Ethikrates unter Einbeziehung von Experten politisch-gesellschaftliche Entwicklungen, hier insbesondere die Frage einer „angemessenen Entlohnung“. Grundlage der Beratung ist die 2007 durchgeführte Befragung caritativer Träger zu ihren Erwartungen an den Ethikrat. Das Spannungsfeld Ökonomie und sozialetische Verpflichtung caritativer Träger wird hier sehr deutlich. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden Anfang 2011 im Diözesanen Ethikrat diskutiert.

Am caritas.diskurs Ethik „Sterben auf Wunsch? – Positionen christlicher Ethik“ beteiligte sich der Diözesane Ethikrat in der Vorbereitung und Durchführung.

Im Mai 2010 wurde Michael Mendelin, Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung im Diözesan-Caritasverband, zum Geschäftsführer des Diözesanen Ethikrates berufen. Er folgt Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, der weiterhin Mitglied des Diözesanen Ethikrates bleibt. Herr Mendelin nimmt gemeinsam mit Frau von Germeten-Ortmann die Geschäftsführung wahr.

Der Erzbischof von Paderborn, Hans-Josef Becker, der die Einsetzung des Diözesanen Ethikrates im Jahr 2007 zunächst auf drei Jahre befristete, hat im Berichtsjahr die Befristung aufgehoben. Diese Entfristung zeigt, dass die Arbeit des Ethikrates als wichtige Einrichtung zur Beratung ethischer Fragestellungen insbesondere der Träger von Einrichtungen und Diensten im Bereich des Diözesan-Caritasverbandes positiv bewertet wird.

Perspektiven

Da sich in Deutschland viele Träger und Institutionen auf den Weg gemacht haben, ethische Themen zu beraten und Handreichungen oder Empfehlungen zu entwickeln, wird sich der Diözesane Ethikrat an einer neu gegründeten Fachkonferenz des Deutschen Caritasverbandes beteiligen, in der sich Ethikräte und -komitees austauschen. Hierdurch kann erreicht werden, dass der Wissenstransfer organisiert wird und die Erkenntnisse anderer genutzt werden können. Wie schon 2010 wird der Diözesane Ethikrat auch am caritas.diskurs Ethik verantwortlich mitwirken, diesmal zur Frage der Organspende (Juni 2011).

Not- und Strukturhilfe

Mitglieder des Diözesanen Ethikrates

Vorsitzender:

- Dr. Horst Luckhaupt,
Chefarzt der HNO-Klinik am
St.-Johannes-Hospital, Dortmund

Stellvertreter:

- Professor Dr. Gerhard Kilz,
Katholische Hochschule NRW, Paderborn

Geschäftsführung:

- Brigitte von Germeten-Ortmann,
Diözesan-Caritasverband Paderborn
- Michael Mendelin,
Diözesan-Caritasverband Paderborn

Mitglieder:

- Klaus Bathen,
Katharinen-Hospital gGmbH, Unna
- Professor Dr. Franz-Josef Bormann,
Katholisch-Theologische Fakultät,
Tübingen
- Judith Brüggemann,
St. Marien-Hospital gGmbH, Hamm
- Dr. Ulrich Dickmann,
Katholische Akademie Schwerte
- Hans Eickhoff,
Caritasverband Arnsberg-Sundern e. V.,
Arnsberg
- Björn Kölber,
Josefsheim gGmbH, Olsberg
- Josef Lüttig,
Diözesan-Caritasdirektor,
Diözesan-Caritasverband Paderborn
- Dr. Gerhard Markus,
früher: St.-Vincenz-Krankenhaus,
Paderborn
- Prof. Dr. Günter Wilhelms,
Theologische Fakultät Paderborn



Brigitte von
Germeten-
Ortmann



Michael
Mendelin

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-345
(Brigitte von Germeten-Ortmann)

Telefon 05251 209-294
(Michael Mendelin)

Russland – Hilfe für Straßenkinder im Königsberger Gebiet

Auch im Laufe des Jahres 2010 konnten wir das von polnischen Katharinschwestern geleitete Haus der Königsberger Caritas in Mamonowo, dem ehemaligen Heiligenbeil, mit 30 000 Euro aus Spenden unterstützen. In dem „Haus der seligen Regina Protmann“ sind 15 Straßenkinder im Alter von 8 bis 18 Jahren untergebracht. Rund weitere 35 Kinder und Jugendliche werden regelmäßig tagsüber versorgt und betreut. Da im Heim Räumlichkeiten für die therapeutischen und schulischen Hilfen fehlten, war die Errichtung eines Nebengebäudes dringend notwendig. Im Laufe des Jahres 2010 konnte das Gebäude nach langjährigen bürokratischen und finanziellen Schwierigkeiten errichtet und im Frühjahr 2011 in Betrieb genommen werden. Der Diözesan-Caritasverband Paderborn konnte den Bau des Nebengebäudes bislang mit rund 100 000 Euro unterstützen.

Da das Heim trotz staatlicher Anerkennung keine öffentlichen Zuschüsse erhält, müssen alle Kosten aus Spendenmitteln finanziert werden. Zur Aufrechterhaltung des Projektes werden jährlich rund 70 000 Euro benötigt.

Ukraine: Kinderferiendorf

In der Westukraine konnte unser Caritasverband das 1996 in Zusammenarbeit mit anderen nordrhein-westfälischen Caritasverbänden errichtete Kinderferiendorf für Tschernobyl-geschädigte Kinder mit 30 000 Euro unterstützen. Zusätzlich konnte die Kapazität des Kinderferiendorfes durch ein weiteres Gebäude um 70 Plätze erhöht werden. Zu der Baumaßnahme konnte unser Verband insgesamt mit 70 000 Euro beitragen. Das Kinderferiendorf verfügt nun über eine Platzzahl für die Unterbringung von bis zu 222 gesundheitlich geschädigten Kindern und Jugendlichen. Jährlich nehmen bis zu 1 000 Kinder und Jugendliche an dreiwöchigen Rehabilitationsmaßnahmen teil.

Polen: Diözese Köslin-Kolberg

Seit 1994 besteht ein Vertrag über partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen unserem Caritasverband und der pommerischen Diözese Köslin-Kolberg. Die Caritas dieser Diözese konnte mit Spenden von Bekleidung und Einrichtungsgegenständen unterstützt und beim Strukturaufbau beraten werden. Im Laufe des Jahres 2010 konnte der Caritas-



Bischof Edward Dajczak, seit 2007 an der Spitze des polnischen Ostseebistums, nimmt die Glückwünsche von Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig zum 20-jährigen Bestehen der Caritas Köslin-Kolberg entgegen. (Foto: privat)



Bewohner des Heimes St. Vincent de Paul, dessen Wiederaufbau der Diözesan-Caritasverband Paderborn durch eine einheimische Schreinerwerkstatt der Caritas unterstützen möchte (Foto: Caritas international)

Partner ein zweites Hospiz für die Aufnahme von bis zu 21 Kranken in Darlowo, dem ehemaligen Rügenwalde, an der Ostsee errichten. Die Einweihung erfolgt am 13. März 2011 durch den Bischof der Diözese, Edward Dajczak.

2010 konnte der Caritasverband der Diözese Köslin-Kolberg sein 20-jähriges Bestehen feiern. An dem Festakt im Priesterseminar in Köslin hat auch der Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig teilgenommen. Er überbrachte u. a. auch die Glückwünsche von Erzbischof Hans-Josef Becker und vom Bischofsvikar für die Caritas, Weihbischof Manfred Grothe.

Haiti: Caritas unterstützt Wiederaufbau eines Alten- und Behindertenheims

Mit rund 700 000 Euro haben im Jahr 2010 Spender aus dem Erzbistum Paderborn die Hilfen von Caritas international, dem Hilfswerk der deutschen Caritas, für die Erdbebenopfer in Haiti unterstützt. In Zusammenarbeit mit 500 lokalen und internationalen Caritas-Mitarbeitern konnte damit nach der Phase der Soforthilfe u. a. die Grundversorgung für über 80 000 Menschen sichergestellt werden. Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn beteiligt sich außerdem an einem besonderen Wiederaufbauprojekt. Es geht um das Alten- und Behindertenheim St. Vincent de Paul in der Stadt Léogâne. Die Anlage besteht aus insgesamt 22 Gebäuden, die teilweise eingestürzt sind. Auf dem Gelände sind 135 Personen untergebracht. Eine angeschlossene Schule für 400 Schü-

ler muss ebenfalls wieder errichtet werden. Der Aufbau erfolgt durch eine Schreinerwerkstatt, die in den 90er-Jahren mit Hilfe der Caritas in Gonaives, einer Stadt im Norden Haitis, eingerichtet wurde. Dort werden junge Männer im Schreinerhandwerk ausgebildet.

Rumänien

Seit 20 Jahren unterstützen wir ein Kinderheim mit angeschlossener Schule in Ineu bei Arad in der Diözese Timisoara. In der Einrichtung sind 350 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre untergebracht. Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres müssen die Jugendlichen das Heim verlassen. Waisen und Jugendliche ohne familiäre Bindung würden auf der Straße landen. Um diesen Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu bieten, wurde mit unserer Unterstützung der Ver-

Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle

In der Zentralen Gehaltsabrechnungsstelle (ZGAST) werden monatlich rund 6300 Personalfälle von 135 Einrichtungen abgerechnet. Hier sind elf Mitarbeiter mit einem Beschäftigungsumfang von 7,96 Vollzeitstellen beschäftigt. Als Abrechnungssoftware wird Kidicap über das Rechenzentrum Vollmarstein eingesetzt.

Im Jahr 2010 wurde die 2009 begonnene Prüfung der Sozialversicherung abgeschlossen. Schwerpunkt der Prüfungen war der wöchentliche Beschäftigungsumfang bei geringfügig Beschäftigten. In der ZGAST finden alle Sozialversicherungs- und Steuerprüfungen statt, so dass der Träger hiermit nicht belastet wird. Gegen die Bescheide, die teilweise Nachforderungen enthalten, wird gemeinsam mit den Trägern Widerspruch eingelegt, da einige Feststellungen rechtlich noch geklärt werden müssen.

Über die Kommunikationsplattform CariNet werden die Einrichtungen durch Rundschreiben und Kurz-Infos über alle Neuerungen informiert. Die Einrichtungen nehmen auch das Angebot der ZGAST-Info-Tagung, die am 11. November 2010 im Liborianum durchgeführt wurde, gern an.

Erstmals konnte hier auf die „neuen Anlagen“ der Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Caritasverbandes (AVR) eingegangen werden. Durch den Beschluss der Arbeitsrechtlichen Bundeskommission und die anschließende Umsetzung durch die Regionalkommission Nordrhein-Westfalen ändert sich zum 1.1.2011 die AVR für die Bereiche Ärzte, Pflegedienst im Krankenhaus, Pflegedienst in stationären und ambulanten Einrichtungen und für den Sozial- und Erziehungsdienst grundlegend. Seit November 2010 sind alle Mitarbeiter in der ZGAST mit der korrekten Umstellung und Überleitung aller Dienstnehmer der Einrichtungen beschäftigt. Hier ist jeder Personalfall individuell überzuleiten.

Anfang Dezember wurden bereits erste Schulungen zur Umstellung der AVR in Kooperation mit dem Meinwerk-Institut durchgeführt, an denen auch alle Mitarbeiter der ZGAST teilnahmen, um die Arbeit qualifiziert leisten zu können. Eine ständige Anpassung an die sich stets wandelnden rechtlichen Rahmenbedingungen ist uns ein besonderes Anliegen und wird in dem ZGAST-Team großgeschrieben.

Fast alle Einrichtungen in der ZGAST zahlten die durch die Kommission beschlossene Einmalzahlung von 15,33 % (Tarifsteigerung für das Jahr 2010) bereits im Dezember aus. Hierdurch kam die Wertschätzung der Arbeit der Mitarbeiter zum Ausdruck. Ein großes Gewicht wurde auf eine Ausweitung und Verbesserung der Dienstleistung gelegt:

- so wurde unserer Fullservice weiterentwickelt (die ZGAST übernimmt hier die Funktion der Personalabteilung),
- kontinuierlich werden die Arbeitsabläufe in Zusammenarbeit mit den uns angeschlossenen Einrichtungen optimiert,
- Standards und einheitliche Prozessabläufe werden weiterentwickelt,
- Daten in verschiedenen Buchhaltungssoftwarelösungen werden elektronisch nach den Kundenwünschen eingelesen, und
- ein Personalkosten-Controlling-Modul wurde erarbeitet und Kunden zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der guten Ergebnisse wird das Modul auf Wunsch auch allen Trägern angeboten und kann kostenpflichtig bestellt werden. Bei den Kunden wird das Grundmodul auf dem PC installiert und monatlich durch die ZGAST der geänderte Datenbestand aus dem Rechenzentrum zur Verfügung gestellt, so dass in den Einrichtungen immer der neueste abgerechnete Personalfall vorliegt. Die Dienstgeber können mit den Daten die für sie wichtigsten Auswertungen vornehmen. Kunden, die diesen Service nutzen, sind begeistert!

Die ZGAST wird auch zukünftig in Zusammenarbeit mit den Kunden auf die individuellen Wünsche der Dienstgeber eingehen, um gemeinsam die Arbeit zu optimieren. Jede Kritik und Anregung sind uns willkommen.



Norbert
Altmann



Christa
Freimuth

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-251
n.altmann@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-255
c.freimuth@caritas-paderborn.de

Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn e. V.

Verband ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gemeinden und Einrichtungen



Pastorale Perspektiven – wachsende pastorale Räume

CKD-Gruppen verstehen sich als pastorale Orte im Netzwerk der größer werdenden pastoralen Räume. Sie organisieren ihr ehrenamtliches Engagement ortsnah: in ihrem Dorf, ihrem Stadtteil, ihrer Gemeinde oder rund um ein konkretes Aufgabenfeld. Dies fördert die Überschaubarkeit der Arbeit und die Nähe der Mitarbeiter(innen) untereinander. Die verbandlichen Strukturen bieten den Rahmen, in denen sie selbstständig und selbstverantwortlich aktiv sind, unabhängig von hauptberuflichen Mitarbeitern. Durch ihre Verortung im gemeindlichen Nahraum garantieren die CKD-Gruppen die Nähe zu den Menschen. Diese Präsenz im Lebensraum verbessert die Chancen für Hilfe suchende Menschen, über die CKD-Mitarbeiter(innen) Kontakte „zur Kirche“ zu knüpfen. Nur durch diese Nähe gelingt es, die Nöte und Sorgen der Menschen zu erkennen und mit neuen Angeboten und Handlungsformen darauf zu reagieren.

CKD-Gruppen arbeiten vernetzt im pastoralen Raum, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Die Gruppen bleiben selbstständig, mit eigener Leitung, eigenem Profil und eigener Kasse. Sie streben keine Fusion an, außer es gibt gute Gründe dafür, über die

sie selbst entscheiden. Sie koordinieren ihre Arbeitsfelder, tauschen sich aus, erstellen gemeinsame Programme und arbeiten dort zusammen, wo es das Angebot erweitert oder Arbeitserleichterungen schafft. Die Pastoralverbundsleitung muss eingebunden werden, ohne die Hauptamtlichen mit Terminen zu überfordern. Es muss möglich sein, sich von manchen Arbeitsformen zu verabschieden und Neues zu entwickeln und auszuprobieren – und vielleicht auch mal eine „Bauchlandung“ zu machen.

Die neuen pastoralen Räume umfassen oft viele und unterschiedliche lebensräumliche Wirklichkeiten. Die Erfahrungen und Beobachtungen der CKD müssen bei der Entwicklung pastoraler Konzepte berücksichtigt werden. Damit dies gelingt, sind eine transparente Kommunikation und verbindliche, klare Regelungen notwendig. Die CKD-Gruppen können einen Ansprechpartner benennen, der ihre Interessen in den pastoralen Gremien vertritt und einbringt.

Die mangelnde Transparenz und Kommunikation vor Ort erschweren die Bereitschaft der Ehrenamtlichen, sich auf die jeweiligen Prozesse einzulassen: Oft genug erfahren engagierte Mitarbeitende der CKD erst aus der Presse, was sich in ihrem pastoralen Raum tut. Auch trifft die Bereitschaft,

sich einzubringen, nicht immer auf offene Ohren der Pastoralverbundsleitung. Erlebt wird oft ein „Fusionsdruck“: Die Pastoralverbundsleiter wollen Gruppen fusionieren, um für sich selbst Termine einzusparen. Auch ist immer öfter ungeklärt, wer für die geistliche Begleitung der CKD und für das Thema Caritas im pastoralen Raum zuständig ist. Immer wieder sind die neuen Strukturen der Auslöser von „Konto-Krisen“: CKD-Konten werden ohne Absprache zusammengelegt oder umgeschrieben. Die CKD-Geschäftsstelle muss hier oft klärend eingreifen.

Jahreskampagne „Experten fürs Leben“

Die Jahreskampagne des Deutschen Caritasverbandes „Experten fürs Leben“ wurde von uns in den Diözesanräten und in vielen regionalen Arbeitskreisen bearbeitet. Besonders spannend und arbeitsintensiv war die Erstellung der Arbeitshilfe „Experten fürs Leben – Teilhabe im Alter ermöglichen“. Diese von Ehrenamtlichen der CKD zusammengestellte Arbeitshilfe soll den Blick schärfen: Wie altengerecht sind unsere Gemeinden? Der erste Teil bietet eine „Checkliste“, um die Teilhabemöglichkeiten für alte Menschen zu überprüfen. Der zweite Teil weitet den Blick auf das Gemeinwesen und damit auf die politische Ebene. Zum Schluss werden Ideen vorgestellt, wie Altenarbeit interessant und generationenübergreifend gestaltet werden kann. Die Arbeitshilfe hat ein breites Echo in der Öffentlichkeit erhalten. Größere Presseartikel erschienen bundesweit dazu. Bestellungen kamen aus dem ganzen Bundesgebiet.

Behördenbegleitung

Auch im Jahr 2010 haben Ausbildungskurse stattgefunden, und zwar in der Region Minden und im Dekanat Südsauerland. Ergänzt wird das Angebot durch Praxisgespräche für bereits tätige Behördenbegleiter(innen). Hier wird die enge Kooperation mit anderen Trägern (Caritasverband, SkF/M) gesucht, um die Einsatzmöglichkeiten auszubauen. Vor dem Hintergrund der ersten Erfahrungen wurde das Konzept weiterentwickelt. Zu diesem Thema erschien ein Artikel im „Handbuch für Ehrenamtliche: Menschen am Rande“ und im Caritas-Jahrbuch 2011. Außerdem stellte der Diözesanvorstand das



Infostand zum Projekt Behördenbegleitung (Foto: Pohl)



Links: Mentorenausbildung im Projekt „RuT – Rat und Tat“. Rechts: Ehrenamt tut gut – bei der Landesgartenschau im sauerländischen Hemer besucht auch Weihbischof Manfred Grothe den Aktionsstand der CKD. (Fotos: privat)

Projekt beim Caritas-Kongress in Berlin mit einem Stand vor. Auch beim politischen Frühlingsfest im Westfalenpark Dortmund und am Caritas-Tag in der Libori-Woche war der Info-Stand im Einsatz.

RuT – Rat und Tat. Das Mentorenkonzept der CKD

Im ersten Ausbildungskurs für Mentorinnen und Mentoren der CKD im Herbst 2009 wurden fünf Mentor(inn)en in zwei zweitägigen Ausbildungsmodulen qualifiziert. Diese kamen im Jahr 2010 zum Einsatz, denn nach

zögerlichem Start entschieden sich mehrere CKD-Gruppen für eine RuT-Begleitung. Vorgespräche, erste Klärungen mit der CKD-Geschäftsstelle, die Auswahl eines „passenden“ Mentors und die Kontraktgestaltung kennzeichneten die Startphasen. Die Praxistage für die ausgebildeten Mentor(inn)en erweisen sich als wichtiges Begleitelement. Ein zweiter Ausbildungskurs konnte im Herbst 2010 mit drei Mentor(inn)en durchgeführt werden, so ist der „Mentoren-Pool“ auf acht Personen angewachsen. Für Mitte 2011 ist eine Evaluation des Projektes geplant.

Öffentlichkeitsarbeit

Neben dem Infostand zur Behördenbegleitung hat die CKD einen Aktionsstand unter dem Motto „Ehrenamt tut gut“ gestaltet. Er kam bei der Landesgartenschau in Hemer zum Einsatz. Ein ähnlicher Stand wurde auf dem NRW-Tag in Siegen gestaltet. Ein „Highlight“ aus Sicht der CKD-Bundesebene war der Besuch von DCV-Präsident Dr. Peter Neher in der Caritas-Konferenz Bad Arolsen mit einer guten Presseresonanz.

Statistische Daten

Caritas-Konferenzen (mit Satzung)	524 Gruppen (524)
Caritas-Helfergruppen (keine Satzung, nur Arbeitsordnung)	168 Gruppen (169)
Ansprechpartner (keine Gruppe, aber A. in PGR oder kfd)	36 Personen (39)
Katholische Krankenhaus-Hilfe-Gruppen	51 (51)
Katholische Altenheim-Hilfe-Gruppen	40 (40)
Ehrenamtliche Hospizgruppen	22 (22)
Wechsel in der Regionalleitung	5 von 42 Regionen (3)
Wechsel in der Leitung von CKD-Gruppen	56 neue Vorsitzende (53)
Teilnehmer(innen) an CKD-Bildungsangeboten	4360 Teilnehmer (3949)

Stand 31. 12. 2010, Vergleichszahl 2009 in Klammern



Margarete Klisch
(CKD-Diözesanvorsitzende)



Annette Rieger
(Geschäftsführerin)

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-281
ckd@caritas-paderborn.de

IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit

Diözesanverband Paderborn e.V.



„Ich will aus meinem Leben etwas machen“ / Projekt Teilzeitausbildung: Wie die IN-VIA-Stiftung in der Erzdiözese Paderborn jungen Müttern hilft

Seit ihrer Gründung 2007 fördert die IN-VIA-Stiftung Angebote der örtlichen IN-VIA-Verbände und -Einrichtungen im Erzbistum Paderborn, für deren Realisierung weder genügend eigene noch ausreichend öffentliche Mittel zur Verfügung stehen. 2010 konnten mit Stiftungsmitteln Lehrmaterialien für einen Alphabetisierungskurs bei IN VIA Unna für Menschen mit Migrationshintergrund und die Anschaffung einer mit der Küche vernetzten Registrierkasse im Wochenendcafé in St. Lioba in Paderborn unterstützt werden.

Das dritte Projekt, das die IN-VIA-Stiftung ergänzend fördern konnte, waren die Vorbereitung und Begleitung junger Frauen in Teilzeitausbildung, durchgeführt von IN VIA Paderborn. In dieses Angebot gibt der folgende Bericht einen Einblick. „Den

Einstieg finden und Perspektiven öffnen“ lautet das Ziel des Landes-/EU-Programms, das es finanziell möglich macht, junge Eltern bei der Vorbereitung auf einen Ausbildungsplatz in Teilzeitform zu begleiten und ihnen auch am Anfang einer Teilzeitausbildung zur Seite zu stehen. Jessica H., 23 Jahre alt und allein-erziehende Mutter einer vierjährigen Tochter, hat genau das geschafft und ist heute eine der ersten – (noch) wenigen – Auszubildenden, die in Teilzeit zur Steuerfachangestellten ausgebildet werden. Die notwendige Unterstützung fand sie bei IN VIA Paderborn.

Der Verein widmet sich seit 2005 dem Thema Teilzeitausbildung. Zwischenzeitlich wurde die Fachberatung für Teilzeitausbildung mit Mitteln von Aktion Mensch und Mitteln der IN-VIA-Stiftung im Erzbistum Paderborn finanziert. Heute arbeitet das Projekt teilweise mit privaten Spendenmitteln. Es wurde inzwischen durch die PHINEO gemeinnützige AG ausgewählt für eine Porträtierung im Report „Auf geht’s! Wege von

der Schule in den Beruf“. IN VIA hat sich mit der Fachberatung für Teilzeitausbildung beworben, ein anspruchsvolles vierstufiges Verfahren durchlaufen und wurde schließlich von der Empfehlungskommission als besonders unterstützenswertes Projekt benannt. Mit der Porträtierung wird die IN-VIA-Fachberatung für Teilzeitausbildung in ihrer positiven Wirkung öffentlich ausgezeichnet.

Im Jahr 2010 hat die Fachberatung für Teilzeitausbildung elf junge Frauen in eine Teilzeitausbildung vermittelt und sie in diesem Prozess begleitet. Weitere Frauen stehen noch im Bewerbungsverfahren. Die jungen Eltern wollen Vorbild sein und selbst für den Lebensunterhalt der Familie sorgen. Die Ausgangsbedingungen waren wie bei den meisten jungen Müttern wenig vielversprechend. Nach dem Schulabschluss an einer Hauptrealschule hatte Jessica H. vom Lernen genug und jobbte mehrere Jahre in einer Videothek. Mit 19 Jahren kam die Tochter, und nach längerer Arbeitslosigkeit kam die Einsicht, dass sich nur mit einer qualifizierten Ausbildung der Lebensunterhalt dauerhaft sichern lässt. „Ich wollte nicht länger auf Arbeitslosengeld angewiesen sein. Ich will aus meinem Leben etwas machen“, sagt die junge Frau im Rückblick.

Über die Arbeitsagentur erfuhr sie von dem IN-VIA-Projekt und bewarb sich erfolgreich. „Für eine junge Mutter wie mich ist es ein großes Glück, dass es solche Projekte gibt. Die Mitarbeiterin ist sehr erfahren, sie nimmt uns an die Hand und öffnet Türen.“ Dass es überhaupt die Möglichkeit zur Teilzeitberufsausbildung gibt, hat sie erst hier erfahren und war sofort überzeugt, „dass das für mich die richtige Lösung ist“. Auch die Kinderbetreuung hat sie inzwischen gut organisiert und kann Ausbildung, Berufsschule und Kind problemlos miteinander vereinbaren. „Und im Notfall springen meine Eltern ein.“

Alle Teilnehmerinnen durchlaufen nach individuellem Einstieg einen Kompetenzcheck, mit dem Interessen, Erfahrungen und Fähigkeiten ermittelt werden. Daran schließt sich eine Qualifizierung an, die sich vor allem auf die Problemfächer Deutsch und Mathematik konzentriert. „Für die meisten Teilnehmerinnen liegt die Schule schon eine Weile zurück, und sie müssen erst wieder



Auch Natalie Janke, hier mit Sohn Jamie, profitiert vom Projekt „Teilzeitausbildung“ des IN-VIA-Bezirksverbandes Paderborn. (Foto: Vieler)

Kreuzbund

Diözesanverband Paderborn e. V.



lernen, sich auf Lernsituationen einzulassen“, erläutert IN-VIA-Mitarbeiterin Brigitte Mersch das Einstiegstraining. In der Vorbereitungsphase erhalten die Teilnehmerinnen einen fundierten Überblick über ihren aktuellen Kompetenzstand. Die heutige junge Auszubildende: „Dass ich beim Kompetenzcheck so gut abgeschnitten habe, hat mich in meinem Ausbildungswunsch sehr bestärkt.“

„Die IN-VIA-Mitarbeiterin hat mich ausführlich über die Teilzeiterberufsausbildung informiert und auch beim Beantragen der Berufsausbildungsbeihilfe unterstützt. Das fand ich sehr hilfreich“, so die angehende Steuerfachangestellte. Unterstützung brauchen die Teilnehmerinnen vor allem auch bei der Organisation der Kinderbetreuung und bei der Kontaktaufnahme zu Betrieben. „Nach unserer Erfahrung sind das die größten Hürden, die jungen Müttern den Übergang in eine Ausbildung erschweren“, so Brigitte Mersch. „Eine gut geregelte Kinderbetreuung hält den jungen Frauen den Rücken frei. Für Arbeitgeber bedeutet es eine enorme Entlastung, wenn sie sich auf ein funktionierendes Betreuungssystem verlassen können. Zugleich sind die Betriebe über die Möglichkeiten einer Teilzeitausbildung kaum informiert und benötigen ebenfalls eine Art Starthilfe.“



Elisabeth Keuper
(Kuratorium der IN-VIA-
Stiftung im Erzbistum
Paderborn, Vorsitzende)

Kontakt und weitere Infos

zum Projekt Teilzeitausbildung:
IN VIA Paderborn e. V.

Brigitte Mersch
Bahnhofstraße 19, 33102 Paderborn
Telefon 05251 1228-22
b.mersch@invia-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

Es ist unbestritten, dass unsere Gesellschaft ärmer wäre, wenn Selbsthilfe in unseren sozialen Strukturen nicht zum Tragen käme. Die Selbsthilfe deckt ein Bedarfsfeld ab, das sonst nicht für alle ausreichend verfügbar wäre. Sie muss daher ihren Platz im sozialen Bereich angesichts nicht ausreichender Sozialstaatlichkeit behalten und nachhaltig gefördert werden. Selbsthilfe vollzieht sich nach eigenen Gesetzen und ist gerade deswegen so erfolgreich. Sie kann und will jedoch die hauptamtliche Suchthilfe durch noch so gut gemeinte freiwillige Hilfsangebote nicht ersetzen. Die Erkenntnis der eigenen Grenzen und deren Einhaltung sind daher von großer Bedeutung für die Arbeit der Selbsthilfe.

Der Kreuzbund vermittelt Hilfe zur Selbsthilfe und praktiziert dies in seinen Gruppen. Wir verstehen uns darüber hinaus als Helfergemeinschaft für Suchtkranke und Angehörige. Dies macht deutlich, wie eng beide Begriffe miteinander verbunden sind. Der Kreuzbund ist offen für alle Menschen, wir bieten aktive Lebenshilfe, wenn nötig rund um die Uhr und für jeden zeitlich unbeschränkt zugänglich. Wenn jemand entschlossen ist, sich mit seiner eigenen Abhängigkeit auseinanderzusetzen, trifft er in unserem Lande auf ein gut organisiertes und vergleichsweise qualitativ hochwertiges Hilfesystem. Dies gilt auch uneingeschränkt für die Angehörigen.

Der Kreuzbund ist im Verlauf seiner 115-jährigen Geschichte zu einem kompetenten Partner, zu einem Markenzeichen

für ein Leben ohne Suchtmittel geworden. Dabei sind das größte Kapital die ehrenamtlichen Mitarbeiter. Es ist nicht zu übersehen: Weniger Freiwillige möchten sich langfristig binden. Die Herausforderung an die Verbände wird sein, wie wir beides, zeitlich befristetes Engagement und langfristig erforderliche Begleitung der Hilfesuchenden, in der Suchtselbsthilfe in Einklang bringen. Wir werden über beide Formen, die damit verbundenen Veränderungen und Chancen ehrenamtlicher Tätigkeit nachdenken müssen. In beiden Formen jedoch fördert ehrenamtliches Engagement die Entdeckung und Ausübung von besonderen Fähigkeiten und Eigenschaften. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung.

Der Kreuzbund im Erzbistum Paderborn umfasst zurzeit 1 166 Mitglieder und unter Einbeziehung der Angehörigen, anderen Gruppen- und Gesprächskreisbesuchern über 2 600 ständige Gruppenteilnehmer. Dazu kommen im Verlaufe des Jahres Erstkontakte auf allen Ebenen des Verbandes im hohen vierstelligen Bereich. Mit 109 Selbsthilfegruppen und 24 Gesprächskreisen ist unser Verband ein wesentlicher Faktor der Suchthilfe im Erzbistum Paderborn. Zum fairen Verständnis einer langjährigen, vertrauensvollen Zusammenarbeit ist dabei festzuhalten, dass unser Diözesanverband mit all seinen Gruppierungen seine Aufgaben mit Unterstützung kirchlich-/caritativer, politisch-/kommunaler und anderer Partner auch im vergangenen Jahr gut erfüllen konnte.

Perspektiven

Die bewährte Gruppenarbeit unter Einbeziehung der Partner und Angehörigen wird auch in der Zukunft die Grundlage der erfolgreichen Arbeit des Kreuzbundes sein. Durch die zunehmende Zahl mehrfachabhängiger Menschen und auch die zunehmende Zahl allein lebender Menschen werden neue Herausforderungen auf uns zukommen. Sie werden es notwendig machen, die je nach Alter und Person unterschiedlichen Probleme gemeinsam anzugehen und dabei für jeden eigene Lösungen zu erarbeiten. Gerade junge Menschen haben anders als Menschen, die in späteren Jahren eine Abhängigkeitserkrankung entwickeln, in der Regel mit dem Suchtmittelkonsum zunächst in einer experimentierenden Form begonnen.

Suchtmittel erleichtern dabei die Kontaktaufnahme zu Gleichaltrigen in einem Lebensalter, in dem weitreichende Entwicklungsstufen im Vordergrund stehen wie der Aufbau von Freundschaften, Beziehungen, Ausbildungs- und Lebensplanung und damit

die Entwicklung und Erprobung eines eigenen Wertesystems. Menschen, die in diesem Alter über das übliche Experimentierverhalten hinausgehen und in die Gefahr einer Abhängigkeitserkrankung gelangen oder in sie hineingeraten, haben diese Entwicklungsstufen in der Regel nur unzureichend bewältigt. Es wird verstärkt darauf ankommen, sie in ihren eigenen Lebenswelten zu erreichen und gemeinsam mit ihnen Wege zu finden, sie in die bestehenden Gruppen zu integrieren oder für sie eher eigene Formen der Gruppenarbeit, der Gestaltung der Freizeit zu entwickeln. Damit es so weit erst gar nicht kommt, sollten wir Prävention und Hilfen für Kinder aus suchtbelasteten Familien verstärkt anbieten mit dem Ziel, für jedes Kind das Risiko, später selbst suchtkrank zu werden, zu minimieren. Die Familie als wichtiger Bestandteil der Suchthilfe wird dabei an Bedeutung weiter zunehmen.

Die Zahl der älteren Menschen in unserer Gesellschaft nimmt ständig zu. Wir brauchen für sie mehr als bisher eigene Angebote, deren Schwerpunkte in einer sinnvollen,

aktiven Lebensgestaltung liegen. Wie sehen wir Hilfen für Menschen, die ihr Leben dauerhaft oder für längere Zeiträume nicht allein gestalten können und z. B. betreut wohnen? Von Bedeutung wird sein, wie der Kreuzbund seine Rolle in der Gesundheitsförderung durch Angebote im Freizeitbereich und zu sportlicher Betätigung definiert. Es gilt aber auch: Müssen wir auf allen Gebieten dabei sein oder uns auf einzelne Gebiete beschränken und konzentrieren? Wir arbeiten an Konzepten und Antworten, um unsere Zukunft weiter selbst zu gestalten.



Rudolf Gattwinkel
(Diözesanvorsitzender)

Kontakt und weitere Infos
Telefon 0231 141389



Die bewährte Gruppenarbeit wird auch in Zukunft die Grundlage der erfolgreichen Arbeit des Kreuzbundes sein. (Foto: Kreuzbund)

Malteser-Hilfsdienst im Erzbistum Paderborn e. V.



Für die ehrenamtlichen Dienste in ihren 39 Standorten können die Malteser im Erzbistum Paderborn für das Jahr 2010 wieder positiv Bilanz ziehen. Über 3600 aktive Helferinnen und Helfer, unterstützt von 1400 passiven und 63000 Fördermitgliedern, setzten den Malteserleitsatz „Bezeugung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen“ in vorbildlicher Weise um. Mit 11000 neuen Fördermitgliedern belegten die Paderborner beim Neuzugang einmal mehr Rang 1 unter allen Diözesanverbänden.

Mit dem Wechsel in der Diözesangeschäftsführung von Dominik Spanke auf Mirjam Weisserth im Juli letzten Jahres sowie nach zahlreichen Verrentungen stand ein umfangreicher Personalwechsel in der Diözesangeschäftsstelle im Vordergrund. Damit verbunden war auch eine engere Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Malteserdiensten, insbesondere in der Verwaltung und Notfallvorsorge.

In der *Notfallvorsorge* zeigte sich ein weiterer Anstieg der Sanitätsdiensteinsätze. Negativer Höhepunkt war die Loveparade in Duisburg, bei der die Malteser als erste Retter am Unglücksort hervorragende Hilfe

leisteten, aber auch einigen Besuchern leider nicht mehr helfen konnten. Für viele Einsatzkräfte bedeuteten diese Erlebnisse eine psychologische Überlastung, die eine intensive Nachsorge erforderlich machte. Im Katastrophenschutz konnte die Helferzahl um 57 auf 817 gesteigert werden. Thorsten Heß und Tillman Castillo-Romero wurden als neue Referenten als Nachfolger von Franz Anton Becker eingeführt.

Die Teilnehmerzahlen in den *Erste-Hilfe-Ausbildungen* blieben konstant. Die Aus- und Fortbildungen im sozialpflegerischen Bereich sind dagegen gestiegen. Das Angebot „Abenteuer Helfen“, Erste Hilfe in Kindergärten und Grundschulen, führt Kinder schon früh an die Malteseraufgaben heran und trägt auch zur Nachwuchsgewinnung bei. Neuer Ausbildungsreferent ist Torsten Krause.

Für die *Malteser-Jugend*, organisiert in 33 lokalen Jugendgruppen, waren die Teilnahme am Diözesanpfingstzeltlager in Soest und am Bundesjugendlager in Vechta wichtige Höhepunkte. Bei der Nikolaushilfe (Sozialaktionen für Bedürftige, Ältere und Kranke) belegten die Paderborner mit 25 von 200 Aktionen zum wiederholten Mal Platz 1 im Bistumsvergleich. Als neue Jugendrefe-

rentin trat Katrin Pape die Nachfolge von Magdalena Wecker an. Sie ist auch für die mittlerweile 25 ehrenamtlichen Schulsanitätsdienste verantwortlich, in denen Schüler weiterführender Schulen zu Ersthelfern ausgebildet werden. Die Schulsanis des Gymnasiums St. Kaspar, Neuenheerse, konnten sich beim Bundeswettbewerb in Trier über einen hervorragenden 7. Platz freuen.

Der *Auslandsdienst* in Mittel- und Osteuropa, getragen von über 100 Ehrenamtlichen in 19 Ortsgliederungen, entwickelt sich weg von reinen Hilfsgütertransporten, hin zu Wissenstransfer, partnerschaftlichen Austauschprogrammen und zum Aufbau eigenständiger Malteserstrukturen in den Nachbarländern. Auch moderne Methoden des Fundraisings gewinnen an Bedeutung, um zukünftig der „Hilfe zur Selbsthilfe“ mehr Rechnung zu tragen. Neuer Diözesanauslandsreferent ist Thorsten Hillmann.

Hillmann hat neben der Leitung des Kinder- und Jugendhospizdienstes Dortmund die Betreuung der *sozialen Dienste* übernommen, die sich auch im vergangenen Jahr positiv entwickelten: Weitere ehrenamtliche Besuchsdienste kamen hinzu, aber auch ehrenamtliche Hausaufgabenhilfen für bedürftige Familien oder ein mobiler Einkaufsdienst für Senioren. In Dortmund konnte mit dem „Malteserruf“ als bundesweites Pilotprojekt ein telefonischer Sozialdienst etabliert werden. Alleinstehende Menschen werden dort regelmäßig von Maltesern angerufen. Die Kundenzahlen in den ehrenamtlich betreuten Standorten für Hausnotruf und den Malteser-Menüservice (Essen auf Rädern) stiegen weiter.

Neben den Diensten standen 2010 zwei wichtige Projekte im Fokus: Zu Jahresbeginn wurde die bundesweite Kooperation der Malteser mit der Deutschen Eishockey Liga (DEL) unter dem Slogan „Fit in Fair Play“ am Bundesligastandort Iserlohn mit eindrucksvollen Aktionen und unter großer Medienresonanz gestartet. Zusammen mit der ausgewählten Partnerschule, dem Walburgisgymnasium, Menden, setzten die Malteser gemeinsame Maßnahmen zur Gewaltprävention in Schulen um: Eishockeyprofis besuchten den Sportunterricht, über 800 Schüler und Lehrer nahmen an einem Eishockeyheimspiel der Iserlohn Roosters



Schulsanitäter im Einsatz (Fotos: privat)



Eishockey-Profis der Iserlohn Roosters, Schüler des Walburgisgymnasiums, Menden, und Malteser beim Hungermarsch im Rahmen der Aktion „Fit in Fair Play“

teil, und die Schule veranstaltete einen „Hungermarsch“, unter anderem zugunsten des Kinder- und Jugendhospizdienstes der Malteser Dortmund. Die Malteser bauten einen Schulsanitätsdienst auf, von dem einige Mitglieder mittlerweile in der Malteser-Jugend aktiv sind. Beim Bundeswettbewerb der 16 Partnerschulen belegt das Walburgisgymnasium den guten 4. Platz. Das Projekt gegen Mobbing und Gewalt an Schulen wurde in dieser Saison auf alle interessierten Schulen ausgeweitet (Infos unter www.fifp.net).

Als diözesanes Partnerprojekt in der Auslandshilfe kam 2010 eine *Ernährungsstation für mangel- und unterernährte Kinder* im ugandischen Maracha hinzu. Die Gesundheitsstation des St. Joseph's Hospital wird seit 1996 durch Malteser International unterstützt. Die dortigen Ärzte leisten stationäre Nothilfe, bauen die Kinder über mehrere Wochen hinweg wieder auf und führen ein Schulungsprogramm für die betroffenen Eltern durch, um dem Ernährungsproblem im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ entgegen-

genzuwirken. Die Malteser fördern diese Aufgaben nun durch diözesane und lokale Spendenaktionen. Für die Jahre 2011 und 2012 ist die Ernährungsstation offizielles Partnerprojekt der Sternsingeraktion in der Erzdiözese Paderborn.

Als großer Erfolg hat sich auch die vor-österliche *Lourdes-Wallfahrt* etabliert. Nachdem Mitglieder des Malteserordens schon seit vielen Jahren für die Betreuung schwerstkranker und behinderter Pilger verantwortlich waren, hatte der Malteser-Hilfsdienst die Organisation der Wallfahrt 2009 vom Familienbund übernommen. Die 31. „Pilgerfahrt der Generationen“ 2011 mit Weihbischof Matthias König ist mit über 800 Teilnehmern ausgebucht. Erfreulich ist die große Zahl von 180 Kindern und Jugendlichen, unter anderem aus Firmvorbereitungsgruppen, für die ein eigenes Programm gestaltet wurde.

Für 2011 wird die Konsolidierung der neuen Strukturen unter Führung des Anfang des Jahres berufenen Diözesanleiters Dr. Wolf van Lengerich aus Lichtenau im

Vordergrund stehen. Eine ehren- und hauptamtlich besetzte Arbeitsgruppe wird vielfältige Maßnahmen zur Helfergewinnung entwickeln und umsetzen.



Mirjam Weisserth
(Diözesangeschäftsführerin)

Kontakt und weitere Infos

Malteser-Hilfsdienst e. V.
Diözesangeschäftsstelle
Telefon 05251 1355-0
Telefax 05251 1355-66
malteser-paderborn@malteser.org
www.malteser-paderborn.de

Sozialdienst katholischer Frauen, Sozialdienst Katholischer Männer

im Erzbistum Paderborn



Der Sozialdienst katholischer Frauen und der Sozialdienst Katholischer Männer im Erzbistum Paderborn, das sind in Zahlen: 34 Ortsvereine, 1 866 Mitglieder, 1 689 ehrenamtliche Mitarbeiter(innen) und 1 060 berufliche Mitarbeiter(innen). Das Aufgabenspektrum umfasst allgemeine Sozialberatung, Adoptions- und Pflegekinderdienst, Armutsprävention, Hilfe für Menschen mit Behinderung, Beschäftigungsmaßnahmen, Betreuung nach BtG, Erziehungs- und Familienhilfen, Frauenhäuser, Gewaltprävention, Migration, Schuldnerberatung, Schwangerschaftsberatung, Stadtteilarbeit, Straffälligenhilfe, Suchtkrankenhilfe und Wohnungslosenhilfe. In diesen Arbeitsbereichen sind wiederum vielfältige Projekte angesiedelt, zum Beispiel:

- SKM Dortmund: „Vertrauen lernen – Perspektiven finden“, ein Projekt für arbeitslose junge Erwachsene zur Entwicklung von Berufs- und Lebensperspektiven
- SkF Gütersloh: Eltern-Kind-Treff für Personen mit Migrationshintergrund
- KSD Hamm: „Abgegeben – abgeschlossen?“ – Unterstützung von Müttern nach Abgabe leiblicher Kinder in dauerhafte Hilfeformen

- SKM Lippstadt: Musik-Projekt „Anne Frank – eine Geschichte für heute“

- SkF Paderborn „Gut und günstig kochen für Personen mit geringem Einkommen“, Kochkurs für junge Frauen

Diese fünf Projekte wurden 2010 im Rahmen der Delegiertenversammlung des SkF und SKM prämiert. Der KSD Hamm erhielt bei der Vergabe des jährlichen Innovationsförderpreises den ersten, der SKM Dortmund den zweiten Platz. Der Innovationsförderpreis wurde 2010 zum zweiten Mal verliehen.

Aus den Diözesanvorständen SkF und SKM

Die Diözesanvorstände des Sozialdienstes katholischer Frauen und des Sozialdienstes Katholischer Männer im Erzbistum Paderborn haben in der Delegiertenversammlung 2010 ihre neuen Ordnungen verabschiedet. Somit sind Inhalte, Aufgaben, Ziele und Rahmenbedingungen für die Diözesanvorstände und die DiAGs SkF und SKM neu dokumentiert und kommuniziert.

Die Mittel „Spiel 77“ wurden umgeschichtet. So blieb zwar die Unterstützung für Ausstattung, Renovierung und EDV in den Verbänden erhalten, wurde aber mit

einem geringeren Anteil ausgeschüttet. Hintergrund waren vermehrte Anfragen der Fachverbände bezüglich größerer Umbau- und Renovierungsmaßnahmen. Um die Qualität der Beratungsstellen vor Ort verbessern und auch ausweiten zu können, wurden hier neue Schwerpunkte bei der Vergabe der Mittel gesetzt. Ziel war es, den Ortsverbänden bei ihrer notwendigen Qualitätsverbesserung eine finanzielle Unterstützung zu geben. Da die SkF/SKM-Mittel „Spiel 77“ der Diözesanvorstände begrenzt sind, gibt es seitens der Diözesangeschäftsstelle eine enge Kooperation mit der Fachstelle Finanzen des DiCV Paderborn. Diese leistet bei weiterem Bedarf zusätzliche Unterstützung. Es wurden verbindliche Verfahrensabsprachen entwickelt, die Anfang 2011 ihre Wirksamkeit erhalten und von den Ortsvereinen beachtet werden müssen. Nicht nur hier waren die Diözesanvorstände des SkF und SKM involviert. Beide Vorstände konnten unter Einbeziehung der Diözesangeschäftsstelle einen Sonderfonds für die Wohnungslosigkeit auf fünf Jahre festschreiben. Die Richtlinien wurden zwischenzeitlich erarbeitet, und die Ortsvereine wurden hierüber informiert. Gefördert werden innovative Projekte in der Wohnungslosigkeit, die die Arbeit qualitativ verbessern und unterstützen. Neben einer Anschubfinanzierung für Personal werden auch Sachkosten gefördert. Die Vergabe der Mittel erfolgt erstmalig in der Herbstsitzung 2011 der Diözesanvorstände SkF und SKM.

Die Veröffentlichungen des Deutschen Caritasverbandes zu den Themen „Föderalismus“ und „Kommunalisierung“ lösten eine kritische Diskussion in den Verbänden aus. Erneut kreist alles um das Thema „Spitzenverbandsfunktion“. Die Fachverbände sehen hier nach wie vor Regelungsbedarf vor Ort und erinnern innerhalb des Diözesan-Caritasverbandes an das Kooperationspapier, was daraufhin eine Neuauflage erfährt. Die Bundesverbände SkF und SKM gaben hierzu ergänzende Stellungnahmen ab. Für die Fachverbände des SkF und SKM ist es nicht selbstverständlich, dass die Vertretung der katholischen Träger vor Ort automatisch bei den Orts-Caritasverbänden liegt. Ziel muss es sein, verbindliche Absprachen vor Ort zu erlangen, wer wann wen vertritt und Informationen zeitnah und verbindlich rückkoppelt.



Dr. Richard Böger (rechts), Vorstandsvorsitzender der Bank für Kirche und Caritas, verließ im Rahmen der Delegiertenversammlung der Sozialdienste katholischer Frauen (SkF) und Katholischer Männer (SKM) im Erzbistum Paderborn den Innovationsförderpreis der Verbände 2010 an den KSD Hamm und den SKM Dortmund. (Foto: privat)



Teilnehmer der Delegiertenversammlung (Foto: privat)



Die Diözesanvorstände betrieben 2010 aktiv Werbung zur Mitgliedergewinnung. Informationen in den Gremien, Anschreiben an die Ortsvereine, Überarbeitung des Anforderungsprofils, Durchführung von Mentorengesprächen und Anfang 2011 eine offene Diözesanvorstandssitzung sollen den Weg zur Neuwahl systematisch ebnen. Wir alle können gespannt sein. Auch die Ortsebene sollte und soll durch das Projekt ELAN (Ehrenamtliche Leitungen geben Anstoß für Nachfolge) der Diözesangeschäftsstelle SkF und SKM unterstützt werden. Inhaltlich können in diesem Projekt zusammen mit den Vorständen und interessierten Mitgliedern der Ortsvereine Bausteine entwickelt werden, die je nach Situation für die Vorstandswerbung vor Ort nutzbar sein sollen. In einem ersten Schritt wurden folgende Themenfelder abgegrenzt: Ansprachefelder, Bindung von nichtaktiven Mitgliedern/Ehrenamtlichen,

Merkmal Ehrenamtlichkeit, Wertschätzungsformen in der Arbeit. 2011 ist geplant, diese Bausteine in regionalen Treffen weiterzuentwickeln.

Aus den Ortsvereinen

Fast revolutionär war die Fusion des SkF Hamm mit dem SkF Werne. Über die Bistumsgrenze hinaus arbeitet der Frauenfachverband in den Bereichen Kinder-, Familien-, Jugendhilfe, BtG, Schwangerschaftsberatung, Schuldnerberatung, Stadtteilarbeit, Arbeits- und Beschäftigungsprojekte und Gewaltprävention. Der SKM Hamm weitete sein Feld infolgedessen aus. Beide Verbände firmieren heute in Kooperation mit dem SKM Hamm unter dem Namen KSD Hamm-Werne. Ein gelungener Prozess, der richtungweisend auch für andere Verbände im Erzbistum Paderborn sein kann. In zwei Regionen sind die Ortsvereine des SkF ebenfalls in Kooperationsgespräche eingetreten. Diese werden von der Diözesangeschäftsstelle unterstützt und begleitet.

Der KSD Olpe (Kooperation des SkF und SKM) arbeitet unter einer gemeinsamen Geschäftsführung. Durch einen Umzug der Geschäftsstelle wurde eine Qualitätsverbesserung vorgenommen und die allgemeine Sozialberatung ausgeweitet. Der SkF Arns-

berg vergrößerte sich im Arbeitsbereich Offene Ganztagschulen, und Dortmund-Hörde entwickelte gemeinsam mit der Krankenkasse BKK Hoesch ein neues Projekt in der Unterstützung von alten Menschen in ihrer häuslichen Umgebung. Der SKM Paderborn konnte ein neues Projekt für arbeitslose Menschen installieren und kaufte hierzu einen alten Bauernhof. Somit können weitere Beschäftigungsprojekte angeboten werden. Der SkF Paderborn entwickelte schrittweise ein neues Konzept für sein Frauenhaus.

In einigen Ortsvereinen gab es Neuwahlen in den Vorständen. Somit wurden handelnde Frauen verabschiedet, mit dem „SkF-Kristall“ geehrt und neue Frauen begrüßt. So im SkF Brilon, Siegen, Werl und im SKM Dortmund, Herne und Paderborn. An dieser Stelle noch einmal allen scheidenden Personen und vor allem den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern ein herzliches Dankeschön für ihren Einsatz in den Verbänden. Neueinstellungen in der Geschäftsführung gab es im SkF Brilon und SkF Gütersloh.

Perspektiven

- Weitere Unterstützung der Ortsvereine in der Gewinnung ehrenamtlicher Leitung durch das ELAN-Projekt
- Bearbeitung des Themas „Verbandsentwicklung“ und Begleitung von Prozessen in den Ortsvereinen
- Unterstützung bei der Entwicklung neuer Konzepte, z. B. Frauenhaus
- Umsetzung der neuen Förderfonds „Wohnungslosigkeit“

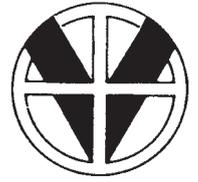


Reinhild Steffens-Schulte

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-331
r.steffens.schulte@caritas-paderborn.de

Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn



Diözesantag der Vinzenz-Konferenzen

Gastgeber des Diözesantages 2010 war die 2006 neu gegründete Vinzenz-Konferenz St. Petrus und Andreas in Brilon. Nach einer gemeinsamen Eucharistiefeier in der Propsteikirche wurde der Diözesantag durch den Diözesan-Vorsitzenden Manfred Schulte eröffnet. Der Briloner Kinderchor umrahmte die Eröffnung mit Melodien aus „Die Kinder des Monsieur Mathieu“. Als Zelebrant und Gastredner konnte Erzbischof Hans-Josef

den zukünftig die Schwerpunkte in neuen kirchlichen Strukturen sein. Mit seiner Aussage: „Caritas ohne Ehrenamt ist keine Caritas“ spannte der Erzbischof den Bogen zur Arbeit unserer Vinzenz-Konferenzen in den Gemeinden. Nach dem Mittagessen lernten die Teilnehmer bei einer Stadtführung einige historische Sehenswürdigkeiten der Stadt Brilon kennen. Am Nachmittag fand die ordentliche Mitgliederversammlung statt.

fünf Delegierte am Haupttrat teilgenommen. In der geschlossenen Sitzung des Hauptrates stand die Neuwahl des Präsidiums im Mittelpunkt. Nach 14-jähriger Mitarbeit im Präsidium als Vizepräsident bzw. Schatzmeister verabschiedete das Gremium Bernhard Bansberg aus der Vinzenz-Konferenz St. Johannes in Witten. Das neue Präsidium setzt sich wie folgt zusammen: Präsident Heinrich Kläser, Bonn, und Vizepräsident Winfried Hupe, München, wurden wiedergewählt. Als neue



Diözesantag 2010 mit Erzbischof Hans-Josef Becker (Foto: Decker)

Becker gewonnen werden. Dieser bedankte sich für die Einladung und trug seine Grundsatzrede „Caritas und Weltverantwortung der Christen: Diakonisch handeln“ zur „Perspektive 2014“ zwar mit Nachdruck, aber doch volksthümlich und humorvoll vor. Zu Beginn forderte er ein gleichberechtigtes Nebeneinander der drei kirchlichen Säulen Liturgia, Martyria und Diakonia bzw. Caritas. Letztere – die Nächstenliebe – als Lebensbereich stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Caritas und Pastoral wer-

Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands wählt neues Präsidium

Der diesjährige Haupttrat der Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands e. V. fand 2010 in Bad Honnef statt. Er stand unter dem Thema: „Fünf vor zwölf: Die Zukunft hat schon begonnen. Wann fährt der letzte Zug?“ Im Rahmen eines „World-Cafés“ formulierten die Delegierten zu bestimmten Problemen Lösungsansätze und Ideen, die in einer Arbeitsgruppe weiter bearbeitet werden. Aus unserem Diözesanverband haben

Vizepräsidentin wurde Anna-Maria Simon, Mülheim/Ruhr, und als neuer Schatzmeister Hans-Willi Breuer, Kerpen, gewählt.

Hauptgewinn der Lotterie „helfen und gewinnen“

Am 28. Juli 2010 fand wieder der „Tag der Vinzenz-Konferenzen“ im Libori-Caritas-Treff statt. Neben vielen Angeboten, welche hauptsächlich die Kleinen begeisterten, verkauften die teilnehmenden Konferenzen wieder Lose der Lotterie „helfen und gewin-

nen“. Besonderes Highlight: Der erste Hauptgewinn der Libori-Woche wurde an diesem Tag gezogen. Die glückliche Gewinnerin durfte sich bei einem Einsatz von nur einem Euro über 1000 Euro freuen. Das große Glück brachte der Familie Losverkäufer Wilhelm Teckentrup aus der Vinzenz-Konferenz St. Clemens in Rheda. Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig ließ es sich nicht nehmen, der Gewinnerin persönlich zu gratulieren.

Gebetswache „Männer in der Bibel – Jesus und die Apostel“

Das Thema der Gebetswache vom 1. bis 3. Oktober im Bergkloster in Bestwig lautete „Männer in der Bibel – Jesus und die Apostel“. Nach einer Einführung in die Entstehung des Neuen Testaments wandten sich die Teilnehmer unterschiedlichen Berichten im Neuen Testament über Jesus zu. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt: Was ist Jesus heute für uns? Erfreulich war die gute Beteiligung an der Gebetswache, vor allem auch von jüngeren Vinzenzbrüdern. Als Referent hatte sich wieder der geistliche Beirat der Vinzenz-Konferenzen, Pfarrer Norbert Keller, zur Verfügung gestellt.



Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig gratuliert Birgitta Prante zum 1000-Euro-Gewinn. Die Kinder Tim (14) und Noah (8) freuen sich gemeinsam mit Losverkäufer Wilhelm Teckentrup von der Vinzenz-Konferenz St. Clemens aus Rheda. (Foto: Sauer)

Vinzenz von Paul – Vater der Armen und Außenseiter

Die beiden Regionaltagungen in Attendorn und Herne im Oktober 2010 hatten das Thema „Vinzenz von Paul“ als zentralen inhaltlichen Punkt. 2010 wurde des 350. Todestages des heiligen Vinzenz von Paul gedacht. Dem geistlichen Beirat, Pfarrer Norbert Keller, gelang es, in seinem Referat den Bogen vom Leben und Wirken des heiligen Vinzenz von Paul – über Frédéric Ozanam, den Begründer der Vinzenz-Konferenzen – bis hin zu unserer Arbeit in der heutigen Zeit zu spannen.

Wir sind online:

www.vinzenz-konferenzen.de

2010 ging auch erstmals die Internetseite der Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn ins Netz. So besteht jetzt die Möglichkeit, unter www.vinzenz-konferenzen.de alles über den Verband und seine Aufgaben zu erfahren.

Weitere Aktivitäten des Verbandes im Berichtsjahr

- Vorstandssitzungen: am 9. Februar in Herne und am 28. September in Dortmund
- Diözesanratstagungen: am 27. März in Soest und am 27. November in Paderborn
- Wahrnehmung der Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände im Erzbistum Paderborn und im Diözesankomitee
- Teilnahme an den Konferenzen der caritativen Fachverbände im Erzbistum Paderborn und an den Sitzungen der Vorsitzenden der Orts-Caritasverbände und der Fachverbände



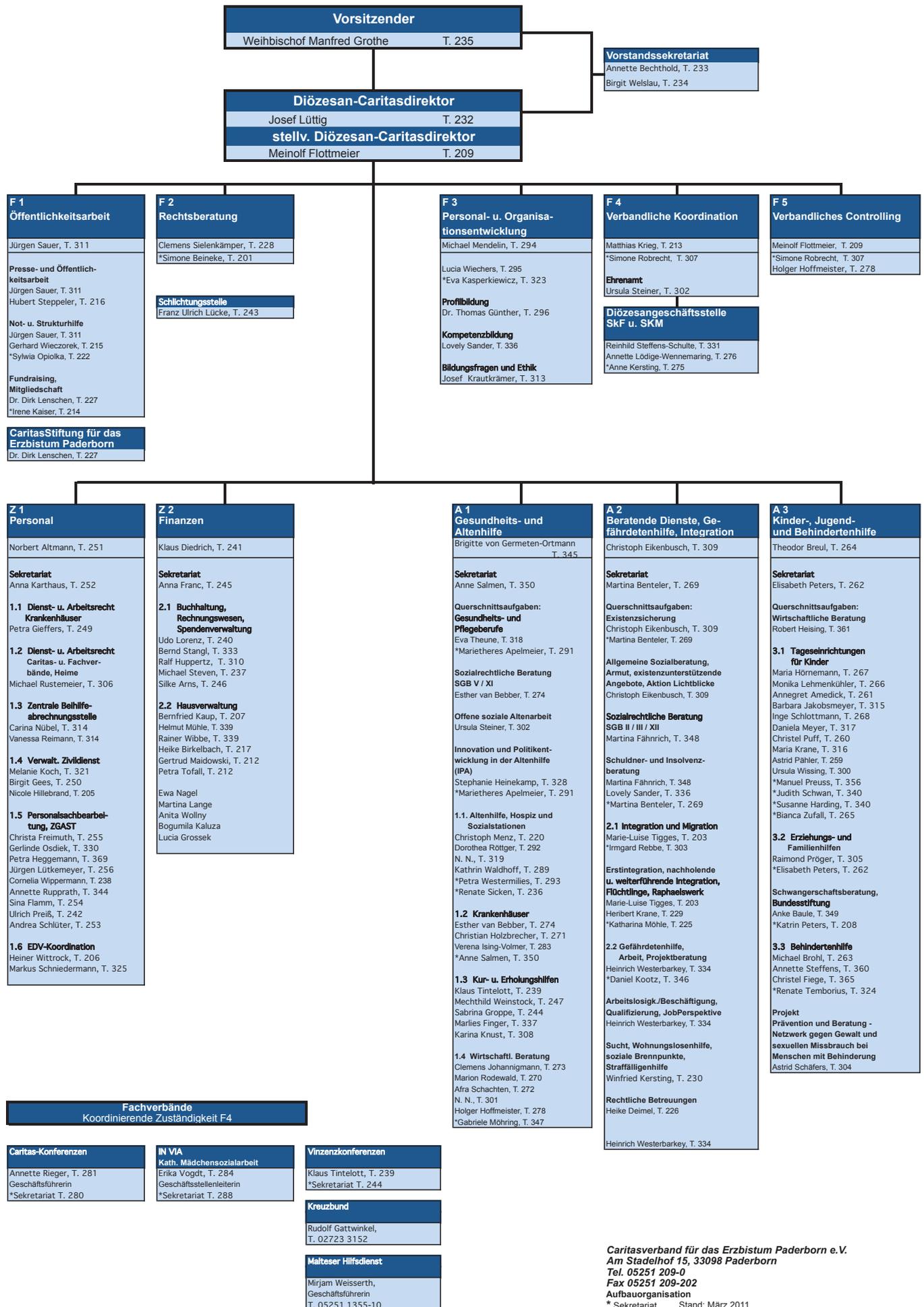
Spiel und Spaß bieten die Vinzenz-Konferenzen beim Caritas-Treff in der Paderborner Libori-Festwoche. (Foto: Sauer)



Klaus Tintelott
(Diözesangeschäftsführer)

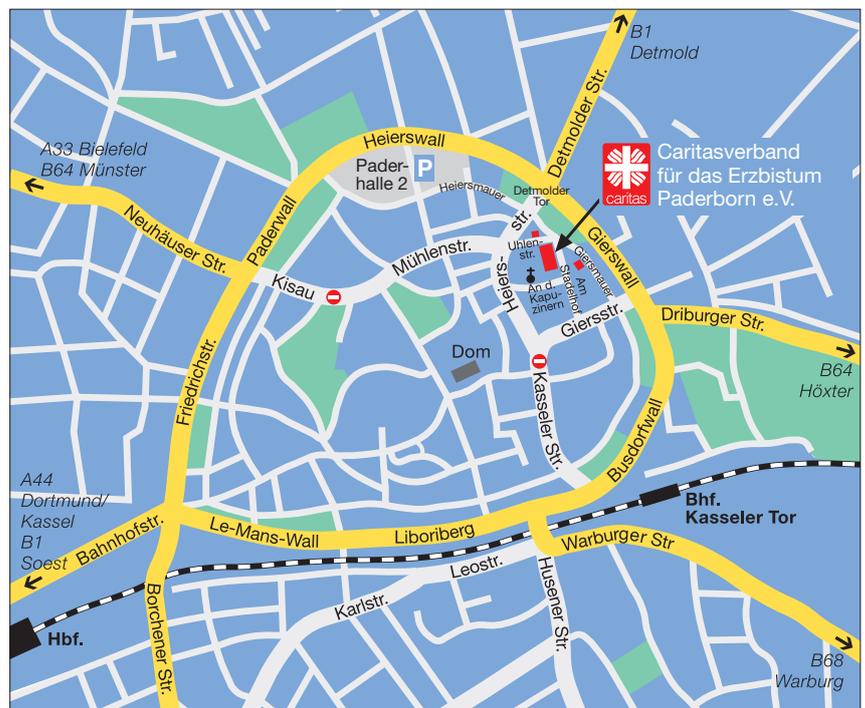
Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-239
k.tintelott@caritas-paderborn.de



Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e.V.
 Am Stadelhof 15, 33098 Paderborn
 Tel. 05251 209-0
 Fax 05251 209-202
 Aufbauorganisation
 * Sekretariat Stand: März 2011

Ihr Weg zum Diözesan-Caritassekretariat in Paderborn



**Caritasverband für das
Erzbistum Paderborn e.V.**
Am Stadelhof 15
33098 Paderborn
Telefon 05251 209-0
Telefax 05251 209-202
info@caritas-paderborn.de
www.caritas-paderborn.de

